

№ 100 / 1000000000

L. CHASANOWITSCH

DIE POLNISCHEN JUDENPOGROME

IM NOVEMBER
UND
DEZEMBER 1918

TATSACHEN UND DOKUMENTE



VERLAG JUDAEA A. B.
STOCKHOLM, KUNSGATAN 56

L. CHASANOWITSCH

DIE POLNISCHEN JUDENPOGROME

IM NOVEMBER
UND
DEZEMBER 1918

TATSACHEN UND DOKUMENTE

INSTITUT
BADAŃ LITERACKO-HISTORICZNYCH
BIBLIOTEKA
00-330 Warszawa, ul. Nowy Świat 77
Tel. 26-68-83

STOCKHOLM
VERLAG JUDAEA A. B.
KUNSGATAN 56



21.860

STOCKHOLM 1919
DIE DRUCKEREI „PROGRESS“

„Mit Wehmut und ohne Erwartung auf irgend einen Erfolg schliesse ich mich dem Proteste gegen die Judenpogrome in Polen und Galizien an. Jede Hoffnung, die derjenige, der 30 Jahre lang Fürsprecher für Polens Unabhängigkeit war, auf die Polen als humanes und freiheitliches Volk setzte, ist nun zusammengebrochen.“

GEORG BRANDES.

(Zustimmungstelegramm gelegentlich einer Protestversammlung in Stockholm, November 1918.)

VORWORT.

Mit vorliegender Schrift, die gleichzeitig in mehreren Sprachen erscheint, unterbreiten wir der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt einen Teil des gesammelten Materials und der zurzeit zugänglichen Dokumente über die polnischen Judenpogrome und das Echo, das sie in der Welt geweckt haben. Wir lassen die Tatsachen selbst sprechen und beschränken uns auf einige einleitende und begleitende Bemerkungen.

Die Schrift macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir können mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden beschränkten Raum nur einen Teil des Materials verwenden. Die Pogrombewegung in den polnischen und von den Polen beanspruchten Gebieten ist auch noch nicht abgeschlossen und jeder Tag kann neue Greuel und neues Material bringen. Es muss einer ruhigeren Zeit vorbehalten bleiben, das ganze Material, das gleich den Dokumenten über die Judenpogrome unter dem Zarismus starke Bände füllen wird, zu sichten und zu bearbeiten.

Um allen überflüssigen Polemiken vorzubeugen, schicken wir voraus, dass die Angaben der in der Schrift wiedergegebenen Zeugenaussagen bei einer genaueren Nachprüfung in manchen Einzelheiten vielleicht als nicht ganz zutreffend sich erweisen werden. Widersprüche und Ungenauigkeiten unterlaufen bekanntlich auch in beeideten Zeugenaussagen vor Gericht selbst in Fällen, die die Leidenschaften nicht aufpeitschen. Das kann umsomehr in einem Fall wie dem unsrigen geschehen, wo die Berichtenden noch unter dem Eindrucke der von ihnen überlebten Schrecknisse stehen. Aber etwaige Berichtigungen in den Einzelheiten können das Gesamtbild, das auf Grund der im wesentlichen übereinstimmenden Angaben der unabhängig von einander berichtenden Augenzeugen entsteht, nicht wesentlich ändern. Die Tatsache steht fest, dass die jüngste Ära in der Geschichte Polens, die Ära der Wiedervereinigung und der Selbstständigkeit, mit Judenverfolgungen eingeleitet wurde, die an die grausamsten und finstersten Zeiten des Mittelalters erinnern.

Stockholm, Mitte Dez. 1918.

EINLEITUNG.

Zur Vorgeschichte der polnischen Judenpogrome.

Die polnischen Judenpogrome zeigen den polnischen Chauvinismus, der alle Schichten der polnischen Gesellschaft ergriffen hat, auf einer Stufe der moralischen Verworfenheit, die sich vor wenigen Jahren die schwärzesten Pessimisten nicht haben träumen lassen. Auf die Traditionen ihrer stolzen Vergangenheit und auf ihre hohe Kulturstufe hinweisend, pflegten die Polen immer mit Empörung den Gedanken abzulehnen, dass sie fähig wären, sich zu Judenpogromen nach russischem Muster hinreisen zu lassen. Sie betonten mit besonderem Stolz, dass selbst der polnische Antisemitismus in seinem Kampfe gegen die Juden feinere Mittel anwende und Gewalttätigkeiten verschmähe. Die vereinzelt Pogrome, die in früherer Zeit stattgefunden und die auch keineswegs den blutigen Charakter der russischen Pogrome getragen haben, legte die polnische Presse der russischen Regierung zur Last, meistens auch mit Recht. In der politischen Moral der polnischen Gesellschaft ist jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten ein allgemeiner rapider Verfall zu konstatieren, ein Verfall, der immer tiefer und weiter um sich gegriffen hat. Was früher auf dem polnischen Boden als ganz unmöglich erschien, ist nun in den letzten Monaten zur täglichen Praxis geworden. Der Chauvinismus hat das Gehirn der polnischen Gesellschaft vergiftet und ihr Gewissen atrophiert. Raub und Mord sind Mittel des wirtschaftlichen und politischen Kampfes nicht bloß einzelner Teile der polnischen Gesellschaft geworden.

Verdächtige Anzeichen des unheimlichen Niederganges der politischen Moral unter den Polen zeigten sich schon in den Revolutionsjahren 1905—07. Bei den Wahlen zur russischen Reichsduma wurden von der national-demokratischen Partei

(Dmowski-Partei), der stärksten polnischen Partei, anonyme Flugschriften mit Pogromdrohungen an die Adresse der Juden verbreitet, um sie dadurch von einer Einflussnahme auf den Gang der Wahlen zurückzuhalten. Einer dieser Aufrufe begann:

„Durch die Gnade der Moskowiter Regierung, die euch Fremdlinge mit uns rechtmässigen Besitzern dieses Landes auf gleiche Stufe gestellt hat, das Wahlrecht geniessend, habt ihr Juden einen unbeträchtlichen Teil unserer gesunkenen oder umnebelten Brüder in eure Netze verstrickt und wollt mit ihnen gemeinsam in den Wahlen eigene jüdische Kandidaten durchbringen . . . Ihr beginnt euch schon zu sehr als Herren zu fühlen und seid schon zu kühn geworden. Wir wissen aber ein Mittel, euch zu zähmen. Vergesst nicht, dass *eine Kraft über euch ist, vor der euch nichts rettet, und diese Kraft liegt in der Faust der polnischen Bauern*. Lasst euch gesagt sein, dass, wenn durch eure Schuld nicht echte Söhne unseres Landes, sondern *Juden und eure verjudeten Polen* gewählt werden sollten, die ohnehin schon *sehr stark gespannte Geduld unseres Volkes reissen kann*. Bedauert dann nicht, dass ihr euch nicht rechtzeitig umgesehen habt. Denkt daran, dass ihr *einen Löwen reizt, der schon drohend brüllt*. Wir werden euer freches Gebahren nicht dulden, solange ein Tropfen warmen Bluts in uns bleibt. *Bedenkt und wählet!*“ *

Das waren keine Wahlschlagworte, das war ein Aktionsprogramm, das aus mannigfachen Gründen zunächst allerdings noch nicht durchgeführt werden konnte. Ein Hauptgrund war die Haltung der damals noch einigen polnischen sozialistischen Partei, welche über eine mächtige geheime Kampforganisation verfügte und welche auf die Pogromdrohungen der Dmowski-Partei mit dem festen Beschluss reagierte, die jüdische Bevölkerung mit dem Leibe ihrer Mitglieder zu schützen, um die Ehre der Revolution nicht durch jüdisches Blut besudeln zu lassen. Seither ist der polnische Sozialismus zerfallen und grösstenteils selbst ins chauvinistische Fahrwasser geraten. Zur Demoralisa-

* Siehe „Die Judenpogrome in Russland“, Seite 173, Jüdischer Verlag, 1910.

tion des polnischen Sozialismus hat die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens unter Führung von Ignaz Daszynski, in der sich allpolnische Einflüsse immer stärker geltend machen, das meiste beigetragen.

Unmittelbar vor dem Kriege waren die jüdisch-polnischen Beziehungen äusserst gespannt. Die Juden Warschaws, die es in der Hand gehabt hatten, einen Juden als Vertreter von Warschau in die Reichsduma zu entsenden, hatten das Verbrechen begangen, anstatt des ihnen aufgedrängten Antisemiten einen polnischen Arbeiter, den Kandidaten der Polnischen Sozialistischen Partei, zum Siege zu verhelfen. Das war das Signal zu einer allgemeinen beispiellosen Verhetzung und zur Organisierung einer allgemeinen Boykottbewegung, die die jüdische Bevölkerung mit dem völligen ökonomischen Ruine bedrohte. Während des Beilisprozesses, der in der ganzen gesitteten Welt die tiefste Empörung hervorrief, jubelte die polnische Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, den zarischen Ritualmordhelden zu.

Im Weltkriege, von dem die Polen ihre Erlösung erwarteten, war ihre Haltung gegen die Juden äusserst feindselig. Polen wetteiferten mit den Schergen des Zaren, um der jüdischen Bevölkerung das Leben zu einer unerträglichen Hölle zu machen. Die entsetzliche Tragödie, welche die Millionen des jüdischen Volkes unter der russischen Militärdiktatur durchmachten, weckte bei den Polen kein menschlich Erbarmen. Ein grosser Teil der polnischen Presse betrieb systematisch Denunziationen gegen die Juden, welche er als deutsche Spione hinstellte. An diesen Denunziationen beteiligte sich auch Niemojewski, der ehemalige Vertreter des freien Gedankens in Polen. Stark verbreitete polnische Blätter bekundeten ihre grosse Genugtuung darüber, dass die zurückgebliebenen Geschäftsläden der vertriebenen Juden in polnische Hände geraten und sahen darin ein Mittel zur „Nationalisierung“ des Handels in Polen. Während der russischen Okkupation von Lemberg beschuldigte das „*Slowo Polskie*“ die Juden Galiziens der Untreue gegen . . . den Zaren. Die polnischen Denunziationen waren keineswegs einseitig. Als die österreichische Armee Lemberg zurückerobert hatte, behauptete der polnische Landtagsabgeordnete Dr. Hupka im konservativen Kra-

kauer „Czas“, die Juden hätten die russischen Truppen bei ihrem Einzuge in Lemberg mit Blumen empfangen und die Kosakenpferde geküsst. Die Aufnahme eines Dementis jüdischer Abgeordneter verweigerte das Blatt. Das vom Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees Jaworski herausgegebene Wochenblatt „Polen“ vom 30. Juli 1915 behauptete, die Russen hätten bei ihrem Rückzug aus Warschau sämtliche polnischen Juden verschleppt und nur russische Juden, die sogenannten „Litwaki“, zurückgelassen. Alle diese einander widersprechenden Denunziationen hatten nur den einen Zweck, die Juden bei den jeweiligen Machthabern als die Feinde hinzustellen und ihren Zorn auf sie zu lenken.

In dem Teile von Polen, der von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt war und wo die Polen eigentlich die Macht in Händen hatten, wurden die Juden die ganze Zeit des Krieges hindurch aufs grausamste misshandelt. Die russischen Ausnahmegesetze gegen die Juden blieben dort gemäss einer Resolution des Polenklubs im österreichischen Reichsrate in voller Kraft. Man berief sich darauf, dass ihre Abschaffung im Widerspruch zu den Bestimmungen der Haager Konvention stände, welche die Abänderung von Gesetzen verbiete. Das blieb auch so selbst nach dem Siege der russischen Revolution, die alle Ausnahmegesetze gegen die Juden ausser Kraft gesetzt hat.

Nachdem die Polen in den ersten Kriegsjahren als wohlwollende, mehr oder weniger aktive Zuschauer dem Mordantisemitismus der zarischen Regierung Vorschub geleistet hatten, traten sie selbst als Akteure auf die Szene. Nach dem Brest-Litowsker Frieden begann in Galizien und Polen eine wohlorganisierte unterirdische Pogromagitation, die von der polnischen Presse und den polnischen Führern wohlwollend geduldet wurde. Eine Flut von blutrünstigen Aufrufen ergoss sich über das Land. In Lodz und Warschau prangten solche Aufrufe drei Tage lang an den Mauern, ohne dass sich jemand die Mühe gab, sie zu entfernen. In Krakau und einer Reihe anderer Orte fanden vor den Augen der lokalen polnischen Behörden schwere Ausschreitungen gegen die Juden statt. Die polnischen Führer, die das Anwachsen der antisemitischen Flut verschuldet und nichts getan hatten, um

die Exzesse zu verhindern, reagierten auf die Krakauer Exzesse mit einem Protest bei der — Zentralregierung und mit Dementis in der ausländischen Presse.

Die Ausschreitungen im Frühling und Sommer 1918 waren das Vorgefecht des toll gewordenen polnischen Chauvinismus, seine erste Kraftprobe. Das Ergebnis war ermutigend. Auf irgend einen ernsten Widerstand innerhalb der polnischen Gesellschaft war man nicht gestossen; die polnische Gesellschaft hatte es offenbar gelernt, auf Raub und Totschlag als zulässige Mittel zur Lösung der Judenfrage zu blicken. Der Boden für einen allgemeinen Judenpogrom war vorbereitet, es musste nur ein geeigneter Zeitpunkt abgewartet werden. Dieser Zeitpunkt war gegeben, als die Zentralmächte zusammengebrochen waren und als das Polentum sich als Herr im Hause erklärt hatte.

Die Pogrome im alten Russland und im neuen Polen.

„Progrom“ ist ein Ausdruck, mit dem das zarische Russland den Sprachschatz aller Völker bereichert hat. Bislang galt das alte Russland als das „klassische Land“ der Judenpogrome, dieser seltsame Rang wird ihm aber nunmehr von dem im Entstehen begriffenen neuen Polen streitig gemacht. Zur Stunde lässt sich noch keine volle Übersicht über die polnische Pogrombewegung und die von ihr verursachten Verluste an Menschenleben und materiellen Werten gewinnen, aber die schon jetzt vorliegenden Daten sind für das neue Polen so belastend, dass ein Vergleich zwischen den polnischen Pogromen von heute mit den russischen von ehemals sich von selbst aufdrängt. Der Vergleich fällt in vielen Stücken sogar zu ungunsten der Polen aus.

Russland kannte, abgesehen von einzelnen Pogromen und von den Verfolgungen während des Krieges, eigentlich zwei Pogromperioden: die Zeit von 1881—1883 und die Oktobertage 1905. Die Ausschreitungen von 1881—1883, welche die gesamte russische Judenheit aufs tiefste erschütterte und in ihr eine nachhaltige geistige, politische und ökonomische Umwälzung her-

beigeführt haben, waren nach unseren heutigen „fortgeschritteneren“ Begriffen „milder Natur“. Ungeachtet der grossen Zahl der von Exzessen heimgesuchten Orte (224) war doch nur ein kleiner Bruchteil der gesamten jüdischen Bevölkerung Russlands von ihnen direkt betroffen; der materielle Verlust belief sich insgesamt auf 9—10 Millionen Rubel und verteilte sich auf 60 000 Juden.* Unvergleichlich furchtbarer war der Pogromorkan im November 1905 unmittelbar nach Erlass des bekannten Zarenmanifestes. Die von der „Nebenregierung“ mit teuflischem Raffinement organisierten und von den lokalen Machtfaktoren mit infernalischer Grausamkeit durchgeführten Pogrome erstreckten sich auf über 700 Ortschaften und verursachten einen direkten materiellen Gesamtverlust von 60 Millionen Rubeln, an dem über 200 000 Personen partizipierten. Diese Verluste verteilten sich jedoch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte auf eine mehrere Millionen zählende jüdische Bevölkerung. Hier beginnt der Vergleich zu ungunsten der Polen auszufallen. Durch die polnischen Pogrome, die ihren eigentlichen Herd in Westgalizien haben, ist hier eine jüdische Bevölkerung ins Herz getroffen worden, die nach der österreichischen Statistik im Jahre 1910 213 000 Seelen zählte und seither durch den Krieg dezimiert worden ist. Bisher liegen zahlreiche Nachrichten über Pogrome und pogromartige Exzesse in mehr als 100 Ortschaften Westgaliziens allein vor. Wenn man sich die ungeheure Verelendung der Juden Galiziens, des ökonomisch schwächsten Teiles des jüdischen Volkes, während des Krieges vor Augen hält, wenn man ferner bedenkt, dass der hervorstechendste Charakterzug der polnischen Pogrome unbezähmbarste Habsucht ist, so ist es keine Übertreibung, wenn wir sagen, dass diese Pogrome den völligen ökonomischen Ruin der jüdischen Bevölkerung Westgaliziens und der ausserhalb dieses Landesteiles gelegenen Ortschaften bedeutet. Wenn man dann die Verluste an Menschenleben in den russischen und polnischen Pogromen zum Vergleich heranzieht, so zeigen sich die edlen Polen, um deren Haupt die Juden Ludwig Börne, Karl Marx und Georg Brandes einen Legendenkranz geflochten haben,

* Sämtliche Daten über die russischen Pogrome sind dem Buch „Die Judenpogrome in Russland“ entnommen.

erst recht als eifrigste Jünger der zarischen Lehrmeister im Mordhandwerk.

In den 700 russischen Oktober-Pogromen, die sich auf viele Gouvernements erstreckten, gab es etwa 900 erschlagene Juden. In den polnischen November-Pogromen, die in Galizien ein verhältnismässig winziges Territorium zum Schauplatz haben, ist die Zahl der Verluste an Menschenleben, obgleich sie noch nicht genau festgestellt ist, eine grauenerregende und übertrifft jedenfalls verhältnismässig um ein Vielfaches die der Oktober-Pogrome. Allerdings entfällt der Löwenanteil an Menschenopfern auf Lemberg. Man hat den Lemberger Militärpogrom den „grössten in der jüdischen Geschichte“ genannt. Das hat seinen guten Grund, wenn man an die neue Zeit denkt. Während des weltbekannten Kischinewer Pogroms von 1903, der den blutigen Reigen unter Nikolai II. eröffnet hat, wurden 26 Juden totgeschlagen. Im Odessaer Pogrom 1905, den grössten der Oktober-Pogrome, wurden 302 Ermordete neben vielen Verwundeten konstatiert. Lemberg stellt aber auch diese Blutbäder in Schatten. Von einer polnischen Seite wurde bereits zugegeben, dass bisher 460 Opfer der Lemberger Katastrophe beerdigt worden sind; viele Leichen befinden sich noch unter den Trümmern der niedergebrannten Häuser oder sind in Asche verwandelt. Die Zahl der obdachlos gewordenen Juden wird auf 10 000 geschätzt. Man kann sich über den Umfang der Lemberger Katastrophe einen Begriff machen, wenn man vernimmt, dass das dortige jüdische Hilfskomitee wöchentlich 80 000 Kronen für die Befriedigung der allerdingendsten Bedürfnisse der Betroffenen benötigt. Geradezu niederschmetternd wirkt das im Abschnitt „Der polnische Pogromorkan“ enthaltene Verzeichnis der von polnischen Pogromen heimgesuchten Orte. Die polnischen Pogrome sind mithin vielfach intensiver als die russischen. Das Einzige, worin sich die Polen hier als „Kulturvolk“ bewährt haben, ist, dass in ihren Pogromen die Szenen zweckloser bestialischer Grausamkeit im allgemeiner seltener sind, dass sie ihre Pogrome sozusagen zweckdienlicher gestalten. An Frauenschändungen hat es auch bei den ritterlichen Polen nicht gefehlt.

Die polnischen Pogrome zerfallen, wie ehemals die russi-

schen, in zwei Kategorien: in Zivil- und Militärpogrome. Eine strenge Scheidung zwischen beiden Kategorien ist nicht möglich, weil an Zivilpogromen sich auch Heeresangehörige beteiligen, wie ebenso umgekehrt bei Militärpogromen die Zivilbevölkerung nicht müßig bleibt. Wir nennen die Pogrome Zivil- und Militärpogrome je nach den eigentlichen Urhebern und Hauptbeteiligten. In unzähligen kleinen Orten sind es zumeist Bauern aus benachbarten Dörfern, die scharenweise die jüdische Bevölkerung überfallen. Nicht Rachsucht oder Zerstörungswut sind das treibende Motiv, sondern die Gier nach fremden Gut, der schnell gefasste Entschluss, die vielleicht nicht bald wiederkehrende Gelegenheit wahrzunehmen, um sich auf Kosten der verhassten und als vogelfrei betrachteten Juden zu bereichern. Von sozialen Motiven kann hier nicht im mindesten die Rede sein. Es sind nicht etwa, wie die antisemitische Demagogie glauben machen will, sozial geknechtete Elemente, die sich in einem Momente der Verzweiflung gegen ihre Unterjocher erheben, es sind zumeist Bauern in mehr oder weniger geordneten Verhältnissen, welche die jüdische und nichtjüdische Stadtbevölkerung durch die ungeheuerlichsten Kriegspreise ausgebeutet haben und die nun auf der Jagd nach neuem Kriegsgewinn einen wohlorganisierten Expropriationszug gegen die Juden unternehmen, die mehr wie irgend ein anderes Volkselement alle Schrecken und den ganzen sozialen Jammer des Krieges überstanden haben. Sie kommen in aller Gemütsruhe mit eigens vorbereiteten Fuhrwerken, um darauf die in den jüdischen Geschäftsläden geplünderte Ware zu laden. Mord- und Brandstiftung sind hier häufig nur akzidentielle Erscheinungen, weil das Geschäft sich nicht so glatt abwickelt, wie die antisemitischen Expropriateure es sich gedacht haben, weil die Juden wider Erwarten sich erkühnen, Widerstand zu leisten. Aus vielen Orten wird berichtet, dass dort, wo die Juden die Räuberscharen ruhig gewähren liessen, sie mit dem materiellen Schaden und dem Schrecken davonkamen. Die Legionäre beteiligen sich an den Plünderungen sozusagen in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen, aber die Tatsache ihrer Beteiligung, ebenso wie das Geschehenlassen seitens der Behörden, verleiht den Ausschreitungen in den Augen der polnischen Mas-

sen einen legalen Charakter und beflügelt den Mut der Pogrompatrioten.

Der polnische Militärpogrom ist eine mehr komplizierte Erscheinung. Hier wirken verschiedene Faktoren zusammen: Raub und Genusssucht einer verwilderten Soldateska, die sich für die Strapazen des Weges und der Kämpfe an dem verhassten und schwächsten Teil der Bevölkerung der eroberten Städte schadlos hält; Siegesübermut eines arroganten Volkselementes, das den höchsten Genuss der Macht in der Peinigung eines anderen Volkes erblickt; in erster Linie ist er aber eine Strafexekution für „unbormässiges“ Verhalten. Was den letzten Punkt betrifft, so lässt der Abschnitt über den Lemberger Pogrom keinen Zweifel darüber, dass die Neutralitätserklärung der Juden in dem bei Beendigung des Weltkrieges ausgebrochenen Kampf zwischen den Polen und den Ukrainern von den ersten als Hochverrat betrachtet wurde, der exemplarisch bestraft werden sollte.

Die letzte Ursache der polnischen Pogrome ist der den Massen systematisch eingepflichtete, zu einer Psychose gesteigerte, mit dem polnischen Nationalgedanken identifizierte Judenhass, der jede Scheusslichkeit gegen die Juden als nationale Grosstat zynisch oder verschämt verherrlicht, oder jedenfalls als etwas Begreifliches entschuldigt.

Sowohl in den Zivil- als auch in den Militärpogromen spielte eine wesentliche Rolle die von den Behörden allgemein durchgeführte Wehrlosmachung der jüdischen Bevölkerung, welche in der grossen Mehrzahl der Fälle die Exzesse erst möglich gemacht hat.

Die Judenheit Russlands hatte in der über sie hereingebrochenen furchtbaren Katastrophe wenigstens die Genugtuung, dass der bessere Teil der russischen Gesellschaft auf ihrer Seite stand, wenn er auch an aktiver Betätigung seiner Sympathie zu meist viel zu wünschen übrig liess. Die Pogrome waren ja das Werk einer ruchlosen Regierung, die, gestützt auf eine verkommene Beamtenschaft und den Abschaum der Gesellschaft, die freiheitliche Bewegung in jüdischem Blut zu ertränken suchte. Die Führer des demokratischen Russland waren erfüllt von Zorn und Scham über die am jüdischen Volke

begangenen Verbrechen; sozialistisch gesinnte Arbeiter und Studenten kämpften nicht selten Schulter an Schulter mit der jüdischen Selbstwehr; die auserlesenen Geister des russischen Volkes brachten ihre Entrüstung mit prophetischem Pathos zum Ausdruck; die von der Zensur geknebelte liberale Presse verdamnte die Schandtaten und in der Reichsduma waren sie Gegenstand der heftigsten Angriffe gegen die Regierung. Die Juden hatten das tröstende Bewusstsein, dass in ihren Verfolgungen seitens der um ihre Machtstellung mit allen Mitteln kämpfenden Regierung die Mächte der Zukunft hinter ihnen stehen. Wie anders liegen die Verhältnisse bei den polnischen Pogromen! Hier gibt es Feinde aller Abstufungen, aber keine Freunde, eine entsetzliche Gegenwart, aber keine Anzeichen einer lichten Zukunft. Die Exzedenten repräsentieren alle Klassen der polnischen Gesellschaft. Die Ausschreitungen und Massaker sind hier nicht das Verzweiflungsmittel und der Racheakt einer um ihre Existenz ringenden, vom Sturz bedrohten Gesellschaftsschichte, sondern der erste Gebrauch, den eine anderthalb Jahrhunderte niedergehaltene, auf Herrschaft prätendierende Nation von ihrer neuerlangten Freiheit macht, der Siegesrausch eines Volkselementes mit den Lastern der Herren *und* der Sklaven. Wir sehen vor uns das judenmordende Polen, suchen aber vergebens das bessere Polen, das diese Mordtaten verabscheut und abwehrt. Die polnische Intelligenz hat ihre Hände im Spiel, wiegelt zu den Überfällen auf oder verhält sich bestenfalls zu den Raub- und Mordgesellen wohlwollend „neutral“; die polnischen Legionäre, die Erben der von der Geschichte verherrlichten polnischen Freiheitskämpfer, beteiligen sich selbst an den Ausschreitungen oder sorgen wenigstens dafür, dass die Exzedenten in ihrem Werk ungestört bleiben; die Zivil- und Militärbehörden geben ihren offiziellen oder offiziösen Segen zu den Gewalttaten, wenn sie sie nicht selbst organisieren, in den meisten Fällen lassen sie den fanatisierten Mob gewähren, um sich nicht durch den Anschein von Judenfreundschaft zu kompromittieren. Niemand aus der polnischen Gesellschaft, der schützend vor die gemarterte jüdische Bevölkerung tritt, niemand, der dem Plündern,

Morden Einhalt zu tun versucht,* ja niemand, der rechtzeitig seine warnende Stimme erhebt, dagegen aber ein ohrenbetäubender Chor von Stimmen, welche die Partei der Schandbuben ergreifen und ihre Greuelthaten zu rechtfertigen, zu beschönigen und zu vertuschen suchen.

Die Haltung der kompetenten polnischen Kreise gibt den Schlüssel zur Lösung des Rätsels, wieso die Pogrome in Galizien solche ungeheure Dimensionen haben annehmen können. Pogrome oder Pogromversuche gab es ja auch in anderen Teilen des früheren Österreich-Ungarn und selbst in Deutschland. Aber in Deutschland, im tschecho-slowakischen Staate, in Ungarn stemmen sich die verantwortlichen Behörden und die öffentliche Meinung mit aller Kraft gegen die Exzesse, die deshalb auch nur vereinzelte Erscheinungen blieben. Hingegen sehen wir unter den Polen Galiziens (und zum Teil in Polen) ein verständnisinniges Zusammenwirken aller Faktoren im Ausrottungskampfe gegen die Juden. Aber wozu nach Vergleichen suchen? Schon die eine Tatsache, dass es in Lemberg und Przemyśl vor dem Abzug der Ukrainer und im allgemeinen in dem in ukrainischen Händen befindlichen Teil Galiziens, der ja vom Krieg weit mehr heimgesucht worden ist als Westgalizien, zu keinen judenfeindlichen Ausschreitungen gekommen ist, liefert den unwiderleglichen Beweis von der Schuld der polnischen Gesellschaft.

Das Furchtbarste an den Novemberereignissen ist, dass sie den drei Millionen Juden Galiziens und Polens ins Bewusstsein gebrannt haben, in welcher Hölle allgemeinen giftigsten Hasses sie zu leben verdammt sind. Die polnische Gesellschaft ist heutzutage so antisemitisch verseucht, dass wer sein Haus an einen Juden veräußert oder sich eines bedrängten Juden annimmt, als Verräter an der polnischen Nation gebrandmarkt wird. Im alten Polen wurde laut den sogenannten Generalprivilegien der polnischen Judenheit ein Christ, der sich zu dem Hilferufe

* Das pflichtgemäße Einschreiten des Polnischen Nationalrates in Przemyśl, der den vom Militärkommando geplanten zweiten Militärpogrom in der Stadt verhindert hat, gehört zu den seltensten, uns bisher bekannt gewordenen Ausnahmen.

eines zur Nachtzeit überfallenen jüdischen Nachbars taub stellte, mit der Konfiskation seines Vermögens bestraft. Im heutigen Polen hingegen wird der Christ, der einem von tausend Hunden gehetzten Juden Beistand zu leisten versucht, totgeschlagen oder als Abtrünniger geächtet. Wie herrlich weit haben es die Träger der europäischen Zivilisation im Osten Europas gebracht!

DIE VORBOTEN DER POGROME.

Die Pogromhetze.

Die Pogrompropaganda, die seit dem Brest-Litowsker Frieden in Polen und Galizien ununterbrochen geführt wurde, nahm im Monate Oktober wieder den heftigsten Charakter an. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die blutrünstige antisemitische Hetze von einer weitverzweigten unterirdischen Organisation inszeniert war. Dass die Allpolen hier die führende Rolle spielten, darüber kann nicht der mindeste Zweifel bestehen.

Schon im Monate Oktober kam es häufig in Warschau und der Provinz zu groben Tötlichkeiten gegen die Juden. Die Presse verhielt sich höchst verdächtig, wenn sie sich nicht selbst an der wilden Hetze beteiligte. Mit einem Zynismus nach dem Muster der Kruschewan-Presse schrieb die Warschauer allpolnische (nationaldemokratische) „Gazeta Poranna“:

„Alle Polen-Christen sollen immer die nationalen Abzeichen tragen, damit man sie auf der Strasse leicht erkenne.“

Die jüdische Bevölkerung lebte in einer schwülen Atmosphäre und fühlte das Nahen des Sturmes. Ihre Hilferufe wurden von der Regierung ignoriert.

Am 31. Oktober überreichte eine Deputation des Vorstandes der Warschauer jüdischen Gemeinde, der bekanntlich den Standpunkt des radikalen Polonismus vertritt, bestehend aus dem Vorsitzenden St. Nathanson und dem Rabbiner Perlmutter, dem früheren polnischen Ministerpräsidenten eine Eingabe, in der sie seine Aufmerksamkeit „auf die immer bedrohlichere Formen annehmenden antisemitischen Erscheinungen im Lande und auf die sehr bedauerlichen Folgen der anwachsenden judenfeindlichen Agitation“ lenkte.

In der Eingabe wurde ausgeführt:

„In der letzten Zeit ist eine Anzahl von Aufrufen erschienen, die in einem geradezu pogromanfeuernenden Ton abgefasst sind. Diese Aufrufe werden in den Städten *in Zehntausenden* von Exemplaren verbreitet und wirken im hohen Grade aufreizend auf die niedrigsten Instinkte der unwissenden Masse. Die judenfeindliche Agitation hat schon eine Anzahl Ausschreitungen zur Folge gehabt. Am National-Feiertag (am 14. ds. Mts.) hat man in *Warschau* auf der Chlodnastr. unter Rufen „Fort mit den Juden“ eine Anzahl *Juden beraubt und schwer misshandelt*. Dasselbe geschah am 21. auf dem Kerseltzplatz und später im Bazar in der Prager Vorstadt an der Zabkowski-strasse. Bei den später erfolgenden Unruhen in der Vorstadt Mokotow bekamen die angreifenden Christen es mit der jüdischen Selbstwehr zu tun, und es ging daher nicht ohne beiderseitige Verletzungen ab.

Ein solcher Zustand erregt in der jüdischen Bevölkerung Schrecken und Panik.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Warschau besitzt *Protokolle* über die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, er ist deshalb in der Lage, mit der strengen Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit, die in solchen Fällen notwendig ist, festzustellen, dass *die judenfeindliche Bewegung einen schreckenerregenden Charakter annimmt*. Wir stellen gleichfalls die *sträfliche Untätigkeit der Stadtmiliz* fest, welche auf die Ausschreitungen der Masse nicht reagiert hat, oder sogar die Hilfesuchenden, die sich an sie wandten, *an die deutschen Militärbehörden gewiesen hat*, damit sie dort Hilfe erbitten.“

Die Deputation erbat die Anordnung von Massnahmen, die geeignet sind, in Zukunft judenfeindliche Exzesse zu verhindern. In seiner Erwiderung beschränkte sich der Ministerpräsident auf die Erklärung, dass die polnische Regierung alle Massnahmen ergreifen werde, um Ausschreitungen gegen Juden unter allen Umständen zu verhindern. Andererseits aber müsse *„die jüdische Bevölkerung ihrerseits strenge darauf achten, die Polen nicht zu provozieren.“*

Offizielle Äusserungen dieser Art waren seinerzeit in Russland das Signal für die Hooligans zum Losschlagen.

Eine lange Reihe von Dokumenten werfen ein Licht auf die Rolle der offiziellen Kreise in der Aufwieglung der polnischen Bevölkerung und in der Schaffung der Pogromatmosphäre. Wir lassen hier einige dieser Dokumente folgen.

Das gute Beispiel der offiziellen Kreise.

Nachstehender dem „Nowy Dziennik“* entnommener Bericht zeigt das schöne Einvernehmen von Intelligenz und Behörden mit den Pogromorganisatoren:

„Oswiecim, den 9. Dezember.

Gestern fand eine Konferenz der Stadtverwaltung mit den lokalen Militärbehörden unter Beteiligung der Vertreter des polnischen Bürgertums statt, die den angesichts der gegenwärtigen Situation zu treffenden Vorkehrungen gewidmet war... Im Einverständnis mit den Behörden und mit den Vertretern des polnischen Bürgertums machte der Bürgermeister den Vorschlag, die jüdischen Kaufleute mögen sämtliche Warenvorräte dem Bezirkskomitee zu festzusetzenden Maximalpreisen ausliefern, sodann werde es vielleicht gelingen, die ungeheure Erregung zurückzuhalten. Im Laufe der Diskussion erklärte der *Lehrer* Bascik: „Die Juden irren, wenn sie meinen, dass dies eine Bewegung des banditschen Abschaumes ist; dies ist eine Erscheinung des elementaren Hasses des polnischen Volkes gegen die Juden, die mit ihrem jetzigen Vorgehen das polnische Volk provozieren.“ Er erklärte ferner, dass bei Ausfolgung der Waren seitens der Juden er *morgen zu den Organisatoren dieser Unruhen sich* begeben und ihnen dies mitteilen werde er wisse aber nicht, ob diese von den Plünderungen Abstand nehmen werden. Der Vertreter der Juden, Dr. Reich, erwiderte, dass er es den militärischen Faktoren überlasse, zu beurteilen, ob es der Würde des polnischen Heeres und dem Ansehen der polnischen Behörden entspricht, mit Banditen zu paktieren. Er bemerkt, dass die Kaufleute schon früher mit der Aktion der Preisermässigung begonnen haben. *Dagegen weigern sich die Bauern, von den hohen Preisen Abstand zu nehmen und niemand wendet sich an sie mit einem Appel.* Leutnant Machniewicz, *Kommandant der Sicherheitswache*, äußerte sich folgendermassen: „*Es ist eine Unverschämtheit seitens der Juden, an die Ehre der polnischen Soldaten zu appellieren, die Juden zu schützen.* Die Juden machen Zugeständnisse bezüglich der Preise nur unter der drohenden Gefahr von Exzessen. *Wenn „wir“ in einigen Stunden unser Militär zurückziehen werden, werdet ihr eingeeäschert werden!* Hierauf erklärte Dr. Pilzer, dass angesichts einer derartigen Stellung er an der Konferenz nicht länger teilnehmen könne und verliess gemeinsam mit den anderen jüdischen Vertretern die Konferenz.“

Die Herren bedienen sich einer so zynischen Redeweise, dass es nicht eines so feinsinnigen Seelenkenners wie Leo Tolstoi

* Jüdisches Tageblatt in polnischer Sprache, von Zionisten ins Leben gerufen infolge der schmachvollen Haltung der „demokratischen“ polnischen Presse zu den antisemitischen Exzessen nach dem Brest-Litowsker Frieden. Das Blatt erscheint offiziell in Krakau und Mährisch Ostrau, der eigentliche Sitz der Redaktion und Administration ist Mährisch Ostrau.“

bedarf, um zu entdecken, dass sie die eigentlichen Arrangeure der „Unruhen“ sind, die sie den Juden androhen. Über die Pogrome der achtziger Jahre schrieb Tolstoi:

„Vor kurzem unterhielt ich mich mit dem Gouverneur eines der von Pogromen heimgesuchten Gouvernements. Es wird keinen Pogrom mehr geben, sagte er, und dies mit einer Sicherheit, die ihn gründlichst verriet. Ist nicht diese Sicherheit einzig und allein dadurch zu erklären, dass die ganze Angelegenheit sich in ihren Händen befindet? Wollen sie und ein Pogrom wird heraufbeschworen. Wollen sie nicht, so wird es auch so gehen.“

Mit welchem Beispiel polnische Militärbehörden inbezug auf das Eigentumsrecht der Juden ihren Untergebenen und der Zivilbevölkerung vorangehen, zeigt ein Befehl des Bezirksmilitärkommandos in Stryzow. Punkt 5 des Befehls lautet:

„Bürger! Die traurige Erfahrung nötigt mich, Euch um Hilfe zu bitten, um teures Material vor Zerstörung zu schützen. Angesichts dessen verfüge ich bis zur späteren Bestätigung durch die P. K. L.* folgendes: Alle Waren nehme ich für den polnischen Staatsschatz in Beschlag, mit Ausnahme der Viktualien, welche der Ortsbevölkerung zum täglichen Leben nötig sind. Diese müssen ausschliesslich im Laden des örtlichen „Kolko rolnize“** verkauft werden.

Ich gebe dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Kommandanten der Miliz den Auftrag, heute noch *sämtliche israelitischen Kaufläden in Beschlag zu nehmen*, womöglich Inventare anzulegen, die Läden zu schliessen, den Verkauf zu verbieten, die gesperrten Kaufläden mit einer sichtbaren Aufschrift zu versehen: *Konfisziert zugunsten des „polnischen Staatsschatzes“*. Der Ausverkauf wird seinerzeit zu Maximalpreisen durch bestimmte Firmen stattfinden.

Sowie ich mich in meinen Verfügungen loyal und ruhig gezeigt habe, ebenso warne ich das P. T. Publikum vor jeglicher Störung der öffentlichen Ordnung und vor Vernichtung von öffentlichem Vermögen.

Ich erkläre, dass falls sich solche Versuche kundgegeben werden, ich imstande bin, ganz rücksichtslos und mit schärfster Strenge vorzugehen, und zu diesem Zwecke habe ich bereits den entsprechenden Sicherheitsorganen die darauf bezüglichen Befehle erteilt.

Für die genaueste Ausführung dieses Auftrages mache ich die Ortsmiliz, sowie die Verwaltungsorgane der Gemeinde verantwortlich.

Stryzow, den 6. November 1918.“

* Polnische Liquidationskommission.

** Landwirtschaftliche Genossenschaft.

Die Entwaffnung der jüdischen Miliz.

Die Juden wären, insofern es sich nicht um Militärpogrome, sondern um Raubzüge von Stadteinwohnern, Bauern und Banditen handelte, in den meisten Fällen wohl imstande, die Überfälle abzuschlagen, wenn man sie nicht des elementarsten Menschenrechtes, des Rechtes der Notwehr, beraubt hätte. Allein die polnischen Machthaber, die die Juden nicht beschützen wollten oder konnten, ordneten überall die Wehrlosmachung der jüdischen Bevölkerung an. Aus einem Instinkte der Selbsterhaltung war in vielen Orten spontan eine jüdische Miliz entstanden, die sich in den meisten Fällen aus früheren Soldaten und Offizieren zusammensetzte und die kein anderes Ziel im Auge hatte, als das, von der jüdischen Bevölkerung die drohende Gefahr abzuwenden. Angesichts der Tatsache, dass die Juden mit verschwindenden Ausnahmen nirgends zur allgemeinen Bürgerwehr zugelassen wurden, war die jüdische Selbstwehr eine absolute Notwendigkeit. Die Existenz der jüdischen Selbstschutzgruppen war aber nur von kurzer Dauer. Unter dem Vorwande, dass die jüdische Miliz die polnische Bevölkerung „reize“, wurde sie fast allenthalben entwaffnet und aufgelöst. Dadurch luden die polnischen Machthaber die schwerste Schuld auf ihr Gewissen, denn sie durften die jüdische Selbstwehr nicht auflösen, wenn sie nicht den unerschütterlichen Willen besaßen, die Juden zu schützen und die Fähigkeit, den Willen in die Tat umzusetzen.

Über den Pogrom in Chrzanow, vor dem viele Juden nach Krakau geflohen waren, war die Polnische Liquidationskommission in Krakau, die am 28. Oktober gegründete provisorische polnische Regierung für die polnischen und von den Polen beanspruchten Teiten des früheren Österreich, einen Augenblick selbst entsetzt; in einem momentanen Anfall „nationaler Schwäche“ ermächtigte sie nicht nur zur Bildung einer jüdischen Selbstwehr für Krakau und Umgegend, sondern forderte sogar selbst zum Anschlusse auf. Ein von ihr mitunterzeichneter Aufruf lautete:

„In Übereinstimmung mit der Polnischen Liquidationskommission

übernimmt das jüdische Militärkomitee die Aufgabe, eine Selbstwehr aus jüdischen Offizieren und Soldaten zum Zwecke des Schutzes des jüdischen Lebens und Eigentums in Krakau und der Provinz zu organisieren. Diese Selbstwehr wird dem Polnischen Militärkommando in Krakau unterstellt.

Wir fordern also sämtliche jüdischen Offiziere und Soldaten, ebenso alle Freiwilligen, welchen das Wohl des Judentums am Herzen liegt, auf, sich unverzüglich in der Kaserne der Reserve der jüdischen Selbstwehr in der Wolnizastrasse zu melden. Die Werbearbeit dauert von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Im Einvernehmen mit der Polnischen Liquidationskommission dürfen in diese Reserve auch aktive Soldaten und Offiziere eintreten.

Unterschrift:

Für das jüdische Militärkomitee:

Moritz Freundlich, Hauptmann. Ing. Tobias Wechsler, Hauptmann.
Josef Schönberg, Hauptmann.

Für den Jüdischen Nationalrat:

Dr. Osias Thon. Dr. Henryk Schreiber. Dr. Josef Margulies.

Für die Polnische Liquidationskommission:

Graf Lasocki, Vorsitzender des administrativen Ausschusses,
Wladimir Tetmayer, Vorsitzender des Militärausschusses.“

In der jüdischen Welt wurde diese Massnahme mit Genugung begrüsst. In einem Appell des Poale-Zion-Verbandes wird von dieser Massnahme als von dem „ersten Ausdruck der erwachten Selbstbesinnung der polnischen Führer“ gesprochen. Das Lob war aber verfrüht, denn nach einigen Tagen erschien ein Befehl des Militärkommandos, in dem mit cynischer Verlogenheit behauptet wurde, der jüdische Selbstschutz sei „eigenmächtig“ gebildet worden. Der Befehl lautete:

„Die eigenmächtig und ohne vorhergehende Verständigung bezw. Bewilligung des polnischen Kommandos bewaffneten und weiter sich organisierenden jüdischen Abteilungen wurden auf Befehl des polnischen Militärkommandos aufgelöst; die Waffen sind bis zum 15. cr. unter persönlicher Verantwortung der Organisatoren der jüdischen Abteilungen den nächsten polnischen Kommandos abzuliefern.“

Dieser Befehl wurde strikte durchgeführt. Die polnischen Pogrome begannen regelmässig mit der gewaltsamen Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr.

Alle Bitten und Proteste der jüdischen Vorsteher wurden mit kalter Grausamkeit ignoriert. Alle wussten, dass die jüdische Bevölkerung wehrlos dastand, alle wussten auch, zu welchem Zwecke sie wehrlos gemacht worden war. Die Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr war in den meisten Fällen eine stumme, aber nicht misszuverstehende Aufforderung zu Pogromen.

Die Verratslegende.

Um für Pogrome und Erpressungen einen plausiblen Vorwand zu haben, wurde polnischerseits mit provokatorischer Absicht das Gerücht in Umlauf gesetzt, die Juden hätten im polnisch-ukrainischen Kampfe die von ihnen proklamierte Neutralität gebrochen und wären gegen die Polen verräterisch vorgegangen. Die Verratslegende der russischen Befehlshaber auf dem östlichen Kriegsschauplatz und die Franktireur-Legende der deutschen Befehlshaber in Belgien feierten ihr Wiederaufstehen in dem wahnwitzigen polnisch-ukrainischen Kleinkrieg.

Das Märchen vom jüdischen Neutralitätsbruch, das, wie im Abschnitt über Lemberg nachgewiesen wird, von offiziellen polnischen Dokumenten Lügen gestraft wird, hat in der Lemberger Katastrophe eine verhängnisvolle Rolle gespielt. In Przemysl, wo die polnischen Legionäre am 11. und 12. November die Wiedereroberung der Stadt mit einem Judenpogrom gefeiert hatten (siehe unten), wurde die jüdische Bevölkerung am 17. November durch nachstehenden durch Maueranschlag bekannt gemachten Ukas in Todesangst versetzt:

„ A U F R U F

an die Bevölkerung Przemysls mosaischer Konfession.

Angesichts der notorischen Tatsache, dass die Juden im Kampfe um die Eroberung von Przemysl trotz versicherter Neutralität an der Seite der Ukrainer massenhaft Anteil genommen und auf die stürmenden polnischen Abteilungen geschossen haben, fordere ich die jüdische Gemeinde auf, im Kreiskommando der polnischen Truppen in Przemysl eine Kautio n im Betrage von 3 Millionen Kronen zu erlegen.

Obige Kautio n verfällt im Falle schwerer Ausschreitungen der Bevöl-

kerung mosaischer Konfession gegen die polnischen Truppen zugunsten der Kasse der polnischen Truppen.

Die Kautions hat spätestens bis zum 21. d. M., 2 Uhr Mittag, erlegt zu sein.

Sollte in der angegebenen Zeit die Kautions nicht erlegt sein, dann werde ich meine Militärabteilungen beauftragen, der jüdischen Bevölkerung den Betrag in der Höhe von 3 Millionen Kronen abzunehmen.

Przemysl, am 17. November 1918.

TOKARZEWSKI m. p.

Oberstleutnant und Kreiskommandant.“

Eine photographische Abbildung dieses Dokumentes veröffentlichte das Pressbüro des Jüdischen Nationalrates in Wien und knüpfte daran folgende Bemerkung:

„Die Behauptung von der Anteilnahme der Juden an den Kämpfen auf ruthenischer Seite wird schon dadurch widerlegt, dass der Polnische Nationalrat in Przemysl unmittelbar vor der Affichierung der obigen Pogromandrohung in einer gleichfalls plakatierten Proklamation das neutrale Verhalten der Juden anerkannt hat.“

Die jüdische Bevölkerung, die die Entrichtung der geforderten Kontribution (es handelte sich ja tatsächlich nicht um eine „Kautions“, sondern um eine Kontribution) schon aus dem Grunde verweigern musste, weil sie einerseits einem Schuldbekennnis gliche und andererseits den Ukrainern gegenüber ein Neutralitätsbruch wäre, schwebte in grösster Gefahr. Das polnische Kommando traf Anstalten, seine Drohung wahrzumachen und die Truppen auf die Juden loszulassen. Die Katastrophe wurde von den Juden durch die auf Drängen des Jüdischen Volksrates erfolgte energische Intervention des Polnischen Nationalrates in Przemysl und nach einer erpressten demütigenden Erklärung der jüdischen Vorsteher abgewendet.

Noch brutaler war die Sprache eines an die Juden von Ustrzyki dolno erlassenen Befehls.

Die sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“, die zu den polenfreundlichsten Blättern Österreichs gehört, schrieb am 1. Dezember:

„Zwei polnische Dokumente werden uns in beglaubigter Abschrift zur Verfügung gestellt, die wir in Übersetzung veröffentlichen:

1.

Platzkommando
Sanok.

Kommando der Expedition
Sanok-Chyrow.

An die Israelitische Kultusgemeinde in Ustrzyki dolne.

Es wurde nun bestätigt, dass die jüdische Bevölkerung an den Kämpfen der Hajdamaken gegen das polnische Militär teilnimmt, das im Auftrag der polnischen Regierung Ruhe und Ordnung in das Land bringt.

Infolge dieser feindlichen und verbrecherischen Handlungen haben schon drei unserer Soldaten den Tod erlitten. Die Täter werden dafür persönlich haften. Die israelitische Gemeinde, die dies nicht verhinderte, hat unter dem Titel der Strafe einen Betrag von 300 000 Kronen im Verlauf *einer Stunde* zu zahlen. Im Falle der Nichteinzahlung werden *die jüdischen Häuser bombardiert oder mit Dynamit gesprengt* und die Strafe zwangsweise eingehoben werden.

Der Offizier, der dieses Schreiben zustellt, ist gleichzeitig bevollmächtigt, obige Summe in Empfang zu nehmen und zu quittieren.

Ustrzyki, 24. November 1918.

SVOBODA, Oberstleutnant,
Kommandant der Expedition.

2.

Protokoll der Übernahme im Sinne der
Zuschrift des Kommandos vom 24.
November 1918.

Abgenommen à conto bar.....	Kronen	3 900: —
25 Stück rote Kreuz Lose zu 20 Kronen.....	„	500: —
1 Postsparkassenbuch der Frau Sofie Apfel	„	2 000: —
Eisenbahnvorschuss für die Firma Faltner & Dattner.....	„	15 837: 82
3 Stück österreichische Kriegsanleihe à 1 000 Kronen ...	„	3 000: —
Bargeld bei Dr. Sterner und Bürgermeister Frankel	„	34 100: —
	zusammen Kronen	59 337: 82

zusammen in Barem und Papieren in Worten zur Übergabe an Oberstleutnant Svoboda übernommen.

SZCZEPANOWSKI,
Ingenieur-Oberleutnant.“

„Hierzu wird uns,“ schreibt die „Arbeiterzeitung“, „zur Erklärung noch mitgeteilt: Ustrzyki ist ein kleines jüdisches Nest in Westgalizien mit 3 400 Einwohnern. Der siegestrunkene General *Roja* (ehemaliger Provisionsagent der Austro-Amerikana) hat dorthin seine „Heldentruppen“ gesendet, um neue Lorbeeren und — neues Geld zu holen. Dreihunderttausend Kronen soll-



ten aus der Armut des Städtchens erpresst werden! Sonst kündigten die Herren (armer Kosciuszko, wenn das Deine Nachfolger) Dynamit und Bomben an! Dreihunderttausend Kronen konnten jedoch unmöglich geholt werden. Da sind auf Befehl des Herrn Svoboda zwei Panzerzüge vor Ustrzyki vorgefahren. Ein Advokat begab sich nach Krakau, um den Grafen Lasocki, Chef der Verwaltung Galiziens in der Liquidierungskommission, von dem unerhörten Vorfall Mitteilung zu machen und übergab ihm eine vom ehemaligen Bezirkshauptmann Noel bestätigte Kopie des kuriosen „Befehls“. Herr „Minister“ Lasocki verlangte das Original und als es ihm von den Advokaten übergeben worden war, verweigerte er die Ausfolgung desselben . . . Unter russischer Zarenherrschaft hätte bei solchen Gewalttaten ganz Europa vor Empörung aufgeschrien!“

Einem Bericht eines Augenzeugen entnehmen wir noch, dass die sauberen Herren sich mit einem Teil der geforderten Beute begnügen mussten, weil sie durch Kämpfe in der Umgebung abgelenkt wurden und dann weiterziehen mussten. Seiner Drohung hatte das Kommando dadurch Nachdruck verliehen, dass es auf Ustrzyki dolno drei Kanonenschüsse abgeben liess, die zwei Häuser trafen. Die Juden wurden von Legionären ausgeplündert. Der Jude Schwarz wurde von einem Legionär erschossen. Nach einiger Zeit erschienen wieder Legionäre, um den Rest der Kontribution einzufordern.

DER POLNISCHE POGROMORKAN.

Über die gewaltige Flut von polnischen Judenpogromen liegt schon jetzt ein riesiges Material vor, von dem nur ein geringer Teil bisher veröffentlicht worden ist. Kompetente jüdische Körperschaften sind bemüht, sich authentische Berichte über die Pogrombewegung zu verschaffen, namentlich hat der Jüdische Nationalrat in Wien zahlreiche Protokolle mit Augenzeugen aufgenommen, an deren absoluten Glaubwürdigkeit nicht gezweifelt werden kann. Aus Raummangel können wir nur einen kleinen Teil des uns zur Verfügung gestellten Materials reproduzieren.

Wir lassen zunächst ein vom Jüdischen Nationalrat in Wien aufgestelltes und von uns ergänztes Verzeichnis der Orte, aus denen bislang Nachrichten über stattgehabte polnische Pogrome vorliegen, folgen und bringen dann die Berichte über mehrere typische Pogrome zum Abdruck. Der Lemberger Pogrom wird in einem besonderen Abschnitt dieser Schrift behandelt.

Verzeichnis der von polnischen Pogromen betroffenen Orte.

(Über die Pogrome in den mit fletter Schrift gedruckten Orten folgen unten ausführliche Berichte.)

- Andrychow.** Plünderungen am 5. November, 90 Prozent der Plünderer gut-situierte Bauern, Weigerung der Polizei und der Bürgerwehr einzugreifen.
- Baczkow.** Überfälle.
- Baranow.** Geschäfte erbrochen und ausgeraubt. Stadtmiliz verhielt sich passiv, beschoss aber dann die jüdische Selbstwehr.
- Blazowa.** Plünderungen und Misshandlungen.

- Bluzow.** Brandschatzung aller Juden, Schändung jüdischer Frauen.
- Bochnia.** Plünderungen, Ritualschändung, Misshandlungen.
- Bojanow.** Überfälle.
- Brodle.** Plünderungen.
- Brzesko.** Plünderungen, zahlreiche Tote, Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr durch die polnische Legion, die angeblich die Juden schützen sollte, sich aber dann selbst am Pogrom beteiligte, Inbrandsetzung jüdischer Häuser. Ermordung der Fliehenden.
- Brzezin.** Ermordung einer jüdischen Familie, Schändung der Leichen.
- Brzeznica.** Beraubung der jüdischen Habe.
- Brzozow.** 104 jüdische Familien am 25. November ausgeplündert. Ortsmiliz, zum grossen Teil auf jüdische Kosten unterhalten, war während der Pogrome „verschwunden“.
- Bukowska.**
- Chrzanow.** Selbstwehr schlug Pogromisten ab, bis polnische Legionäre Selbstwehr entwaffneten, Teilnahme der Legionäre am Pogrom, zwei Tote, zahlreiche Verwundete.
- Czechow.** Plünderungen, Überfälle
- Czernichow.** Plünderungen.
- Czudec.** Plünderungen.
- Dabrowa b/Tarnow.** Plünderungen, bestialische Überfälle.
- Debna.** Sämtliche Juden vollständig ausgeraubt.
- Deborow.** Überfälle.
- Dembica.**
- Dobczyce.** Schwere Misshandlungen, Plünderungen.
- Dubisko.**
- Dynow.** Plünderungen und Überfälle, obgleich hier polnische Intelligenz zu hindern versuchte.
- Dzialoszyce (Polen).** 24 Häuser ausgeplündert, Entwaffnung der Selbstwehr, Untersuchung vereitelt, der Jude S. Czuzynowski erschossen.
- Gawlowka.** Plünderungen und Misshandlungen.
- Gdow.** Plünderungen, Misshandlungen, Demolierungen.
- Gilowoe.** Plünderungen und Misshandlungen.
- Gorka.** Schwere Verwundungen, völlige Ausplünderung.
- Grabowice.** Überfälle auf jüdische Häuser mit Bomben und Handgranaten.
- Grodzisko.** Die gesamte jüdische Bevölkerung mit Unterstützung der Legionäre ausgeraubt.
- Gzrebow.** Plünderungen und Misshandlungen, kleine Kinder verwundet.
- Hucisko.**
- Impinia.**
- Iwonicz.** Ausplünderung aller Juden, schwerste Misshandlungen unter Führung des Kommandanten der Bürgerwache.
- Jamnica.** Plünderungen und Misshandlungen.

- Jaroslaw.** Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr am 13. November durch Stadtkommandanten, am 15. November Plünderungen und Miss-handlungen. Nach Ermordung von fünf Juden im benachbarten Dorfe Tuczempy jüdische Selbstwehr wieder gestattet.
- Jaworzno.** Alles ausgeplündert.
- Jedlicz.** Niederbrennen der jüdischen Häuser.
- Jelesznia.**
- Jeslo.** Niederbrennen der jüdischen Häuser.
- Jezow.** 40 jüdische Familien ausgeplündert, geschlagen, zur Flucht ge-zwungen.
- Kalbuszowa.** Landesgerichtsrat Dr. Czerny bewilligt nicht die Bildung der jüdischen Selbstwehr. Vandalisches Vernichtungswerk.
- Kelwarya.**
- Kielce** (Polen.) 700 Juden meist schwer verwundet, viele Tote.
- Kocieza.**
- Koszarowa.** Plünderung durch organisierte Banden, ebenso in zahlreichen Dörfern der Umgebung.
- Kreszowice.** Geschäfte und Wohnungen gewaltsam erbrochen und ausgeraubt.
- Krzyzanowice.**
- Kurow.**
- Las.**
- Lechowice.**
- Lemberg.** Diesem Pogrom ist ein Abschnitt unserer Schrift gewidmet.
- Lenkowice.**
- Leszice.**
- Limanowa und Umgebung.** Durch Banden ausgeraubt, schwere Misshandlungen.
- Lubomil** (Polen). 45 jüdische Familien ausgeraubt, viele Verwundete, 5 tödlich.
- Maidan.**
- Mielec.** Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr, Beteiligung polnischer Milizianten an den Plünderungen.
- Morawica.** Plünderungen.
- Mszana-Dolna.** Bei Feier anlässlich der Befreiung Polens Ausplünderung aller Juden am Ort und in den Dörfern der Umgebung.
- Niepolomice.**
- Nieszotomice.**
- Nisko.** Plünderungen, Erpressungen.
- Niszowice.** Plünderungen, 20-jähriges Mädchen erschossen.
- Oczkowice.**
- Oswiecim.** Abwehr der Angriffe von Hooligans, die mit Bewilligung pol-nischer offizieller Persönlichkeiten die Juden angriffen, durch die jüdische Selbstwehr (9. November).
- Pilzno b Tarnow.**

Prevel.

Pewla wielka. Überfälle.

Przemysl. Nach Eroberung der Stadt durch die Polen Plünderung der jüdischen Häuser, schwere Misshandlungen, Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr durch reguläre polnische Truppen, zahlreiche Tote und Verwundete. Kommandant belegt jüdische Bevölkerung mit Kontribution von 3 Millionen Kronen unter Androhung der Entfesselung eines Militärpogromes; Ausführung der Absicht verhindert durch den lokalen polnischen Nationalrat.

Przeworsk. Die Häuser ausgeraubt, Insassen furchtbar geschlagen.

Radomysl wielki. Geschäfte erbrochen, ausgeplündert, die Waren auf bereitstehende Wagen verladen. Gendarmeriekommandant verhindert ein Eingreifen der Miliz.

Ranizow.

Rejcz.

Rejnow.

Roprzyce. Plünderungen, Misshandlungen.

Rozwadow. Wiederholte Pogrome, Verhetzung durch den polnischen geistlichen Probst Okon, Teilnahme polnischer Offiziere und Legionäre, viele Juden verwundet.

Rymanow. Wohnungen und Geschäfte ausgeraubt, Beute auf Wagen (auch von reichen Bauern) weggeführt.

Saybuscher Bezirk.

Sedziszowie. Am 13. Dezember 1918 und den folgenden Tagen Plünderung von Läden und Misshandlungen unter Teilnahme von Soldaten und Legionären.

Siersza. Räubereien, Totschlag.

Slonien.

Spotnia mala.

Spotnia wielki.

Staszow. Plünderungen.

Stryzow. Sämtliche Juden ausgeraubt.

Szczakowa. Plünderungen, polnische Legionäre Anführer, Schaden drei Millionen Kronen, geraubtes Gut unter Legionäre verteilt.

Szlemieniec.

Tarnobrzeg. Einige Familien fürchterlich misshandelt und ausgeraubt. Verhetzung durch den Pfarrer.

Tarnow. Überfälle und Plünderungen, schliesslich durch jüdische Selbstwehr Einhalt getan.

Ticzyn. Sämtliche jüdische Geschäfte geplündert. Lebensgefährliche Verwundungen.

Trzebinja. Plünderungen und Vernichtungen, die polnische Behörde befahl Miliz ruhig zuzusehen. Bevölkerung stellt Heiligenbilder in die Fenster, um die jüdischen Häuser kenntlich zu machen.

- Tuczemy,** Dorf bei Jaroslaw. Vier jüdische Frauen und ein Säugling ermordet, tags darauf ein jüdischer Fähnrich erschlagen.
- Ustrzyki dolno.** Auferlegung schwerer Kontribution unter Androhung eines Bombardements, Plünderungen, ein Jude ermordet.
- Warschau.** Überfälle und Beraubungen.
- Wielepola.** Plünderungen.
- Wielkie drogi.** Plünderungen.
- Wisnicz** (Bezirk Bochnia). Prügelexekution an der männlichen jüdischen Bevölkerung auf Befehl des polnischen Kommandanten.
- Wodzislaw** (Polen). Fünfzig jüdische Familien in der Nacht zum 19. November ausgeplündert, ein Jude getötet, Beteiligung polnischer Milizianten in Zivilkleidung an den Plünderungen. Die Ansprache eines polnischen Vertreters aus Krakau verhindert am 19. November furchtbare Judenmetzelei.
- Zakliczyn.** Wohnungen und Geschäfte geplündert.
- Zator.** Wohnungen und Geschäfte geplündert, Beute auf Wagen fortgeschafft.
- Zawoja.** Geschäfte und Wohnungen geplündert.
- Zebna.** Plünderungen.
- Zmigrod.** Verwüstungen und Plünderungen. Requirierte Miliz aus Jaslo macht kehrt, weil „es sich nur um Juden“ handelt.
- Zolynia** (Bezirk Lancut). Plünderung am 17. und 18. Dezember, der 80-jährige Israel erschlagen, 12 andere Juden schwer verwundet; zur Wiederherstellung der Ordnung aus Lancut gesendete polnische Soldaten kehren nach halbstündigem müssigem Aufenthalt nach Lancut zurück.

WARSCHAU.

„BÜRGER!

An dem freudigen Tage, an dem die letzten Spuren einer fremden Herrschaft getilgt waren, boten die Strassen der Stadt einen schrecklichen Anblick. Wehrlose und unschuldige Menschen wurden überfallen. In verschiedenen Stadtbezirken sind förmliche Razzien auf die Juden veranstaltet worden. Sie wurden ergriffen, misshandelt und sogar *einige der zufällig Vorübergehenden wurden getötet.*

Ein Teil der Presse, der tendenziöse und lügenhafte Nachrichten von angeblichem feindlichen Verhalten der jüdischen Bevölkerung gegen Polen und seine Armee verbreitet, versuchte die aufgespeicherte Energie des Volkes auf die Juden zu entladen.

Das Sicherheitskomitee der jüdischen Bevölkerung, welches aus sämtlichen jüdischen Berufs-, Kultur- und politischen Organisationen der Rezi-

denzstadt Warschau hervorgegangen ist, erhebt entschieden Protest gegen die unehrenhafte und in den Folgen unabsehbare Agitation.

Wir stellen fest, was schon mehrfach von allen jüdischen Organisationen ausgesprochen worden ist, dass die jüdische Bevölkerung sich mit dem ganzen polnischen Volke in den Bestrebungen, ein unabhängiges und unteilbares Polen zu errichten, solidarisch erklärt.

Das Komitee protestiert gegen die Vergewaltigungen, die an den jüdischen Bürgern verübt wurden, und wendet sich mit einem Apell an das polnische Volk, dass es dieser Ungerechtigkeit, die den jüdischen Bürgern zugefügt wird, ein Ende bereitet und ihnen die Sicherheit gewährleistet.

*Das Sicherheitskomitee
der jüdischen Bevölkerung*

Warschau, den 11. November 1918.

BRZESKO.

Protokoll, aufgenommen im Büro des Jüdischen Nationalrates mit Herrn Meier Hofstätter, Kultuspräsidenten und Gemeinderat in Brzesko.

Wien, den 15. November, 1918.

Als sich in dem Städtchen die Kunde von den Judenpogromen in Westgalizien verbreitet hatte, verlangte Gewährsmann in einer Sitzung des Gemeinderates die Schaffung einer Bürgermiliz zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung am Ort. Schon während dieser Sitzung zeigten die Polen wenig Neigung, die Juden zu diesem Dienst zuzulassen, gaben aber endlich nach. *Einzelne Polen drohten öfters, die Zeit der Abrechnung mit den Juden sei gekommen.* Bauern aus dem Dorfe Jadowniki, die schon vor dem Kriege ihr Räuberunwesen trieben, traten mit den Legionären und der städtischen Bevölkerung in Fühlung. Daraufhin verlangte eine Abordnung der Juden aus Brzesko in Krakau eine Schutzmannschaft, und als diese anlangte, waren schon in allen polnischen Fenstern Heiligenbilder aufgestellt. Die Abteilung der Krakauer jüdischen Selbstwehr versuchte den Zugang aus dem Dorfe Jadowniki zur Stadt durch eine Patrouille abzusperren, welche Massnahme die Bauern mit einer regelrechten Schiesserei beantworteten. Hierbei wurde ein Soldat namens Brandstätter schwer verletzt. Am nächsten Tage, Dienstag den 12. November, überrumpelten starke Bauernbanden die jüdische Selbstwehr, entwaffneten dieselbe, erpressten bei dem Bezirkskommandanten Hauptmann Dr. Zyga die gesamte Munition, vereinigten sich mit den Legionären und Städtern und begannen zu plündern. Sie erbrachen sukzessive sämtliche jüdischen Geschäfte und plünderten sie vollständig aus. Während dieser Vorgänge wurde am ganzen Ringplatz heftig geschossen, um die Juden vom Schauplatz dieser Vorgänge fernzuhalten. Hierbei wurde ein Korporal Wolf erschossen. Dem Kauf-

mann Moses Goldmann wurde Geschäft und Wohnung ausgeplündert; nachher gaben die Plünderer, angeblich weil er die jüdischen Soldaten beherbergt hatte, fünf Kopfschüsse gegen ihn ab. *Als er blutgetränkt in Agonie lag, trat noch ein Soldat auf ihn zu und versetzte ihm mit den Worten: „Du hast noch zu wenig, Jude!“ einen Bajonettstich ins Herz.* Sein kleines Mädchen, das einen Handschuss bekommen hatte, *wollte kein polnischer Arzt verbinden und behandeln.* Zeugin dieser Vorgänge ist Dora Vogelhut, Köchin des Gewährsmannes. Eine andere Bande raubte dem Chiel Moses das Geld und *erschoss* ihn. Als Anführer einzelner Banden taten sich Rubitzki und Wassiszowski hervor. Auch ein Gendarmeriewachtmeister hat sich an den Exzessen einer Gruppe beteiligt. Meier Perlmann wurde *unter einen rollenden Zug geworfen und überfahren.* Das dauerte den ganzen Nachmittag. Gegen Abend kamen zwei Abteilungen polnischer Soldaten aus Bochnia und Tarnow mit dem Auftrage, dem Pogrom ein Ende zu bereiten. Aber der Kommandant dieser Mannschaft, ein Leutnant, hielt an seine Abteilung folgende Ansprache: „Auf unsere Brüder werden wir nicht schiessen. Morden braucht man nicht, das wäre für Polen nicht schön. *Aber Rauben ist gestattet,* dafür wird niemandem ein Haar gekrümmt.“ Dieser Geist beherrschte die Truppe, die die Juden zu beschützen hatte! Die Exzedenten liessen auch gar nicht von ihrem Handwerk ab; abends haben sie noch zehn jüdische Häuser *in Brand gesteckt, um sie einen Kordon gebildet und die Fliehenden beschossen.* Ein Kellerraum in einem dieser Häuser ist noch voll mit jüdischen Leichen.

Mittwoch, den 13. und Donnerstag, den 14. November 1918 wiederholten sich diese Vorgänge. Bis zur Abreise des Gewährsmannes festgestellt: 5 Tote, 8 Schwerverletzte und ein Sachschaden von 20 Millionen.

Es wurde zwar über die Stadt *das Standrecht* verhängt. *Aber dessen verschärfte Bestimmungen finden lediglich auf die Juden Anwendung. Gegen die Polen werden sie gar nicht gehandhabt.*

KIELCE.

Protokoll, aufgenommen am 19. November 1918
vom Jüdischen Nationalrat in Wien mit Dr. ...*

Ich komme soeben aus Kielce und habe über die dort stattgefundenen Judenpogrome folgendes zu berichten:

Am 11. November d. J. fand in Kielce ein jüdisches Massenmeeting statt, an welchem sämtliche jüdischen Parteien teilgenommen haben. Bei diesem Meeting wurden Resolutionen angenommen, in welchen die Anerkennung der jüdischen Nation in Polen und Zuerkennung von nationaler und politischer Autonomie verlangt wird, gleichzeitig wurde das Entstehen des freien, unabhängigen, vereinigten Polens von der Ver-

* Der Gewährsman lebt in Kielce und die öffentliche Nennung seines Namen könnte für ihn im gegenwärtigen Moment verhängnisvolle Folgen haben.

sammlung mit Freude begrüsst und es wurde in einer Resolution, die Bereitschaft der jüdischen Bevölkerung ausgesprochen, an dem Aufbau des polnischen Staates teilzunehmen und daran freudig mitzuarbeiten. Überhaupt war die Stellung der Versammlung zur polnischen Frage eine überaus freundliche. Es wurden zwar Rechte verlangt, aber zugleich hat man sich auch zu den Pflichten gegenüber dem polnischen Staate bekannt. Es sind Aufrufe an die jüdische und polnische Bevölkerung herausgegeben worden, welche die obige Stellungnahme der Kielcer Juden wiedergeben. Einen Aufruf an die jüdische Bevölkerung lege ich bei und werde demnächst auch den an die polnische Bevölkerung gerichteten senden. An der Versammlung beteiligten sich auch die jüdischen Offiziere und Soldaten, welche den polnischen Eid geleistet, wobei sie jedoch ausdrücklich erklärt haben, dass sie dies als polnische Staatsbürger jüdischer Nationalität tun. Auch ich ergriff dort das Wort und habe in einem Polen gegenüber höchst versöhnlichem Tone gesprochen.

Ich bemerke noch, dass die Versammlung im Theatersaale, welcher auf der Hauptstrasse der Stadt Kielce gelegen ist, stattfand.

Die Versammlung war gegen $\frac{1}{2}$ 6 Uhr zu Ende und als wir den Theatersaal verliessen, bemerkten wir gegenüber eine Menschenmenge, bestehend meistens aus jungen, mit Stöcken bewaffneten Polen, welche dort bereits warteten. Die Menge warf sich auf uns und begann einzelne Personen mit Stöcken zu bearbeiten. Es entstand eine Panik und die im Saale befindlichen Juden wurden aufgefordert, vorläufig im Saale zu verbleiben.

Im Saale erschien plötzlich der stellvertretende Kommandant der städtischen polnischen Miliz, liess alle Frauen hinausgehen und als dies geschehen war, forderte er die verbliebenen Männer auf, die Waffen abzugeben. Es stellte sich heraus, dass absichtlich das Gerücht verbreitet worden war, wonach aus der jüdischen Menge auf einen Legionär geschossen worden sei. Dies wurde zur Begründung des Pogroms kolportiert. Die Anwesenden erklärten, sie haben keine Waffen, worauf eine Personendurchsuchung vorgenommen und tatsächlich bei niemandem eine Waffe vorgefunden wurde.

Plötzlich drang eine bewaffnete Menschenmenge in den Saal und es begann ein regelrechter Pogrom, wobei *mehr als 200 Juden, die ganz wehrlos waren, verwundet wurden.*

Hierauf begab sich die Menge in die Judengasse und begann die Plünderung von Geschäften. Es wurde vom polnischen Stationskommando eine Assistenzwache verlangt. Als diese jedoch entsandt wurde, beteiligten sich die Soldaten selbst an den Ausschreitungen, sodass sie zurückgezogen werden mussten.

Der Hass der polnischen Bevölkerung kam in vielen krassen Fällen zum Ausdruck. So z. B. wurde ein Arzt, Dr. Jankowski, zu einem schwerverwundeten Burschen ins Theater gerufen. Als er kam, untersuchte er nicht einmal den Kranken, sondern schaute den mit Blut Befleckten an und

sagte: „*Juz zdekaht*“ (schon krepirt) und entfernte sich, ohne dem Verwundeten Hilfe geleistet zu haben, obwohl dieser noch am Leben war.

Zur Begründung des Pogroms wurde in der Stadt überall die Beschuldigung kolportiert, dass während der Versammlung feindliche Reden gegen die Polen gehalten worden und Rufe wie: „Es lebe die Revolution, es lebe Lenin und Trotzki!“ laut geworden seien. Diese Behauptung ist grundfalsch, denn sowohl ich, als auch viele andere Teilnehmer, die vom Anfang bis zum Ende der Versammlung anwesend waren, können bezeugen, dass kein einziger feindseliger Ruf gegen die polnische Nation oder den polnischen Staat ertönte.

Am nächsten Tag, d. i. am Dienstag, den 12. November, begannen gegen 12 Uhr Mittags die Pogrome von neuem und dauerten bis ca. 6 Uhr. Es wurden zusammen über 500 Leute verwundet, von denen 15 bereits am 17. d. Mts. tot waren, welche Zahl sich inzwischen bedeutend vergrößert haben wird. Ich lege auch die erste Liste über 108 Verwundete und 3 Tote bei. Die weiteren Listen werden folgen.

Die Veranstalter der Versammlung wurden verhaftet, doch am nächsten Tag freigelassen. Als sie beim Stadtpräsidenten intervenierten, gab er zur Antwort: Man müsste zur Sicherung der Juden die Miliz um 100 Mann vergrößern, dazu sei jedoch ein Kapital von 300 000 Kr. notwendig, welches die Juden erlegen sollen. Der Regierungskommissär Bukowinski verlangte, als man bei ihm intervenierte, die Juden sollen 2 000 Ellen Leinwand für die polnischen Soldaten beschaffen. Der Pogrom wurde somit zum Anlass genommen, um von den Juden verschiedene Kontributionen zu erpressen. Zur Sicherung des jüdischen Lebens und Eigentums wurde aber seitens der kompetenten Behörden beinahe nichts veranlasst. Der kommandierende General hat bloss ein Versammlungsverbot und eine 9-Uhrsperrverlautbart. Sonst ist aber nichts geschehen.

Am Dienstag hat der Pogrom am Ringplatz stattgefunden. Der Stadtpräsident hat dies vom Rathaus aus gesehen; die Entsendung von einigen Milizianten würde genügt haben, um den Pogrom einzustellen.

Ich begab mich damals zu einem jüdischen Offizier und wollte die jüdischen Soldaten als Selbstwehr organisieren. Darauf erhielt ich die Antwort, dass über Anordnung des Generals sämtliche jüdischen Offiziere und Soldaten des 56. Infanterieregimentes entlassen seien. Als Vorwand wurde angegeben, es sei eine Deputation von Soldaten beim Kommandanten erschienen, die die Entfernung der Juden verlangte. Der General könne daher angesichts der Lage keine Gewähr für die Sicherheit der jüdischen Offiziere und Soldaten übernehmen. Tatsächlich sind auch jüdische Soldaten angegriffen und es ist ihnen der polnische Adler von der Kappe herabgerissen worden.

Die Lage der Juden ist seither trostlos. *Die polnischen Behörden, das polnische Militär und die polnische Miliz bilden für sie gar keinen Schutz, sie nehmen vielmehr gegen die Juden eine feindselige Haltung ein.* Die jüdischen

Geschäfte sind in Kielce seit dem 11. November geschlossen. Kein Jude wagt sich auf die Strasse hinaus, geschweige denn wagt jemand jetzt eine Reise zu unternehmen. Die Juden haben von gar keiner Seite Hilfe zu erwarten.

Ich wurde daher ersucht, in Wien beim jüdischen Nationalrate vorzusprechen und dringende sofortige Abhilfe zu verlangen. Ich bemerke noch, dass diese Pogromgeschichte in Kielce nicht vereinzelt dasteht, da auch am Lande und in anderen Städten Polens Pogrome stattgefunden haben. Über diese kann ich jedoch nicht ausführlich berichten.

Für die Richtigkeit der obigen Angaben, welche in einem sehr gemäßigten Ton gehalten sind, übernehme ich volle Gewähr.

Die erste Liste der Verwundeten und Toten, 111 Namen (mit genauer Adressenangabe) enthaltend, befindet sich beim Jüdischen Nationalrat für Deutsch-Österreich.

CHRZANOW.

Gestern, den 5. November kam es in Chrzanow zu einem *furchtbaren Judenpogrom*. Seit einiger Zeit bestand schon in Chrzanow infolge von verschiedenen antijüdischen Exzessen in den benachbarten Städten und Dörfern eine jüdische Selbstwehr, der es bisher immer gelungen war, die nach der Stadt strömenden Banden, die aus Bauern und Arbeitern der Nachbarländer bestanden, zu vertreiben. Gestern Nachmittag wurde die *jüdische Miliz von den polnischen Legionären*, die den Sicherheitsdienst übernommen haben, *mit Gewalt entwaffnet*. Sofort verstärkten sich die am Ringplatz zusammengeströmten Banden und es kam zu einem schrecklichen Pogrom. Die Menge stürzte sich auf die jüdischen Geschäfte und *alles wurde ausgeraubt und ausgeplündert*. Die Plünderungen wurden die ganze Nacht hindurch bis zum 6. mittags fortgesetzt. Nach vollständiger Ausräumung der Geschäfte ging es über *die jüdischen Wohnungen* her, von denen die meisten ebenfalls *ausgeraubt* wurden. Die Plünderer waren zumeist bewaffnet. Bei den Schiesereien, die sie veranstalteten, wurden *zwei Juden getötet, zahlreiche Juden wurden schwer oder minder schwer verwundet*. Die geraubten Sachen wurden von Frauen und Mädchen, Angehörigen der Plünderer, *auf Wagen fortgeschafft*. Ein grosses Teil der jüdischen Bevölkerung verliess in der Panik fluchtartig die Stadt. Die Flüchtlinge begaben sich nach Krakau, Prag, Mährisch Ostrau und Wien. Unter den Getöteten befindet sich auch ein christlicher Bürger. Gewährsmänner versichern, dass er von den Plünderern irrtümlich erschossen worden sei, wofür auch der Umstand spricht, dass die jüdische Bevölkerung gänzlich ohne Waffen war. Bezeichnend ist, dass die jüdischen Geschäfte, die sich in christlichen Häusern befinden, verschont geblieben sind. Die christliche Intelligenz und die Legionäre verhielten sich den Exzessen gegenüber *„neutral.“*

Heute reiste eine Deputation jüdischer Bürger nach Krakau und wandte sich hier an die polnischen Militärbehörden um Schutz und Hilfe.

(„Nowy Dziennik“, 7. November.)

Einer vom Jüdischen Nationalrat in Wien wiedergegebenen Brief von Ruben Ernst, der die Mitteilungen über die Entwaffnung der jüdischen Selbstwehr unter Beteiligung von Legionären und der Schutzwache der Stadt am Pogrom bestätigt, entnehmen wir noch folgenden Passus:

„Als von Krakau nach dreitägiger Plünderung Hilfe kam (von jüdischen Soldatenrat entsendet), versicherte die Chrzanower Stadtgemeinde, dass dies nur aufreizend auf die Bevölkerung wirken könnte und dass es ratsam sei, diese zurückzuschicken. Man versicherte, dass es nicht mehr zu Unruhen kommen würde. Die Plünderer verlangen von der jüdischen Bevölkerung die Herausgabe von Waren im Werte von K. 150 000 als Sicherung ihres Lebens und die Gemeindeverwaltung hat bereits Requirierungen *nur* bei jüdischen Kaufleuten vorgenommen.“

TRZEBINIA.

Die aus Anlass der Proklamierung der polnischen Unabhängigkeit für Sonntag, den 3. November angekündigte Manifestation bot den hiesigen Hooligans, unter der Anführung des Kreisarztes Dr. Dobrzinsky eine günstige Gelegenheit, den Pogrom zu inszenieren. Die Juden erschienen in Massen, um ihre Loyalität und Freude über Polens Wiedergeburt zu bekunden. Kaum aber hatte ihr Vertreter, Herr *Wald*, das Wort ergriffen, als auf ein Signal des Dr. Dobrzinsky Rufe laut wurden: „Hinaus mit den Juden!“ Herr Wald musste seine Ansprache unterbrechen und die Juden versammelten sich nachher im Bethaus und beschlossen, eine jüdische Miliz zu bilden. Das eingesetzte Bürgerkomitee wendete sich an den Bezirkshauptmann mit der Bitte um Waffen; dieser wies dasselbe an den Hauptmann Kaden, der daran die Bedingung knüpfte, dass Dr. Dobrzinsky Kommandant der Bürgermiliz werde. Erst am Mittwoch entschloss man sich, unter dem Eindruck der Schauernachrichten über den Pogrom in Chrzanow, diese harte Bedingung anzunehmen und so wurde an die Spitze der Miliz der durch seine judenfresserische Tätigkeit berüchtigte Dr. Dobrzinsky gestellt. Seine erste Tat war die *Entwaffnung der jüdischen Milizianten am Donnerstag früh zehn Minuten vor Ausbruch des Pogroms*; den Polen beließ er die Waffen.

Um 9 Uhr setzte die Plünderung der jüdischen Geschäfte und Häuser ein. Man drang in das Bethaus ein und schändete die Thorarollen. Polnische Geschäfte blieben verschont. Die Miliz bewachte das Pfarrhaus und das Haus des Dr. Dobrzinsky. Auch das 9 Uhr abends eingetroffene Militär aus Krakau sah gleichgültig dem Raubzuge der Dorfbauern, Arbeiter und Eisenbahner zu. Fast sämtliche jüdischen Geschäfte sind ausgeraubt und niedergebrannt. Der Kaufmann Mandelbaum, dem 10 000 K. bar geraubt wurden,

entkam kaum mit dem Leben. Die Legionäre verhielten sich passiv, ebenso die polnische Intelligenz des Ortes. Eine einzige Ausnahme bildete der Volksschuldirektor Geremuga, der rief: „Bei Gott, es ist eine Schmach, die Wiedergeburt Polens mit Pogromblut zu beflecken.“

(Aus den Materialien des Jüdischen Nationalrates für Niederösterreich.)

ZATOR.

„Zator (Galizien), den 6. November 1918.

Wohllöblicher

Jüdischer Nationalrat,

Wien.

Am Montag, den 4. November a. c. ergoss sich eine bewaffnete Bande und anderes zahlreiches Gesindel aus den umherliegenden Dörfern in unsere Stadt, und — *nach Vereinbarung mit der Ortsbehörde*, dass, falls diese *keinen Widerstand leisten wird, die Plünderung sich bloss auf jüdisches Eigentum beschränken wird*, — einwandfreie Zeugen werden es bestätigen — überfiel die entmenschte Horde die jüdischen Geschäfte und Privatwohnungen und raubte dieselben gänzlich aus. Was nicht niet- und nagelfest war, wurde auf eigens dazu bereitgehaltenen Wagen geladen und fortgeführt; alles Übrige, was nicht mitgenommen werden konnte, wurde demoliert. Wer sich zur Wehr setzte, wurde misshandelt und mit Totschlag bedroht. Die angerichtete Verwüstung spottet jeder Beschreibung; der Vandalismus feierte einfach Orgien. Leute, die kurz vorher noch als wohlhabend galten, wurden zu Bettlern gemacht, sie konnten bloss das nackte Leben retten. Die jüdische Bevölkerung ist schutz- und obdachlos und dem Verhungern nahe, denn *die Bitte derselben um Mehlausgabe wurde seitens der Approvisionnementkommission mit dem Hinweise darauf, dass jetzt wichtigere Sachen zu erledigen sind, einfach abgelehnt*.

Das ist in kurzen Umrissen die Lage der hiesigen jüdischen Bevölkerung. Aus gebrochenen Herzen und zerfleischten Seelen entringt sich ein Verzweiflungsschrei nach baldiger Hilfe, umso mehr, da der Winter nahe hervorsteht und die ausgeplünderte jüdische Bevölkerung nackt und mittellos dasteht.

Euer Wohlgeboren mögen alle Hebel in Bewegung setzen und der hiesigen jüdischen Bevölkerung, welche der Verzweiflung nahe und dem Verhungern preisgegeben ist, baldige Rettung schicken.

Für die erwartete Hilfe im vorhinein bestens dankend,

zeichnet mit aller Hochachtung

Der Jüdische Kultusvorstand und Rabbiner ...

PRZEMYSL.

Nachdem die österreichische Herrschaft in den letzten Tagen des Monats October zusammengebrochen war, wurde am 1. November zwischen

den Polen und Ukrainern die Vereinbarung getroffen, der zufolge Stadt und Bezirk Przemysl bis zur Entscheidung durch die Friedenskonferenz von einer gemeinsamen Regierenden Kommission verwaltet werden sollte. Die Kommission setzte sich aus vier Polen und vier Ukrainern zusammen. Gleichzeitig entstand der Jüdische Volksrat, dem Vertreter sämtlicher jüdischer Parteien und sozialer Schichten angehören. Auch die Assimilantengruppe schloss sich dem Volksrat an. Die Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde, die wie fast überall in Galizien, in assimilatorischen Händen gelegen hatte, wurde im Einvernehmen mit dem früheren Vorstände dem Jüdischen Volksrate übertragen, der von der ganzen jüdischen Bevölkerung als die einzige jüdische Repräsentanz betrachtet wird. Über Antrag des Jüdischen Volksrates wurde ein jüdischer Vertreter, Dr. Landau, in die Regierende Kommission aufgenommen. Am 3. November erliess der Jüdische Volksrat eine Kundmachung in jüdischer, polnischer und ukrainischer Sprache, in der die strikteste Neutralität der Juden in der polnisch-ukrainischen Frage proklamiert wurde.

Während der Regierungszeit der erwähnten Kommission, der nur eine Existenz von drei Tagen beschieden war, versahen drei nationale Milizen, eine polnische, ukrainische und jüdische, den Sicherheitsdienst in der Stadt und zwar ohne nennenswerte Reibungen untereinander und mit gutem Erfolg. Bald brach aber der Kampf zwischen den Ukrainern und Polen aus. Bereits am 4. November war die Stadt in ukrainischen Händen. Die Polen mussten sich in die Vorstadt (Zasanie) zurückziehen. Der Jüdische Volksrat erneuerte am 4. November seinen Beschluss, strengste Neutralität zu wahren. Der Beschluss wurde am gleichen Tage durch eine Abordnung dem Polnischen Nationalrat und dem Ukrainischen Nationalrat mitgeteilt und von beiden Körperschaften zustimmend zur Kenntnis genommen. Da die jüdische Miliz ihren Dienst, die Aufrechterhaltung der Ordnung im jüdischen Viertel, nunmehr in einem von den Ukrainern besetzten Stadtteil auszuüben hatte, so wollte sich der Jüdische Volksrat vergewissern, ob man polnischerseits damit einverstanden ist. Auf eine dahingehende Anfrage erwiderte der Polnische Nationalrat durch seinen Vorsitzenden Gymnasialprofessor Felix Przyjemski, die Polen seien durchaus damit einverstanden, dass die jüdische Miliz ihren Dienst wie bisher versieht, sie erblickten darin absolut keine Neutralitätsverletzung, „ja es ist sogar im Interesse der Gesamtbevölkerung, dass die persönliche Sicherheit aufrecht erhalten bleibt“. Die jüdische Miliz beobachtete die Neutralität mit peinlichster Gewissenhaftigkeit. Sie tat gemäss einer Vereinbarung mit den Ukrainern keinen Dienst an Stellen mit irgend einem „politischen“ Charakter (Brücken, Bahnhof), und ebensowenig dort, wo auch nur die geringste Möglichkeit eines Zusammenstosses mit polnischen Streitkräften bestand. Eine Abschrift der Vereinbarung war in Händen des Polnischen Nationalrats.

Einige Tage nach ihrer Besetzung von Przemysl traten die Ukrainer

an die Vertreter des Jüdischen Nationalrates mit der Forderung heran, die ukrainische Souveränität über die Stadt anzuerkennen. Der Jüdische Volksrat lehnte dieses Ansinnen mit dem Hinweis auf die jüdische Neutralität entschieden ab. Der Polnische Nationalrat wurde über diesen Vorfall offiziell informiert.

Diese jüdische Haltung machte aber nicht den mindesten Eindruck auf den polnischen Antisemitismus. Dunkle Kräfte waren am Werke, um ein jüdisches Blutbad anzutiften. Das Gerücht wurde in Umlauf gesetzt die Juden kämpfen auf ukrainischer Seite und Zettel mit: „Schlachtet die Juden“ wurden massenhaft verbreitet.

Auf Drängen des Jüdischen Volksrates erklärte sich der Polnische Nationalrat am 6. November bereit in einem Aufruf an die polnische Bevölkerung, den Gerüchten entgegenzutreten, die Anerkennung der jüdischen Miliz auch öffentlich auszusprechen und die Bildung einer jüdischen Miliz in der von den Polen beherrschten Vorstadt anzukündigen. Der versprochene Aufruf, der in einem sehr beruhigenden Ton gehalten war, wurde auch sofort gedruckt, jedoch erst am 9. affiziert, inzwischen hatte die Pogrompropaganda immer drohendere Formen angenommen.

Den 10. November machten die Polen einen Sturmangriff in einem Panzerzuge auf die Stadt. Diesen Angriff wiederholten sie am Montag mit Erfolg. Die Polen erzwangen den Übergang über den San, und von dieser Stunde ab begannen die Orgien, die sich ausschliesslich gegen die Juden richteten. Unter dem Vorwand, dass sich in den jüdischen Wohnungen Maschinengewehre befänden, aus denen die Juden angeblich das polnische Militär beschossen haben, drangen kleinere oder grössere Militärpatrouillen in die Wohnungen ein. Sie liessen die Kassen, Schränke, Schubladen und sonstige Behälter unter dem Vorwand, sie nach Waffen absuchen zu wollen, öffnen, und nahmen alles fort, was ihnen in die Hände kam. In den Hauptstrassen z. B. in der Franciskanzka wurden die Läden der Juden durch Soldaten und Zivilisten erbrochen und vollständig geplündert. Die nicht-jüdischen Geschäfte blieben unangetastet. In Fuhrwerken wurden sämtliche Waren der grossen Magazine von Striga, Wilczer, Löwenthal, Nacht, Goldberg, Klang, Ochsenberg und anderen fortgeschafft und was nicht fortgeschafft werden konnte, wurde vernichtet. Durch die Stadt gellte das Schreien der jüdischen Opfer, die von den Plündernden mit Kolben misshandelt wurden. Eine grosse Anzahl Leute wurde schwer verwundet. Der Möbelhändler Rotter wurde auf die Strasse geschleppt und in einer bestialischen Weise mit dem Bajonett *erstochen*. Die Bande drang in die Synagoge, beschmutzte sie und *deckte den Schmutz mit Talessim* (Gebetmäntel) und *zerrissenen Thoramänteln* zu.

Um den Polen jeden Vorwand zur Beschuldigung des Neutralitätsbruches zu nehmen, zeigte sich die jüdische Miliz nicht auf der Strasse. Ungeachtet dieser Vorsicht wurde sie aus der Kaserne und aus den Privathäusern

herausgezerrt, entwaffnet und in einer bestialischen Weise misshandelt. Dann wurde sie nach Zasanie gebracht und 45 Mann in den Kasematten eingesperrt. Ausser der Miliz wurden noch 300 Privatpersonen in ihren Wohnungen und auf der Strasse verhaftet, darunter alte Männer und Kinder. Alle wurden unter Kolben- und Nagaikahieben, unter Beschimpfungen, Flüchen und Drohungen nach Zasanie vorwärtsgetrieben. Den gefangenen Milizianten sowie den Zivilleuten wurde alles, was sie bei sich trugen, abgenommen, es wurden ihnen überdies die Kleider und Schuhe ausgezogen, und sie mussten drei Tage lang ohne Essen und Trinken in den Kasematten zubringen. Zwei Offiziere der jüdischen Miliz wurden unbarmherzig misshandelt, und nur wie durch ein Wunder konnten sie ihr Leben retten. Am 11. und 12. November dauerten die Plünderungen im grossen Stile an. Am 13. und 14. wurden sie in kleinerem Masse fortgesetzt. Die Revisionen, die von bewaffneten Patrouillen, von denen man aus Angst vor dem Terror keine Legitimation forderte, wurden noch lange fortgesetzt. Diese Revisionen endeten meist damit, dass den Opfern das Geld und die Wertsachen abgenommen wurden.

Am 17. wurde der oben (Seite 23—24) wiedergegebene militärische „Aufruf an die Bevölkerung Przemysls mosaischer Konfession“ erlassen, in dem ihr eine Kontribution von drei Millionen auferlegt und ihr ein Militärpogrom angedroht wurde für den Fall, dass die Summe bis zum 21. nicht erlegt sein werde. Höchst bezeichnend ist es, dass der Oberstleutnant Tokarzewski, dessen Unterschrift den Pogrombefehl zierte, sich einem Mitglied des Polnischen Nationalrates gegenüber geäussert hat, dass die geforderte Kontribution einen Tribut an die unsichere Truppe, deren Meuterei befürchtet werde, darstelle.

Der Jüdische Volksrat beschloss, die geforderte Kontribution zu verweigern, mag kommen was wolle. Die polnischen Militärbefehlshaber waren rest entschlossen, ihre Absicht auszuführen. Ein furchtbares Judengemetzel schien unvermeidlich. Die Herren vom Polnischen Nationalrat verstanden glücklicherweise, dass die Pogrome den polnischen Interessen in der internationalen Welt und auf dem Friedenskongress sehr hinderlich sein würden. Sie intervenierten beim Militärkommando in energischer Weise. Das Kommando lehnte Anfangs die „Einmischung in militärische Angelegenheiten“ schroff ab, stimmte aber einen mildereren Ton an als der beinahe 80-jährige Dr. Tarnowski vom Polnischen Nationalrat dem General Diak zurief:

„Herr General, dann werden Sie auf mich und die Polen schiessen lassen müssen, bevor Sie Ihre Soldaten gegen die Juden loslassen.“

Diese Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Das Kommando sah sich zu einem Einlenken gezwungen, forderte jedoch, dass die Mitglieder des Jüdischen Volksrates in einer schriftlichen Erklärung die persönliche Bürgschaft für die neutrale Haltung der jüdischen Bevölkerung übernehmen sollten. Eine solche Erklärung war im höchsten Grade demütigend, denn sie musste den Eindruck eines indirekten Eingeständnisses des erfolgten Neutralitätsbruchs erwecken. Die jüdischen Vorsteher waren vor eine schwere Ge-

wissensfrage gestellt. Durften sie aus einem Gefühl nationaler Würde es auf eine Katastrophe ankommen lassen, wie sie wenige Tage später die jüdische Bevölkerung Lembergs heimgesucht hat? In ihrem harten Seelenkampf entschlossen sie sich, die verlangte Erklärung zu unterzeichnen, als die Vertreter des Polnischen Nationalrates sich verpflichtet hatten, zu bezeugen, dass die Erklärung unter Zwang abgegeben worden ist.

(Abgefasst auf Grund authentischen Materials. L. Ch.)

WISNICZ (Bezirk Bochnia).

Am 28. November fand um 10 Uhr vormittags in der hiesigen Synagoge eine Versammlung der Juden statt, in welcher über die *Absetzung des bisherigen Vorstehers der Kultusgemeinde* beraten wurde. Das war diesem Herrn unbequem; er begab sich zu einem Oberleutnant, dem Kommandanten der hiesigen Besatzung und erklärte ihm, man müsse die Juden auseinanderreiben. Der Oberleutnant beschloss, die „Revolution“ im Keime zu ersticken. So wurde um 11 Uhr vormittags die Synagoge von einem Militärkordon umzingelt. Nach Abgabe einer Salve in die Luft wurden die Juden zum Verbleiben auf ihrem Versammlungsorte gezwungen, einigen, die entfliehen wollten, wurde nachgeschossen.

Die Versammelten wurden sodann auf einem öffentlichen Platz zusammengetrieben, wobei in ganz rabiater Weise vorgegangen wurde. Gleichzeitig begannen die Soldaten, Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen und schleppten aus den Winkeln die „Rebellen“ hervor, darunter *siebzehnjährige Greise* und *zweijährige Jungen*. Die Widerstrebenden wurden mit *Kolbenschlägen* bearbeitet, die Frauen durch Kolbenschläge fortgejagt. Sofort wurde angekündigt, dass man die Verhafteten erschiessen werde. Ohnmächtige wurden mit Knüppeln bearbeitet und in brutalster Weise auf den Richtplatz geschleppt. Dort verkündete der Oberleutnant das Urteil, wonach *jeder Zehnte der „Rebellen“ erschossen* werden sollte. Der *Rabbiner* sollte zuerst erschossen werden. Schon wurden die Todeskandidaten aufgestellt, und man erwartete das Maschinengewehr, welches auch ankam. Zum Glück regte sich das „barmherzige“ Herz des *Geistlichen*, welcher die Anwendung der *Prügelstrafe* anriet. Auf den Ruf des Oberleutnants fand sich sofort *eine ganze Reihe Freiwilliger* zur Vollstreckung der Strafe. Die Arbeit begann. Der Oberleutnant half bei der Strafvollstreckung *persönlich* mit. Hundertdreissig Juden im Alter von 12–72 Jahren wurden geprügelt. Das Stöhnen der Misshandelten und das fließende Blut schien zur „Arbeit“ anzueifern, die dem Pöbel ein *angenehmes Schauspiel* bot. Das Unglaubliche dauerte drei Stunden. Der zu Hilfe eilende Arzt hatte Gelegenheit, Hiebverletzungen der verschiedensten Art zu konstatieren.

(„Nowy Dziennik“, vom 13. Dez.)

LEMBERG.

Vor dem Pogrom.

Als am 31. Oktober in der Nacht die Ukrainer Lemberg besetzten, liessen sie die jüdischen Parteien verständigen, dass, obwohl die ukrainische Regierung die Verantwortung für das Verhalten ihrer Truppen den Juden gegenüber übernimmt, sie ausserstande ist, dafür zu bürgen, dass nicht unorganisierte Banden Plünderungen und Räubereien in dem von Juden bewohnten Viertel vornehmen werden. Infolgedessen sind die Vertreter aller jüdischen Parteien sogleich zu einer Beratung zusammengetreten, in der der Beschluss, einen jüdischen Sicherheitsausschuss zu gründen, gefasst wurde. Der Sicherheitsausschuss, in den die zionistische, die jüdisch-sozialistische, die poale-zionistische und die misrachistische Partei und die israelitische Kultusgemeinde ihre Vertreter entsendet haben, hat aus sich einen Wehrausschuss ausgeschieden, der sofort zur Organisierung einer jüdischen Miliz geschritten ist. Der Sicherheitsausschuss hat in seiner ersten Sitzung sogleich die *vollkommene Neutralität* in dem Kampfe zwischen den Polen und den Ukrainern beschlossen und diesen Beschluss durch Delegationen an demselben Tage der ukrainischen Regierung und dem Polnischen Nationalkomitee zur Kenntnis gebracht. Ausserdem hat er durch polnische, ukrainische und jüdische Aufrufe der ganzen Bevölkerung Lembergs sein Programm klar und deutlich niedergelegt. Dieselben Aufrufe hat der Sicherheitsausschuss durch Parlamentäre dem inzwischen organisierten polnischen Militärkommando übersendet. Trotz dieser Bemühungen, die Neutralität der Juden Lembergs allen politischen und militärischen Faktoren bekanntzu-

geben, haben die weiteren Ereignisse des inzwischen stark gesteigerten Kampfes bewiesen, dass die Polen die Neutralität der jüdischen Miliz nicht schonen, jüdische Milizianten selbst bei Verletzung der sanitären und humanen Dienste gefangen nehmen, sie aufs schrecklichste misshandeln und internieren. Um eine definitive Klärung des Verhältnisses zwischen dem jüdischen Sicherheitsausschuss und dem polnischen Kommando zu erzielen, begaben sich Vertreter des ersteren zum Komitee der polnischen nationalen Parteien. In der abgehaltenen Konferenz wurden von den Vertretern des jüdischen Sicherheitsausschusses auf Grund von protokollarischen Zeugenaussagen die Klagen über das Verhalten der polnischen Abteilungen gegen Patrouillen der jüdischen Miliz erhoben. Es wurde nochmals die vollkommene Neutralität der jüdischen Miliz betont, die lediglich die Aufgabe der Sicherung von jüdischem Gut und Blut gegen Plünderer und Räuber hat, und die strikte Erklärung verlangt, ob das polnische Nationalkomitee diese Neutralität anerkennt und ob es gewillt ist, beim polnischen Kommando die Schonung dieser Neutralität durchzusetzen. Die Herren Abgeordneter Dr. Adam, Dr. Stahl und Dr. Lazewski haben nach Entgegennahme unserer Dokumente versprochen, am nächsten Tag die Antwort des Komitees dem jüdischen Sicherheitsausschuss mitzuteilen. Am nächsten Tage erklärte Herr Dr. Adam, dass in der bereits abgehaltenen Sitzung *keine einzige Stimme die Neutralität des jüdischen Sicherheitsausschusses in Frage gestellt habe*, umgekehrt, das Komitee anerkennt die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Miliz und wird dem polnischen Militärkommando die strikte Weisung erteilen, die Achtung der Neutralität zu sichern. Über diese Beratungen sind zwei von den genannten Herren gefertigte *Protokolle* vorhanden, in denen sie *die Neutralität des jüdischen Sicherheitsausschusses und der jüdischen Miliz anerkennen*, das polnische Militärkommando und die polnischen Abteilungen zur Achtung derselben und Nicht-Entwaffnung der jüdischen Milizianten aufrufen. Am nächsten Tage haben sich Parlamentäre der jüdischen Miliz zum polnischen Militärkommando begeben, um die Details des gegenseitigen Verhältnisses zu besprechen. Nach einer mehrstündigen Konfe-

renz wurde eine Abmachung zwischen dem polnischen Militärkommando und dem Kommando der jüdischen Miliz verfasst und beiderseitig gefertigt, in der die Verpflichtung der Neutralität der jüdischen Miliz, ihre Bewaffnung, ihre Aufgaben und die Raumbegrenzung ihrer Tätigkeit festgelegt wurden.

Trotz aller dieser Bemühungen und der peinlichsten Beachtung dieser Abmachung seitens der jüdischen Miliz sind immer neue Vorfälle der Gefangennahme und Misshandlung von jüdischen Milizsoldaten vorgekommen. Um doch das Verhältnis beiderseits aufrechtzuerhalten, hat das jüdische Milizkommando sich bei diesen traurigen Vorfällen nur auf einen Protest an das polnische Militärkommando beschränkt. Nun kamen die polnischen Linien an die Ausläufer des jüdischen Viertels von Lemberg heran, und da begann schon die Schauer Geschichte des Befreiens der Bevölkerung von Lemberg durch die polnischen Legionen. Es war am 15. November, als jede Minute neue Deputationen von jüdischen Bürgern zum jüdischen Milizkommando kamen, mit Weinen und Händeringen um Hilfe baten, ihr Hab und Gut und ihr Leben gegen die polnischen Plünderer zu schützen. Der jüdische Sicherheitsausschuss setzte sich abermals mit dem Polnischen Nationalkomitee in Verbindung, damit dieser seinen Einfluss beim polnischen Militärkommando in dem Sinne ausübe, dass den Plünderungen ein Ende gesetzt wird. Es blieb nur bei leeren Versprechungen des polnischen Kommandos.

Am 16. und 17. November nahmen die Plünderungen ihren weiteren Lauf und, als an diesem Tage gegen Mittag die erste Nachricht von drei durch polnische Legionäre in der Zrodlanagasse begangene Mordtaten an das Milizkommando gelangte, sah sich dasselbe vor die Wahl gestellt, seine der jüdischen Bevölkerung feierlichst versprochene Pflicht zu erfüllen oder sich aufzulösen. Es wurde der erste Weg gewählt und eine starke Patrouille gegen die polnischen Banditen ausgeschiedt. Nach einem dreistündigen Kampfe, in dem vier Todesopfer und fünf Schwerverwundete zu beklagen waren, wurden die jüdischen Gassen von den Plünderern gesäubert, und die Evakuierung der dort wohnenden jüdischen Bevölkerung vorgenommen. Als sich nachher Vertreter des jüdischen Sicherheitsausschusses

beim polnischen Komitee einfanden, um diesen Zwischenfall aufzuklären, anerkannte Dr. Adam, ohne weiteres die Korrektheit dieses Vorgehens. Er selbst sprach sein Befremden über das Verhalten der dort operierenden polnischen Abteilungen aus und versprach beim polnischen Kommando zu erwirken, dass im Tagesbefehle die Anordnung verlautbart werde, dass ein jeder, der bei der Plünderung ertappt wird, mit dem Tode bestraft werden wird.

Die Vertreter des Sicherheitsausschusses wiesen darauf hin, dass die Verlautbarung allein nicht genüge, da hinter den polnischen Linieh *Pogromagitation* betrieben werde, an der auch die polnischen Offiziere teilnehmen, und der als Sprachrohr das vom polnischen Kommando herausgegebene Organ „Pobudka“ diene. Sie verlangten die Statuierung eines Beispiels an den bereits der Plünderung überführten polnischen Legionären. Weiter wurde die Forderung gestellt, dass die im Judentviertel operierenden Abteilungen, die zum grössten Teil aus unverlässlichen Elementen, ja sogar aus vielfach vorbestraften Individuen bestehen, in einen anderen Stadtteil verlegt werden. Ausser Versprechungen ist leider nichts geschehen. Und als der am 17. November um 6 Uhr morgens begonnene Waffenstillstand am 20. November um 6 Uhr morgens zu Ende ging, begannen die Plünderungen von neuem. Dies war aber nur das Vorspiel der Tragödie, die am nächsten Tag früh nach dem Abzug der ukrainischen Truppen mit dem Einmarsche der polnischen Abteilungen ihren Anfang nahm.

(„Jüdische Zeitung, No. 48, 1918.“)

Ferner berichtete die „Jüdische Zeitung“:

„In den letzten Tagen führten die Polen *auf ihrem Gebiets-teile* eine Zwangsbesteuerung der *Juden* ein und ordneten eine Zwangsmobilisierung der männlichen jüdischen Bevölkerung an, welche zum Kampfe gegen die Ukrainer gezwungen wurde.

Der ukrainische Nationalrat hatte provisorische Staatsgrundgesetze erlassen, wonach die Wahlen zur Konstituante in der ganzen Westukrainischen Republik (Ostgalizien, Nordbukowina und Nordostungarn) auf Grund des allgemeinen, direkten, geheimen, gleichen und proportionellen Wahlrechtes für die nach-

ste Zeit in Aussicht gestellt waren. Die ukrainische Staatsregierung hatte eine allgemeine Mobilisierung von 17 bis 35 Jahren, jedoch nur der ukrainischen Bevölkerung angeordnet.“

Die jüdische Neutralität.

Die im oben wiedergegebenen Bericht behauptete Anerkennung der Neutralität der jüdischen Miliz durch die polnischen Behörden wird durch folgende dem „Nowy Dziennik“ entnommene Dokumente belegt:

Bestätigung.

Wir stellen fest, dass das Kommando der Jüdischen Miliz beim Komitee der Vereinigten Polnischen Parteien die absolute Neutralität angekündigt und zur Kenntnis gebracht hat, dass sie sich einzig und allein zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in dem von der jüdischen Bevölkerung bewohnten Stadtteil organisiert hat. Das Komitee nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und setzt sich gleichzeitig mit dem Kommando der polnischen Truppen in Verbindung, um Bestimmungen herauszugeben, welche das Verhältnis dieser Miliz gegenüber den polnischen Truppen und ihren Wirkungskreis regeln sollen.

Lemberg, 9. November 1918.

Dr. Leonard Stahl, m. p. Dr. Ernest Adam, m. p.

Dr. Lazewski, m. p.

Abschrift vom Original.

Laut Angabe des jüdischen Sicherheits-Ausschusses sind an folgenden Punkten Stellen der neutralen jüdischen Miliz organisiert worden:

- 1) Tempel im dem Zolkiewer Viertel*
- 2) Synagoge in der Boznicagasse*
- 3) Zolkiewskagasse Nr. 25*

4) *Blacharskagasse Nr. 25*

5) *Rzeznickagasse Nr. 13*

Wir bitten im Namen des Polnischen Nationalkomitees, die Neutralität dieser Stellen zu schonen und die Milizianten nicht zu entwaffnen.

Lemberg, 9. November 1918.

Im Namen des Polnischen Nationalkomitees:

Dr. Lazewski, m. p. Dr. Leonard Stahl, m. p. Dr. Ernest Adam, m. p.

Vereinbarung

zwischen der jüdischen Miliz und der polnischen Armee in Lemberg, getroffen am 10. November 1918 in Lemberg.

1. *Die jüdische Miliz hat zur Aufgabe, die Ordnung und öffentliche Sicherheit in den von der jüdischen Bevölkerung bewohnten Teilen der Stadt aufrechtzuerhalten. Sie darf an den Kämpfen weder auf Seiten der Polen noch auf Seiten der Ukrainer teilnehmen.*

2. *Die Mitglieder der Miliz sind bewaffnet, haben auf dem linken Arme eine weisse Binde zu tragen und mit einer vom Kommando der jüdischen Miliz ausgestellten Legitimation versehen zu sein.*

3. *Das Kommando der jüdischen Miliz hat ein Verzeichnis der Mitglieder der Miliz einzusenden sowie alle drei Tage von Änderungen im Bestande der Miliz zu verständigen.*

4. *Der Tätigkeitsrayon der jüdischen Miliz ist durch folgende Gassen begrenzt: Kleparowska, Weteranow, Pod Debem, Panienska, Zamkowa, Klasztorna, Podwale, Sobieskiego, Kerola, Ludwika, Jagiellonska, Kolataja, Kasimierzowska, Kleparowska.*

5. *Die polnischen Truppen werden die Neutralität der jüdischen Miliz wahren.*

Stanislaw Lapinski, m. p. Stabschef. Isidor Fuchs, Oberleutnant m. p. Ing. Reiss, m. p. Dr. Alexandrowicz, m. p. Polnisches Nationalkomitee.

Ein Missverständnis.

Die polnische Seite gegen die Juden erhobene Beschuldigung der Neutralitätsverletzung fand eine den polnischen Hetzern höchst willkommene Stütze in einem ukrainischen Dokument.

Das ukrainische Bulletin vom 18. November enthielt folgenden Passus:

„In der Region der Kleparowskastrasse kämpften feindliche Kräfte den ganzen Vormittag. Hauptsächlich in der Gasowastrasse und Pod Debem stiessen sie auf heftigen Widerstand seitens der jüdischen Miliz. Mit Hilfe unserer Abteilungen warfen wir den Feind auf seine alte Position zurück.“

Von jüdischer Seite wurde der wahre Sachverhalt, wie oben erwähnt, unverzüglich aufgeklärt. Wegen der Wichtigkeit der Sache wollen wir sie hier ausführlich darstellen:

Freitag den 15. November erhielt der jüdische Sicherheitsausschuss Nachrichten von bedrohlichen Raubüberfällen in der Zrodleanastrasse und Pod Debem in nächster Nähe der Kampflinie. Es waren bereits auch Opfer an Menschenleben zu verzeichnen.

Der jüdische Sicherheitsausschuss entsandte darauf eine Delegation mit Herrn Rat Bendler, einem „Polen mosaischer Konfession“, an der Spitze zum polnischen Bürgerkomitee, um Beistand zu verlangen. Der Appell war ergebnislos. Als wieder einige Juden ermordet worden waren, entschloss sich der jüdische Sicherheitsausschuss eine grössere Abteilung jüdischer Soldaten in die genannte Strasse abzukommandieren. Nach dreistündigem Kampfe gelang es, die Banditen aus dem Felde zu schlagen. Im Kampfe waren drei Anführer der jüdischen Miliz gefallen: Hauptmann Max Staub, der Feldwebel Chaweles und der Feldwebel Adolf Korpus. Fünf jüdische Soldaten waren schwer verwundet. Der Kampf zwischen der jüdischen Miliz und den Banditen spielte sich dreihundert Schritt vor der Kampflinie der Ukrainer ab.

Am auf diese Ereignisse folgenden Tage begab sich eine jüdische Deputation zu Dr. Adam, um ihn über das Vorgefallene aufzuklären. Er nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Im zitierten ukrainischen Bulletin waren eben diese Ereignisse gemeint und, wie man sieht, lag hier ukrainischerseits ein grobes Missverständnis vor.

Der jüdische Sicherheitsausschuss klärte die Angelegenheit auch in der Presse auf.

Das Lemberger jüdische „Tageblatt“ vom 20. November brachte folgende Richtigstellung:

„Der jüdische Sicherheitsausschuss gibt uns bekannt, dass das Kommuniqué des ukrainischen Generalstabes vom 18., in dem von einem gemeinsamen Kampf der Juden und Ukrainer gegen die angreifenden Polen in der Gasowast. und Pod Demben die Rede ist, nicht der Wahrheit entspricht. Die jüdische Miliz hat nicht gegen die militärischen Unternehmungen der Polen gekämpft, sondern nur gegen bewaffnete polnische Banden. Hierbei hat die jüdische Miliz keine Hilfe von Seiten der Ukrainer erhalten. Die Miliz bewahrt strengste Neutralität.“

Einem Bericht des Herrn Goldkraut in Warschau, eines Mitgliedes der von der „Partei für die Gleichberechtigung der Juden in Polen“ (Assimilanten) nach Galizien entsandten Kommission zur Untersuchung des Lemberger Pogroms, entnehmen wir noch folgende Einzelheiten (zitiert nach dem Wilnaer jüdischen Tageblatt „Letzte Naies“):

„Die Juden gingen in ihrer Neutralität so weit, dass das zionistische Lemberger „Tageblatt“ während der ganzen Zeit der ruthenisch-polnischen Kämpfe keinen einzigen Artikel über die politische Situation brachte. Als die Ukrainer einmal in einem Kommuniqué gemeldet hatten, dass es ihnen mit Hilfe der jüdischen Miliz gelungen sei, die Polen zu vertreiben, erliess die jüdische Miliz unverzüglich eine Erklärung, welche diese Behauptung entschieden bestritt. Die ukrainische Zeitung „Dilo“ veröffentlichte einen „Die Juden mit uns“ überschriebenen Artikel und musste am folgenden Tage bedauernd konstatieren, dass ihr ein Irrtum unterlaufen sei. Sie fügte die Drohung hinzu, die Juden werden aus dieser ihrer Haltung die Konsequenzen ziehen müssen.“

Wenn man ungeachtet dieser Feststellungen polnischerseits sich immer und immer wieder auf das ukrainische Bulletin beruft,

so ist es nur deshalb, weil man sonst für die Juden auch nur scheinbar Belastendes schlechterdings nicht ausfindig machen kann.

Die Anerkennung der jüdischen Nationalität durch die Ukrainer.

Die Anerkennung der nationalen Gleichberechtigung der Juden durch die Ukrainer, die die Polen als jüdische Herausforderung betrachteten und exemplarisch bestrafen wollten, wurde in aller Form in folgendem den 19. Oktober gefasstem Beschluss des ukrainischen Nationalrates ausgesprochen:

„Auf Grund des Selbstbestimmungsprinzipes der Nationen beschliesst der ukrainische Nationalrat als Konstituante:

1. Das gesamte ethnographische Gebiet innerhalb Österreich-Ungarns, und zwar Ostgalizien mit der Grenzlinie bis zum San, inklusive der Lemkowszczyzna (Bezirke Sambor, Sanok, Krosno, Jaslo, Gorlice und der angrenzende Strich am Nordfusse der Karpathen), der nordwestliche Teil der Bukowina mit den Städten Czernowitz, Storozynetz und Sereth und der ukrainische Streifen Nordungarns, bilden ein einheitliches ukrainisches Siedlungsgebiet.

2. Dieses national-ukrainische Gebiet wird hiermit als ein ukrainischer Staat proklamiert und es sind die vorbereitenden Schritte zu unternehmen, um diesen Entschluss zu verwirklichen.

3. Es werden alle nationalen Minoritäten auf diesem ukrainischen Gebiete — *wobei die Juden als selbständige Nation anerkannt werden* — aufgefordert, dass sie sich konstituieren und ihre Vertreter in den ukrainischen Nationalrat, ihrer Bevölkerungszahl entsprechend, entsenden.

4. Der ukrainische Nationalrat wird die Verfassung für den neugeschaffenen Staat auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes mit Proportionalvertretung und dem Rechte *der Vertretung in der Regierung für die nationalen Minoritäten ausarbeiten*.

5. Der ukrainische Nationalrat verlangt, dass das ukrai-

sche Gebiet seine eigenen Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsende.“

Der Pogrom.

Der Lemberger Pogrom ist von zahlreichen unabhängig von einander berichtenden Augenzeugen in der Berliner, Wiener, Budapester Presse, in den jüdischen Zeitungen Warschaus, im „Nowy Dziennik“ und in vielen von kompetenten jüdischen Körperschaften aufgenommenen Protokollen in allen wesentlichen Punkten übereinstimmend geschildert worden. Abweichungen kommen höchstens in unwesentlichen Punkten vor. Alle Augenzeugen beteuern den organisierten Charakter des Pogroms, alle konstatieren, dass den Soldaten 48 Stunden zum Plündern freigestellt waren, alle entwerfen in mehr oder minder lebhaften Farben ein haarsträubendes Bild der Katastrophe. Diese Tatsachen werden sicherlich durch jede Untersuchungskommission, die nicht auf die Vertuschung der Wahrheit ausgeht, bestätigt werden. Nicht genau festgestellt ist bisher (Mitte Januar) die Zahl der Opfer an Menschenleben. Hier scheinen manche Augenzeugen unter dem Eindruck der Schrecknisse, die sie mit ansehen mussten, in ihren Schätzungen zu hoch gegriffen zu haben.

Wir lassen hier den in der Berliner „Zeitung am Mittag“ vom 28. November veröffentlichten Bericht von MAX REINER, eines durchaus zuverlässiger Publizisten, folgen:

„Schon in den ersten Stunden nach dem Einzuge der Polen (am 22. November) begannen im jüdischen Viertel Lembergs — und dieses Viertel ist sehr beträchtlich, denn die Juden bilden nahezu ein Drittel der gesamten Bevölkerung in Lemberg — die Plünderungen. Die Geschäfte, deren Rolläden heruntergelassen waren, wurden von den Legionären aufgebrochen und ausgeraubt. Die Plünderungen nahmen einen immer gewalttätigeren Charakter an, ohne dass vom polnischen Kommando auch nur im geringsten eingeschritten wurde. Ganz ungestraft durften die Plünderer die erbeuteten Waren über die Strassen in ihre Wohnung tragen oder öffentlich verkaufen. Wo den Plünderern ein Widerstand geleistet wurde, machten sie von

ihren Waffen schonungslosen Gebrauch. Eine Deputation von jüdischen Einwohnern, die bei den polnischen Behörden vorsprach und um Schutz bat, wurde mit Redensarten abgespeist. Es ist offenkundig, dass die Plünderungen und der Pogrom von dem polnischen Kommando nicht nur gutgeheissen, sondern sogar organisiert worden ist, denn es wurde öffentlich die Parole befolgt, dass kein ukrainisches Geschäft geplündert, kein Ukrainer misshandelt werden dürfe. Das hatte seinen guten Grund. Die ukrainische Regierung hatte nämlich den Polen mitteilen lassen, dass sie, wann in Lemberg einem Ukrainer auch nur ein Haar gekrümmt werden sollte, unter den polnischen Gutsbesitzern in Ost-Galizien ein Blutbad anrichten würde. Diese Drohung hatte gewirkt. Um so bestialischer benahmen sich die Legionäre gegen die wehrlose und waffenlose jüdische Bevölkerung. Die vorher errichtete jüdische Miliz war nicht mehr vorhanden, weil sie sofort nach ihrem Einzuge von den Polen entwaffnet und zum Teil erschlagen worden war. Es waren aber nicht, wie von polnischer Seite jetzt behauptet wird, lediglich als Legionäre verkleidete Banditen, die plünderten und mordeten. Polnische Patrouillen und Offiziere der polnischen Legion drangen in Privatwohnungen ein und raubten unter Todesdrohungen Geld und Wertsachen.

„Die Ausschreitungen wurden immer wilder. Die Plünderer hatten Weinkeller erbrochen, sich betrunken und wurden in diesem Zustande immer blutdürstiger. Am 23. November begann man mit dem massenhaften Morden im Judenviertel. Zunächst vergnügten sich polnische Legionäre damit, in den Strassen des Judenviertels einzelne durch die Strassen gehende Juden niederzuschlagen. Später begannen sie damit, die Juden zusammen zu treiben und in den Häusern familienweise abzuschlachten. Um nur einzelne Namen zu nennen: Ein angesehener Kaufmann namens Sussman wurde mit seinem Sohn ermordet, seine Tochter schwer verwundet; dasselbe Schicksal teilte auch eine Familie namens Frucht, deren sämtliche Mitglieder von polnischen Legionären ausgeraubt und dann erschlagen wurden.

„Einige hundert Juden stürzten in ihrer Todesangst in die Synagogen und verbarrikadierten sich dort in der Hoffnung,

dass die Mordbrenner vor dem Heiligtum des Gotteshauses Respekt haben würden. Die polnischen Legionäre erfuhren davon, umzingelten das alte Gebetshaus und legten Feuer an. Während das Bethaus brannte, versuchten zahlreiche Juden aus den Fenstern des Gotteshauses zu springen, um sich zu retten. Aber wer sich nur aus dem Fenster schwingen wollte, wurde von den unten wartenden Legionären niedergeschossen. Das Bethaus brannte vollständig nieder, und in ihm verkohlten mehr als hundert Juden, von denen sich einige in ihrer wahnsinnigen Todesangst zum Teil in die Thorarollen gewickelt hatten und so verkohlten.

„Dieses Vorgehen wurde von den Polen dann im grossen wiederholt. Das ganze Judenviertel wurde von den polnischen Legionären umzingelt, sämtliche Strassen noch besonders einzeln abgesperrt und systematisch Haus für Haus entweder durch Brandlegung in den Kellern oder durch Brandbomben und Handgranaten in Flammen gesetzt. Das ganze Judenviertel wurde ein einziges gewaltiges Flammenmeer. Aus den brennenden Häusern stürzten jammernd und um Gnade flehend Männer, Frauen und Kinder auf die Strassen und versuchten, sich dem drohenden Feuertode durch die Flucht zu entziehen. Sie wurden von den Legionären durch Kolbenhiebe, Bajonettstiche und durch Gewehrschüsse entweder getötet oder in die brennenden Häuser zurückgejagt. Nur in einzelnen Fällen liessen sie sich durch besonders hohe Angebote von Geld und Wertsachen dazu bewegen, einem solch gemarterten Menschenkinde das Entkommen aus dem brennenden Viertel zu gestatten

„Ich will auch hier von mehreren Fällen, die mir namentlich bekannt sind, nur einen einzigen anführen: Ein Mädchen namens Schnarch war ebenfalls in einem brennenden Hause eingeschlossen. Sie bat die polnischen Legionäre inständigst, sie doch entlaufen zu lassen. Der Kommandant der Legionäre erklärte sich nach anfänglicher Weigerung dazu bereit, wenn sie ihm mindestens 8 000 Kronen in bar und ihren ganzen Schmuck ausfolgen würde. In ihrer Todesangst lief das Mädchen in die Wohnung zurück, brachte ihr gesamtes Geld und alle ihre Wertsachen herunter, folgte dies dem Legionär aus, der nun den

Auftrag gab, Fräulein Schnarch durch die Strassen entlaufen zu lassen. In den allermeisten Fällen aber waren die Bewohner des Viertels bereits vollständig ausgeplündert, und sie hatten nichts mehr, womit sie von den Mordbrennern ihr Leben erkaufen konnten. Sie kamen in den brennenden Häusern ums Leben.

„Am Nachmittage des 23. November lag der grösste Teil des Judenviertels bereits in Trümmern. Die Strassen waren angesammelt von rauchenden Balken, brennenden Einrichtungsgegenständen und verkohlten Leichen, die nun gesammelt und in Sälen, darunter auch in einem Kino, in der Nähè des Stadttheaters untergebracht wurden. Der Zutritt zu diesen Leichensammelstellen wurde verwehrt, so dass man nicht genau die Zahl der Opfer kennt, die ums Leben gekommen sind. Aber von polnischer amtlicher Seite wird angegeben, dass bei den Kämpfen um Lemberg 1 600 Menschen ums Leben gekommen sind. Nun geben die offiziellen Mitteilungen über die Verluste der polnischen Legionäre die Zahl der Toten mit 200 an. Nimmt man an, dass die Ukrainer ebensoviel Tote verloren haben, und dass während der dreiwöchigen Kämpfe von der Zivilbevölkerung etwa 100 Menschen getötet worden sind, dann bleiben etwa 1 100 übrig, die bei den Judenpogromen ums Leben gebracht worden sind.

„Die polnische Bevölkerung Lembergs hat den Pogrom mit unverhohlener Befriedigung aufgenommen und begrüsst. Man hat von keinem Polen in Lemberg auch nur das leiseste Wort der Missbilligung über diese unerhörten, selbst bei den Pogromen in Russland noch nicht dagewesenen Bestialitäten gehört. Wie am Tage nach der Bartholomäus-Nacht der französische Hof durch die Strassen spazieren ging, um sich die Opfer des Massenmordes anzusehen, so pilgerten die Damen und Herren der polnischen Gesellschaft Lembergs nach dem Pogrom in das Judenviertel, um sich die Wirkungen des zweitägigen Mordens und Brennens anzusehen und das Schauspiel zu geniessen. Am Morgen des 24. November wurde von dem polnischen Kommando in Lemberg das Standrecht verkündet. Vor der Welt sollte der Eindruck erweckt werden, als ob der Pogrom ledig-

lich von Banditen durchgeführt worden wäre, für den die polnischen Legionäre nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Es muss deshalb nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, dass die Plünderungen und die Mordtaten ausschliesslich von Angehörigen der polnischen Legion unter Leitung ihrer Offiziere ausgeführt wurden, dass das polnische Kommando von den Greueln, die sich im Judenviertel abspielten, selbstverständlich ganz genaue Kenntnis gehabt hat und nicht einschreiten wollte. Hätte man diesen Massenmord verhindern wollen, dann hätte es genügt, wenn wenigstens am 2. Tage nach der Eroberung der Stadt das Standrecht verkündet worden wäre. Das ist mit Absicht unterlassen worden, dann es war den Legionären schon vorher angekündigt worden, dass ihnen nach der Eroberung Lembergs eine 48-stündige Plünderung im Judenviertel der Stadt erlaubt werden würde. Nach der Verkündigung des Standrechts sind 3 Räuber standrechtlich erschossen worden. Aber es ist charakteristisch, dass diese drei Füsilierten ein polnisches Geschäft geplündert hatten und unter diesen dreien sich einer befand, der wegen Raubmordes bereits in psychopathischer Untersuchung gestanden hat und für geisteskrank erklärt worden war. Den Offizieren und Angehörigen der polnischen Legion, die sich an den Plünderungen und dem Morden beteiligt haben, ist selbstverständlich nicht das Leiseste geschehen.“

Der Jüdische Nationalrat für Deutsch-Österreich meldete am 26. November:

„Ein vertrauenswürdiger Augenzeuge, der aus Lemberg soeben hier eingetroffen ist, berichtet über unbeschreibliche Vorgänge, die sich nach der Eroberung Lembergs durch die Polen abgespielt haben. Die polnischen Legionäre marschierten unter dem Kommando von Offizieren in Doppelreihen in die jüdischen Strassen ein, begannen eine systematische Plünderung, erbrachen die jüdischen Geschäfte mit Bajonetten und Handgranaten, umzingelten die Häuser und brannten sie nieder. Einzelne Einwohner retteten sich durch einen Sprung aus dem Fenster. Die Legionäre schossen die Flüchtenden nieder. Cirka 10 000 Juden sind obdachlos, 80 Proz. der Lemberger Judenschaft sind zu

Grunde gerichtet, 80 jüdische Häuser sind zerstört. Bisher wurden 600 Tote, 40 verkohlte Leichen gezählt. Die Plünderung dauerte ununterbrochen von Freitag früh bis Sonntag mittags, nachdem die Ruthenen bereits Donnerstag früh aus Lemberg abmarschiert waren. Die Legionäre erklärten offen und ungescheut, dass bereits vor dem Einmarsch die Erlaubnis zu 48-stündiger Plünderung erteilt worden war. Jedenfalls ist erst nach Ablauf dieser 48-stündigen Frist das Standrecht proklamiert worden. Jüdische Deputationen sprachen bereits Freitag früh beim polnischen Vorsitzenden Dr. Adam und beim Stadtpräsidenten Dr. Steslowitz vor, ihre Bemühungen blieben jedoch ohne jedes Ergebnis. Während des Brandes der jüdischen Häuser *wurde die Wasserleitung gesperrt*, so dass es unmöglich war, *den Brand zu löschen*. Drei Synagogen sind verbrannt. Die jüdische Bevölkerung Lembergs ruft verzweifelt um Hilfe.“

In Dr. „Bloch's Österreichischer Wochenschrift“ No. 48 (1918) konstatiert Spectator :

„1. Polnische Legionäre, die während der dreitägigen Waffenruhe die Demarkationslinie besetzt hielten, äusserten sich zu den umstehenden Juden ungefähr wie folgt: „Wir werden unsere Linien in den nächsten Tagen bis in die Judengassen verschieben und dann mit euch kurzen Prozess machen.“

2. Polnische Soldaten, die nach Abzug der Ukrainer in den jüdischen Gassen erschienen, beriefen sich auf die ihnen von höherer Seite erteilte Bewilligung, 48 Stunden lang plündern zu dürfen.

3. In Wirklichkeit wurde bereits in den frühen Morgenstunden des 22. November eine grosse Anzahl von Geschäften und Privatwohnungen erbrochen und total ausgeplündert, wobei die assistierenden Soldaten die mit vorbereiteten Säcken erschienenen Männer und Frauen auf die einzelnen Läden verteilten.

4. Als eine Deputation von jüdischen Bürgern beim Regierungskommissär der Stadt Dr. Steslowicz erschien und ihn auf

die Plünderungen aufmerksam machte, entgegnete er ziemlich ruhig, dass ihm bisher nichts Ähnliches gemeldet worden sei.*

5. Auf wiederholte Vorsprache beim Stadtkommandanten Oberst Maczynski, der allgemein als spiritus movens der Pogrome bezeichnet wird, liess derselbe die Judengasse durch einen Militärkordon absperren, innerhalb dessen die Plünderer ihr frommes Werk um so ungestörter erfüllen konnten.

9. Die Bureaus des Zentralkomitees für jüdische Kriegswaisen wurden erbrochen, die Möbelstücke vernichtet, sämtliche für die Winterrequirierung hunderter von Waisen vorbereiteten Kleidungs- und Wäschestücke geraubt.

10. Polnische Damen mit der Roten Kreuzbinde am Arm, begleitet von Offizieren, kauften am hellichten Tage in der Nähe der Unglückstätte geplünderte Gegenstände zum Spottpreise.“

Der provokatorische Aufruf des polnischen Kommandos.

In Berichten von Augenzeugen wird mehrfach ein Aufruf des polnischen Militärkommandos in Lemberg erwähnt, der am zweiten Pogromtage, den 23. November, angeblich zu dem Zwecke veröffentlicht wurde, um die Truppen zu beruhigen, dessen Inhalt aber so provokatorisch war, dass er die Truppen im höchsten Grade aufregen und zu noch wilderen Exzessen aufstacheln musste. Alle Anzeichen lassen darauf schliessen, dass es sich um nachstehenden von polnischen Agenturen verbreiteten Aufruf des Lemberger Militärkommandos handelt:

„Im Laufe des dreiwöchigen Kampfes um Lemberg hat der überwiegende Teil der jüdischen Bevölkerung nicht nur keine Neutralität gegenüber den polnischen Truppen bewahrt, sondern mehrmals mit der Waffe Widerstand geleistet und in verräterischer Weise das siegreiche Vorgehen unserer Truppen aufzuhalten ver-

* Einer anderen jüdischen Abordnung sagte Steslowicz:

„Wir werden ja in 2–3 Tagen das Standrecht einführen, dann wird das aufhören.“ (Die Authentizität dieser Äusserung ist verbürgt.)

sucht. Es wurden Fälle von **Beschiessung** unserer Soldaten aus dem **Hinterhalte**, der **Begiessung** derselben mit kochendem Wasser und des **Angriffes** von **Patrouillen** mit **Äxten** festgestellt. Das polnische Kommando will jedoch die natürliche Bewegung der polnischen Bevölkerung und der Soldaten aufhalten. Alle Bürger ohne Rücksicht auf die Konfession wurden unter den Rechtsschutz gestellt. In dieser Hinsicht wurde bereits eine Verordnung über standrechtliche Bestrafung erlassen. Nichtsdestoweniger lastet auf der jüdischen Bevölkerung die ernste Pflicht der Mahnung an jenen Teil ihrer Glaubengenossen, welcher auch weiterhin so handelt, als ob er über die ganze jüdische Bevölkerung eine in ihren Folgen **unabsehbare Katastrophe** heraufbeschwören wollte.

Das Kommando der polnischen Armee hofft, dass die jüdische Bevölkerung der Stadt Lemberg in ihrem eignen Interesse ihre Glaubengenossen vor **Ausbrüchen des Hasses** gegenüber der polnischen Regierung warnen wird, und durch **loyales Verhalten** den Behörden sowie dem übrigen Teile der Bevölkerung die **Aufrechterhaltung der Ordnung** ermöglichen wird.“

Wann wurde dieser Aufruf erlassen? Von polnischen Agenturen wurde er unter „Lemberg, den 27. November“ verbreitet, wodurch der Eindruck erweckt werden sollte, er sei erst nach dem Pogrom erlassen worden. Allein das Polnische Pressebüro in Bern, das den gleichen Aufruf am 6. Dezember verbreitete, hat sich die grosse Unvorsichtigkeit zuschulden kommen lassen, dem Dokument die Mitteilung vorzuschicken:

„Das polnische Kommando in Lemberg hat am 23. November (also am zweiten Pogromtage) folgenden Aufruf veröffentlicht.“

Welch verhängnisvolle Rolle die während des Pogroms erfolgte offizielle Kundmachung spielen musste, die den „überwiegenden Teil der jüdischen Bevölkerung“ des Verrates beschuldigte, kann sich jederman leicht vorstellen. Die im Aufruf nebenbei heuchlerisch erwähnte Verordnung über das Standrecht wurde wohl am 23. abgefasst, aber erst am 24. veröffentlicht, also erst nach Ablauf der für den Pogrom bestimmten Frist von 48 Stunden.

Die „Strafexpedition“.

Eine Unmenge von mit Augenzeugen aufgenommenen Protokollen, die sich in den Händen massgebender jüdischer Stellen befinden und von denen uns Abschriften vorliegen, bestätigen übereinstimmend, dass die militärischen Pogromhelden zur Rechtfertigung ihrer Untaten sich auf einen Befehl ihrer Vorgesetzten berufen haben.

Es gibt aber für das polnische Kommando noch mehr belastende Dokumente. Nachstehend ein von absolut zuverlässigen, namhaften Persönlichkeiten aufgenommenes Protokoll über die seitens zweier angesehenen Lemberger Juden beim polnischen Kommando gemachten Vorstellungen:

*„Am 22. November, d. i. am ersten Pogromtage, begab sich Dr. . . . * mit Dr. . . . zum polnischen Kommando und bat um Intervention im jüdischen Viertel. Anwesend waren polnische Offiziere, unter ihnen General Roja, Oberstleutnant Maczynski und ein angeblich französischer Delegierte Leutnant Villan. Die Bitte des Dr. . . . hat der Adjutant bzw. Chef des Stabes Dr. Jakobski mit der Erklärung beantwortet:*

„Das ist eine Strafexpedition in das jüdische Viertel, welche nicht zurückgehalten werden kann.“

*Am folgenden Tage — zweiten Pogromtage — war Dr. . . . beim Oberstleutnant Maczynski, Kommandanten von Lemberg,** von dem er die persönliche Mitteilung erhielt, dass in der Kasimirgasse das polnische Heer von Milizianten mit Maschinengewehren beschossen werde und dass Maczynski an sie ein Ultimatum gerichtet habe, bis 12 Uhr Mittag die Waffen zu strecken, da sonst das Haus bombardiert werde. Dr. . . . eilte in die Kasimirgasse und stellte zu seiner Verwunderung fest, dass weder ein solches*

* Mit Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der Gewährsmänner müssen ihre Namen vorläufig verschwiegen werden; sie werden jedoch bei der ersten Möglichkeit der Öffentlichkeit oder der befugten Untersuchungskommission bekannt gegeben werden.

** Spectator nennt ihn in „Bloch's Wochenschrift“ den „spiritus movens der Pogrome“. Siehe oben Seite 58.

Haus, noch die Miliz existiert (die am Tage vorher arritiert wurde) noch jemandem etwas vom Ultimatum bekannt ist“

Die offizielle Kriegserklärung an die Zionisten.

Der politische Charakter der Lemberger Greuel geht auch aus folgenden Tatsachen hervor:

1. Unmittelbar vor dem Einzug der polnischen Truppen in Lemberg wurden die zionistischen Führer steckbrieflich verfolgt und mit dem Tode bedroht.
2. Nach dem Pogrom wurden die führenden Zionisten Dr. Reich, Dr. Ringel, Dr. Hausmann und der Chefredakteur des Lemberger „Tageblatts“ Herr Tennenbaum gemeinsam mit ukrainischen Führern verhaftet und als Geiseln erklärt.

Die Verhaftung der zionistischen Vertreter wurde in einem amtlichen vom polnischen Quartiermeisteramt unterzeichneten Kommuniqué wie folgt begründet:

„ . . . In den letzten Tagen hat man gleichfalls mit Bestimmtheit konstatieren können, dass die Zionisten ungeachtet ihres vor dem Kommando geleisteten feierlichen Eides sehr lebhafte Verbindungen mit dem Feinde angeknüpft und mit ihm einen gemeinsamen Tätigkeitsplan ausgearbeitet haben. Das polnische Kommando, das alle Kräfte anstrengt, um Leben und Besitz der ruhigen Bevölkerung ohne Unterschied der Religion und der Nationalität zu schützen, kündigt *den Feinden des polnischen Volkes und des polnischen Militärs den schärfsten Kampf an*. In Ausführung der seinerzeitigen Warnung sind in der Nacht fünf Vertreter des ukrainischen Volkes und fünf* Führer der zionistischen Partei verhaftet worden, die aus Lemberg als Geiseln fortgeschafft worden sind.“

* Tatsächlich waren nur vier Zionisten verhaftet. Der fünfte Mann musste nur infolge eines Irrtums das Schicksal der Zionisten teilen und wurde enthaftet, sobald der Irrtum aufgeklärt war. Der Betreffende, der nicht das geringste mit dem Zionismus zu tun hat, Dr. Wilhelm Gabel, hatte nämlich das Missgeschick, von den polnischen Häschern mit einem Namensvetter

Die Ungeheuerlichkeit der Internierung der zionistischen Führer und der gegen die „zionistische Partei“ erhobenen Beschuldigung wird auch durch Äusserungen einer ganz unverdächtigen polnischen Seite bezeugt. Der Lemberger „fortschrittliche“ „Wiek Nowy“, der sich in den ersten Tagen nach dem Pogrom an der wüsten Hetze gegen die Zionisten selbst beteiligt hatte, schrieb am 22. Dezember in Beantwortung einer Zuschrift über die Verhaftung der Zionisten:

„... Die Behauptung, dass es Dokumente und Beweise eines Verrates oder einer feindlichen Haltung der Juden gegen die Polen gebe, hat bisher keine einzige Bestätigung in den offiziellen Eenumziationen der polnischen Behörden, ebensowenig auch in irgend einem amtlichen Schriftstück gefunden. Bis heute haben wir weder vom Straf- noch vom Feldgericht ein einziges gefälltes Urteil über eine derartige Tat selbst eines einzigen Juden. Und selbst wenn späterhin solche Beschuldigungen erhoben werden sollten, so können derartige in der gegenwärtig herrschenden Stimmung mit unverkennbarer Mühe gesammelten Expressbeweise nicht einmal die Gewähr voller Verlässlichkeit bieten.“

Ungeachtet dieses einwandfreien Zeugnisses waren bisher alle bei den polnischen Behörden in Lemberg, Krakau und Warschau unternommenen Schritte für die Freilassung der zionistischen Führer vergeblich. Selbst der Reichsleiter Pilsudski, der gelegentlich eines Besuches in Lemberg versprochen hatte, die Angelegenheit zu untersuchen, hat die Freilassung der jüdischen Geiseln nicht erwirken wollen oder können.

von ihm verwechselt zu werden, mit dem im Sommer 1910 verschiedenen zionistischen Reichsratsabgeordneten Dr. Heinrich Gabel, an dessen Leichenzug sich zehntausend Juden Lembergs und zahlreiche Abordnungen aus der Provinz beteiligt haben...

Die Herren Polen haben später versucht, sich aus der Verlegenheit mit der Erklärung zu ziehen, Dr. Gabel sei nicht als Geisel verhaftet gewesen, sondern habe als Arzt die Geiseln begleitet. Diese Behauptung wird vom zitierten Dokument Lügen gestraft, in dem von fünf Führern der zionistischen Partei gesprochen wird.

Die politischen Motive des Lemberger Massenmordes.

Von einem Augenzeugen.

Von den in der letzten Zeit auf polnischem Gebiete vorgekommenen Ausschreitungen unterscheidet sich der Lemberger Judenpogrom nicht nur dadurch, dass er die grösste Zahl von unschuldigen Opfern forderte und Millionenwerte zerstörte, sondern auch durch seine Organisierung und Durchführung sowie durch die mit dem Pogrom verbundene Absicht, eine grosse, im Interesse der Polen gelegene politische Wirkung zu erzielen. Der Schreiber dieser Zeilen hatte das Missgeschick, von Mitte September 1918 bis Mittwoch den 27. November in Lemberg zu leben, dessen Parteiverhältnisse ihm ebenso wie die führenden Persönlichkeiten der Polen, Ukrainer und Juden seit vielen Jahren genau bekannt sind. Er brachte den sich abspielenden Ereignissen schon infolge seiner beruflichen Tätigkeit das grösste Interesse entgegen und verfolgte die einzelnen Phasen der Entwicklung in Lemberg mit grösster Aufmerksamkeit.

Die Ursache der letzten Ereignisse in Ostgalizien ist der polnisch-ukrainische Streit um den Besitz des Gebietes zwischen San und Zbrucz. In diesem Landstrich besitzen die Ukrainer die absolute Majorität der Bevölkerung. Polen und Juden, die hauptsächlich die Städte bewohnen, sind der Zahl nach ungefähr gleich. Die Polen stellen das Grös der Beamtschaft, die Juden bilden die handel- und gewerbetreibende Bevölkerung. Da die Juden von der polnischen Statistik seit jeher zu den Polen gezählt werden, ergibt sich die statistische Wahrheit, dass viele Städte in Ostgalizien eine polnische Mehrheit haben. Überdies ist der grösste Teil des Grossgrundbesitzes in polnischen Händen. Die bäuerliche Bevölkerung, fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, ist ukrainisch. Die Polen erheben aus historischen Gründen sowie mit Rücksicht auf die polnischen Städte und auf die Bodenbesitzverhältnisse Anspruch auf ganz Ostgalizien und versprechen den Ukrainern lediglich nationale Autonomie. Die Ukrainer berufen sich auf die absolute ukrainische Majorität und heben hervor, dass die einzelnen polnischen Majoritäten in den

Städten nur durch die erzwungene Einbeziehung der Juden in die Zahl der Polen zustande gekommen sind. Ferner weisen sie darauf hin, dass die grösste polnische Stadt Ostgaliziens, Lemberg, ihre grosse polnische Bevölkerungszahl nur dem Umstande verdankt, dass sich dort die Beamten der Zentralbehörden Galiziens befinden. Von den 120 000 polnischen Seelen Lembergs sind ungefähr 60 000 ortsfremd und werden bei Auflassung der galizischen Zentralbehörden allmählich, aber sicher abwandern. Alsdann würden in der Stadt ungefähr 70 000 Juden, 60 000 Polen und 50 000 Ukrainer verbleiben.

Daraus geht hervor, dass die Juden in Ostgalizien, namentlich in Lemberg, das Zünglein an der Wage bilden und dass es von der politischen Haltung der Juden abhängt, ob es in Ostgalizien überhaupt Stellungen mit polnischer Mehrheit geben wird. Die Ukrainer waren und sind daher bestrebt, die Juden auf ihre Seite zu ziehen, und verlangen zumindest die Lösung der Verbindung der Juden mit den Polen. Die Polen haben ihrerseits das grösste Interesse, das numerische und wirtschaftspolitische Gewicht der Juden für sich wirken zu lassen. Die Ukrainer treten als Werber um die jüdische Hilfe auf; die Polen, bisher unbeschränkte Gebieter und Nutzniesser der politischen Bedeutung der Juden, kämpfen mit der Erbitterung eines Herrenvolkes, dessen botmässige Untertanen aufzubegehren drohen, um den jüdischen Besitzstand. Aus dieser differenten Stellung der Polen und Ukrainer lassen sich die verschiedenen Methoden beider Völker in ihrer ostgalizischen Judenpolitik erklären. Die Ukrainer, die werbend auftraten, bemühen sich, auf die Bedürfnisse und Forderungen der Juden verständnisvoll einzugehen. Die Polen sind hingegen bestrebt, jede selbständige Regung der jüdischen Gesamtheit zu unterdrücken, denn eine Änderung des Status quo ante muss ihnen Schaden bringen. Die Ukrainer sind — wenn der Vergleich gestattet ist — in bezug auf die Juden werbende Liebhaber, die Polen Latifundienbesitzer, die einen Sklavenaufstand bekämpfen.

Die Juden befinden sich zwischen Hammer und Ambos. Jede Stellungnahme für oder gegen würde sie unbedingt zu einem Racheobjekt der Gegenpartei machen. In Erkenntnis die-

ses Umstandes entschlossen sich die Juden, sich im polnisch-ukrainischen Streite als völlig neutral zu erklären. Aber schon diese Neutralitätserklärung bedeutete im Wesen eine Schwächung der polnischen Position und die Polen — ausnahmslos alle Parteien — erblickten in dieser Neutralitätserklärung eine empfindliche Minderung der polnischen Macht in Ostgalizien. Eruptiv wandte sich die gesamte Erbitterung der Polen nicht so sehr gegen die offenen Feinde, die Ukrainer, als gegen die bisher willenslosen politischen Sklaven, die für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nehmen.

Gegen frondierende Sklaven hat man seit jeher nur eine Methode gekannt: Züchtigung und Ausrottung. Die Methode ist kein Produkt ruhiger Überlegung, sondern Ausfluss der Herrenmoral, die sich jederzeit und überall stärker erwiesen hat, als vernünftige Überlegung. Polen verschiedenster Parteirichtungen sagten lange vor dem ukrainischen Putsch in Lemberg: „Die Juden leben seit Jahrhunderten in unserem Lande und nun — dieser Undank!“ Eine Redeweise, wie sich alle Herren in bezug auf freiwerdende Leibeigene gebrauchen. Dass Sklaven und Untertanen Menschen sind und Anspruch auf Menschenrechte haben, ist im Laufe der Geschichte von Herren und Gebietern niemals eingesehen worden.

Als die Polen am 22. November Lemberg eroberten, war ihr erstes Bestreben nicht etwa die Verfolgung des ukrainischen Feindes, sondern die Rache an den Juden. Dieses Gefühl, sich an den Juden zu rächen, beherrschte die gesamte polnische Gesellschaft. Alle Polen hatten ein Gefühl der Befriedigung, als die einmarschierenden polnischen Soldaten sich vorerst gegen die Juden wandten. Aus Äusserungen zahlreicher Polen am Freitag den 22. November vormittags, als die Ausschreitungen gerade begannen, ist es mir bekannt, dass die polnische Gesellschaft in Lemberg einmütig der Ansicht war, dass den Juden recht geschehe und dass man die Juden nur auf diese Weise von einem weiteren Kokettieren mit den Ukrainern heilen könne. Das polnische Bürgertum und die subalternen Offiziere der polnischen Armee gingen in ihrer Auffassung noch weiter: Man muss den Juden eine Lektion erteilen zum abschreckenden Beispiel, damit

ihnen die Lust vergehe, sich als Faktor im Lande aufzuspielen. Der polnische Kleinbürger und der polnische Soldat dachten, ihrer primitiven Veranlagung gemäss, den Gedanken zu Ende: Man muss die Juden totschiagen und sie berauben, denn die Juden sind ja — die polnische öffentliche Meinung, die polnischen Führer, die polnischen Offiziere haben es hundertmal gesagt — an allem schuld.

Das waren die politischen und seelischen Voraussetzungen des Lemberger Judenpogroms. Die Zahl der Opfer wird wohl niemals genau festgestellt werden können, denn die meisten Leichen befinden sich noch unter den Trümmern der verbrannten Häuserzeilen. Im allgemeinen schwanken die von vorsichtigen Schätzern angegebenen Zahlen zwischen 2 500 und 3 000.* Der materielle Schaden beläuft sich auf viele Millionen und steigert sich täglich, weil die Plünderungen bis heute noch nicht aufgehört haben.

Als ich Mittwoch den 27. d. früh Lemberg verliess, brannten in der Judenstadt noch viele Häuser und man hörte häufig Gewehrschüsse. Viele Mitreisende erzählten, dass im Laufe des Dienstag und in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch weitere Raubanfälle vorgekommen sind. Ein Verwandter, der Donnerstag um die Mittagszeit von Lemberg abreiste und heute vormittag in Wien eintraf, berichtete mir, dass auch am Mittwoch und in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag Plünderungen stattgefunden haben. Die Verhängung des Standrechtes und die Verfolgung der Räuber führte zu keinem vollständigen Erfolge, denn die polnischen Truppen sind gerade in der Durchführung von Massnahmen zugunsten der Juden unverlässlich. In der Leitung der polnischen Streitkräfte in Lemberg herrscht Uneinigkeit. Der Kommandant der operierenden Streitkräfte, Brigadier Roja, befahl, um ein Beispiel anzuführen, die internierten jüdischen Milizsoldaten freizulassen. Der Stadtkommandant Maczynski, ein Allpole, weigert sich, diesen Befehl durchzuführen. Insgesamt sind bis gestern 1 700 Personen wegen Raubes und Plünderung verhaftet worden, darunter nach polnischen Angaben 60 Proz. Ukrainer und über 10 Prozent Juden. Charakteristisch

* Diese Zahl ist zu hoch gegriffen.

ist, dass sogar jüdische Advokaten unter der Beschuldigung, an den Raubüberfällen teilgenommen zu haben, verhaftet wurden. Es sei hier bemerkt, dass während der ukrainischen Herrschaft in Lemberg in von den Ukrainern besetzten Teilen der Stadt keine Plünderungen vorgekommen sind, obwohl am 1. und 2. November ungefähr 150 Verbrecher aus den Gefängnissen ausgebrochen waren. Ebenso wenig haben die ukrainischen Soldaten und Freischärler vom 1. bis zum 21. November jemanden beraubt oder gemordet. Die Beschuldigung, dass von den Räubern und Plünderern 60 Prozent Ukrainer sind, ist darum für die Kenner der Verhältnisse sehr wenig glaubwürdig. Dass Juden keine Pogrome veranstaltet haben, braucht nicht erst irgendwie in Erwägung gezogen zu werden.

Donnerstag den 28. um 9 Uhr vormittags fand die feierliche Beerdigung der geschändeten Thorarollen statt. Nebenbei sei erwähnt, dass bei der Nachricht von der Anzündung des Tempels fünfzehn alte Juden, in weisse Sterbegewänder gehüllt, in den Tempel einzudringen versuchten, um die Thorarollen zu retten. Die Sterbegewänder wurden zu Leichengewändern. Keiner dieser frommen Männer kam mit dem Leben davon. Um 10 Uhr vormittags (28. November) wurden 100 Pogromopfer zu Grabe getragen. Dreissig tausend Menschen beteiligten sich am Leichenzuge. Der polnische Stadtkommandant liess zur Leichenfeier auf dem Theatergebäude Maschinengewehre aufstellen.

Fast jeder Lemberger Jude hat tote Verwandte zu beklagen. Mein Verwandter trat auf dem Wege zum Bahnhof in eine Buchhandlung. Der Buchhändler erzählte, dass sein Sohn und seine Tochter sowie eine 14-jährige Verkäuferin ermordet wurden. Der Lohnkutscher, der meinen Verwandten zum Bahnhof führte, hat während des Judenpogroms Frau und Sohn verloren.

In welcher Weise Beschuldigungen gegen die Juden noch in den letzten Tagen nach dem Hauptpogrom konstruiert wurden, geht aus folgendem Einzelfall hervor. Im Hause eines jüdischen Ingenieurs erschien ein polnischer Soldat, legte drei Handgranaten auf den Tisch des Wohnzimmers und entfernte sich mit der Bemerkung dass er diese Handgranaten bald holen würde. Der Sohn des Ingenieurs, ein Soldat, warf die Granaten in den

Abzugkanal. Einige Minuten später erschien eine polnische Patrouille und erklärte, dass in der Wohnung Handgranaten versteckt seien und dass sie beauftragt seien, eine Durchsuchung der Wohnung vorzunehmen.

Solche drastische Fälle sind in Lemberg vielfach vorgekommen. Die allgemeine Überzeugung der gesamten Bevölkerung ist, dass der Judenpogrom zunächst Förderung und hierauf wohlwollende Duldung fand. Erst als politisch klügere polnische Elemente auf die unangenehmen Folgen dieses Pogroms für die polnische Sache aufmerksam zu machen begannen, trafen die polnischen Kommandanten halb zögernd Massnahmen gegen die wüsten Ausschreitungen.

Auf der Reise von Lemberg durch ganz Galizien hatte ich Gelegenheit, mit Angehörigen der verschiedensten Berufe und Gesellschaftskreise zu sprechen. Jeder machte von seiner radikal gehässigen Gesinnung gar kein Hehl. Niemand verurteilte die Ausschreitungen. Alle behaupteten, dass die Juden der angreifende und provozierende Teil gewesen seien, und dass sich die polnischen Soldaten zur Wehr gesetzt haben. Am klarsten drückte sich ein Mittelschullehrer aus. Er sagte: „Im Moment, wo in Krakau die Liquidierungskommission gegründet wurde, war ganz Galizien polnisches Staatsgebiet. Die Ukrainer, die offen gegen die Polen auftraten und die Juden, die sich als neutral erklärten, begingen das Verbrechen des Hochverrats. Die Polen entsandten zur Bestrafung der Staatsverbrecher eine Strafexpedition. Was in Lemberg geschah, war nur der Vollzug einer redlich verdienten Strafe. Sollten die Juden durch Klagen und Berichte im Ausland das polnische Volk zu verleumden versuchen, so werden sie noch härter bestraft werden. Das muss im Interesse der polnischen Staatsräson geschehen. Wir Polen wollen Herren in unserem Lande sein und lassen uns weder von den Ukrainern noch von den Juden etwas dreinreden.“

Dieser Lehrer ist keine vereinzelte Gestalt in der polnischen Gesellschaft. Ins Gemeinverständliche übersetzt, besagen die Kundgebungen der Krakauer Liquidierungskommission und die Programme der Allpolen, der polnischen Volkspartei und sogar der polnischen Sozialdemokratie nichts anderes. Das gesamte

polnische Volk will die unbeschränkte Herrschaft im historischen polnischen Nationalstaat ohne Anerkennung und Berücksichtigung der auf polnischem Gebiete lebenden fremden Nationalitäten. Das ist letzten Endes die Hauptursache aller Ausschreitungen gegen die Juden in ganz Polen und des furchtbaren Epilogs des Weltkrieges in Ostgalizien, des politischen Massenmordes, genannt Judenpogrom, in Lemberg.

(„Neue Freie Presse“, 30. November 1918.
erschieden unter der Überschrift „Lemberg“).

Der Verzweiflungsschrei eines Assimilantenführers.

Unter der Wirkung des Lemberger Pogroms verfasste einer der hervorragendsten Assimilantenführer, Dr. T. Aschkenase, früher Vizepräsident der Lemberger Handelskammer und Mitglied des galizischen Landtages, nachstehenden Artikel, der sehr bezeichnend ist für die Seelentragödie der „Polen mosaischer Konfession.“

Der Artikel erschien in dem polnischen „fortschrittlichen“ Tageblatt „Wiek Nowy“ vom 24. November. Die Redaktion begleitete den Artikel mit folgender Bemerkung:

„Von einem der ernstesten Lemberger Bürger und Führer der assimilatorischen Bewegung unter den Juden erhielten wir Bemerkungen, die wir hier, vorläufig ohne Kommentar, veröffentlichen. Zu dieser für unsere Gesellschaft ausserordentlich bedeutungsvollen Angelegenheit werden wir noch im geeigneten Moment zurückkommen, wenn die Beruhigung der heute erregten Gemüter erlauben wird, auch so heikle Fragen sine ira et odio zu besprechen.
Redaktion des „Wiek Nowy.“

Als ein Jude, der von seiner jüngsten Kindheit an unerschütterlich die polnische Fahne hochhielt, wende ich mich heute in diesem so schweren und ersten Augenblick für die gesamte polnische Gesellschaft mit der Aufforderung zur Tat, die dieser Welle der Vernichtung einen Damm entgegensetzen und dem Feuer der Barbarei, das über Lemberg hereingebrochen ist, Einhalt zu gebieten.

Ich wende mich an das Gewissen und den Verstand so vieler Tausend der edelsten, mir persönlich bekannten Polen,

deren Gedanken und Gefühle mir bekannt sind, wie meine eigenen; ich wende mich an die Blüte der polnischen Intelligenz, an das verständige Lemberger Bürgertum und besonders an die nationaldemokratische und sozialistische Partei, die durch Übernahme der tatsächlichen Macht in den polnischen Gebieten vor der ganzen Welt und vor der Zukunft verantwortlich sind und sein werden für all das, was geschehen ist und noch geschieht.

Hier genügen weder Aufrufe noch Reden, hier braucht man die Tat, die das Übel beseitigen soll. Das Lemberger Volk ist gutmütig und wird sich leicht leiten und lenken lassen. Es bedarf nur des Willens, es zum Guten zu lenken und ein klein wenig Energie und zielbewusster, darauf gerichteter Arbeit.

Diese verlange ich von den Faktoren, die das Ruder der Regierung ergriffen haben.

Das allein wird jedoch die Frage nicht erledigen. Es muss endlich eine der wichtigen Ursachen dieser ewig euternden Wunde beseitigt werden.

Als solche betrachte ich die Verweigerung des Rechtes auf eigene Nationalität an die Juden

Man kann keineswegs die Angelegenheit so hinstellen, dass der Jude in diesem Lande Pole oder Ruthene sein muss. Diese grosse Lüge muss beseitigt werden. Die ungeheuere Masse der jüdischen Bevölkerung ist weder polnisch noch ruthenisch und will es auch nicht sein; sie ist jüdisch und will es bleiben.

Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen, wir müssen sie anerkennen.

Man will einfach an eine derartige Verwirrung der Begriffe und an die Möglichkeit einer solcher Tatsache nicht glauben, dass jede augenblickliche Kampflinie in Lemberg oder im Lande darüber entscheiden soll, ob eine bestimmte jüdische Person zwangsweise für die polnische oder für die ruthenische Armee eingezogen werden kann — in einem Augenblick, da diese beide Armeen mit einander im Kampfe stehen.

Überleget doch nur einen Augenblick die ganze Verrücktheit dieser Situation.

Ein Bruder befindet sich augenblicklich in der Leone Sapiehy-Gasse, wo ihn die Polen zwangsweise zum Kampfe mit

den Ruthenen einziehen, den anderen, der sich am Ringplats befindet, könnten mit demselben Rechte die Ruthenen zwan-
gsweise ausheben, zum Kampfe mit den Polen.

Wohin führt das? Soll so der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen aussehen? Und kann man es von den Lemberger Juden aus diesem ganzen unglücklichen, so gründlich „regulierten“ * dritten Viertel verlangen, in die Reihen der Gruppierungen und Verbände einzutreten, die ihnen in die sen letzten Tagen die Segnungen ihrer Fürsorge beschert haben?

Ich fordere im Namen aller göttlichen und menschlichen Rechte die Anerkennung der jüdischen Nationalität und die Zu-
erkennung des Rechtes an alle Juden unseres Landes, selbst über ihre nationale Zugehörigkeit zu bestimmen. Das wird eine wichtige Quelle einer konventionellen oft irreführenden, oft unbewussten Lüge beseitigen, die unser öffentliches Leben vergiftet.

Dr. Tobias Aschkenase.

* Anspielung auf die völlige hygienische und bautechnische Vernachlässigung des Lemberger Judenviertels seitens der Stadtverwaltung.

DIE STELLUNG DER POLNISCHEN GESELLSCHAFT.

Die Art und Weise, wie die führenden polnischen Kreise auf die Pogrome im allgemeinen und auf die Lemberger Katastrophe im besonderen reagiert haben, eröffnet einen tiefen Einblick in die Psychologie der zeitgenössischen polnischen Gesellschaft und ist ein untrüglicher subjektiver Beweis ihrer grossen Schuld. In der Tat, nichts verrät so unfehlbar ihr böses Gewissen wie die Unmenge von zumeist spontan erfolgten faden-scheinigen, einander Lügen strafenden, herausfordernden, skrupellosen polnischen Dementis und Kundgebungen. Man höre sich nur den in seiner Art einzigen Chor der polnischen Stimmen an und man wird vieles begreifen, was der uneingeweihten Welt bisher unverständlich und unglaublich erschienen ist.

Der Chor der Mitschuldigen.

Baranowski, Vertreter der linken polnischen Parteien in London:

„Unbedeutende Zusammenstösse zwischen der ausgehungerten Bevölkerung und den jüdischen Priestreibern.“

(In einem Brief an Balfour, Zitat. entnommen der „Humanité“.)

August Zaleski:

Die Exzesse hatten keinen antisemitischen Charakter, die Polen litten in gleicher Weise wie die Juden.

Das Auslandskomitee des Jewish Board of Deputies und der Anglo Jewish Association erhielt von Herrn August Zaleski, den

Vorsitzenden des Polnischen Vertretungsrates, der gegenwärtig in Bern ist, folgendes Telegramm:

„War sehr betrübt durch Nachrichten über die Exzesse in Galizien. Habe mich mit der polnischen Regierung in Verbindung gesetzt. Kann Ihnen mitteilen, dass die Unruhen keinen politischen, sondern einen ökonomischen Charakter hatten. Die polnischen Geschäftsinhaber litten in gleicher Weise wie die Juden.“

(Londoner „Times“, 29. November.)

Ritter v. Galecki, Bevollmächtigter der Polnischen Liquidationskommission in Wien:

Der jüdische Detailhandel zog die Raublust der aus Deserteuren gebildeten Banden an; auswärtige Agenten fördern diese antisemitische Bewegung, um Polen zu diskreditieren.

Mitte November versandte Dr. Kasimir Ritter v. Galecki, der Bevollmächtigte der Polnischen Liquidationskommission in Wien, eine Mitteilung an die Presse, die die Ursache des Pogroms wie folgt erklärt:

„Gleich nach dem politischen Umsturz haben sich in einzelnen Gegenden Westgaliziens aus Deserteuren Banden gebildet. Diese Banden gingen vor allem auf Plünderung von Kaufläden los.

Nun befindet sich der Detailhandel in den westgalizischen Städtchen meist in den Händen der Juden, so dass diese *der Raublust entspringende* Bewegung von selbst einen *antisemitischen* Charakter bekam. Gewissen Anzeichen zufolge wurde diese Bewegung *stellenweise von auswärtigen Agenten* gefördert, deren Machthaber offenbar *ein Interesse daran haben, in Polen Unruhen zu stiften und Polen vor der ganzen Welt als ein Land der Anarchie darzustellen.*“

Polnischer Volksrat in Posen:

„Nachrichten, dass Judenpogrome in Polen nach unseren Nachrichten total erfunden. Allgemein ist Ruhe.“

(Telegramm vom 22. November an Unterstaatssekretär im deutschen Justizministerium Dr. Oscar Cohn.)

Die polnischen Organisationen in der Schweiz.

*Keine antisemitischen Kundgebungen in irgend einem Orte Polens; in Galizien waren Banden demobilisierter Soldaten Anstifter des nichtjudenfeindlichen Auf-
ruhrs; die polnischen Behörden taten vollauf ihre
Schuldigkeit.*

„ERKLÄRUNG.

Gestützt auf glaubwürdige Informationen sowie genaue Kenntnis der Verhältnisse, geben die in der Schweiz weilenden und hier ständig wohnenden Polen anlässlich der gemeldeten Pogrome folgende Erklärung ab:

1. Weder in Warschau noch an irgend einem anderen Ort des einstigen Königreiches (Russisch-) Polen haben antisemitische Kundgebungen stattgefunden.

2. In Galizien waren Banden demobilisierter Soldaten Anstifter des Aufruhrs. Sie haben die teilweise Anarchie nach Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie benutzt und Landschlösser, Wirtschaften und Geschäfte geplündert und ausgeraubt. Diese Ausschreitungen haben niemals den Charakter einer organisierten antijüdischen Aktion gehabt, und ihre Opfer waren unter anderm auch Nichtjuden. Die Ortsbestimmung der Exzesse allein beweist schon, dass man sie fast zur Gänze auf das Schuldkonto der ausgehungerten Soldaten buchen muss. Die Zivilbevölkerung stand fast überall abseits jener Ausschreitungen, und einige Fälle, wo gewisse Elemente an den Raubüberfällen teilgenommen haben, gehören zu den Ausnahmen.

3. Die in Organisation begriffenen polnischen Behörden waren unablässig bemüht, den Ausschreitungen mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Es ist unrichtig, als ob sie die angerufene Hilfe verweigert hätten. Um den Aufruhr vollends zu unterdrücken, hat die polnische Liquidationskommission über ganz Westgalizien den Kriegszustand verhängt.

November 1918.

Genf: Polnische Bibliothek, Informationsbureau „Polonia“, Poln. Verein „Ognisko“, Poln. Verein „Bratnia Pomoc“, Verband polnischer Republikaner.

Lausanne: Polnische Zentralagentur, Polnische politische Vereinigung, „Moniteur Polonais“, Poln. Verein „Dom Polski“, Poln. Verein „Bratnia Pomoc“.

Vevey: Haupthilfskomitee für die Kriegsgeschädigten in Polen.

Freiburg: Polnischer Lesezirkel, Poln. Verein „Bratnia Pomoc“.

Bern: Polnisches Pressebureau.

Zürich: Polnischer Lesezirkel, Polnischer Klub, Poln. sozialistischer Arbeiterverein „Jednoc“, Verein sozialistischer Arbeiter „Zgoda“, Polnische Gesellschaft, Poln. Verein „Samopomoc“.

Rapperswil: Polnisches Nationalmuseum.“

(„Berneer Intelligenzblatt“, 6. Dez.)

Arbeiterrat der Polnischen Sozialistischen Partei in Lemberg (am Tage nach dem Pogrom):

Wir Arbeiter haben Lemberg von der ukrainischen Soldateska befreit und ungeachtet der Sünden des jüdischen Nationalismus lassen wir uns zu keinerlei Gewaltakten hinreissen.

„Bürger! Genossen! Der Staatsstreich des Chauvinismus und die Gewalt der wütenden Soldateska sind abgewehrt.

Nach drei Wochen blutiger Kämpfe in den Strassen der Stadt ist die heldenhafte Verteidigung durch Sieg gekrönt worden. *Der polnische Arbeiter*, den ihm aufgezwungenen Kampf aufnehmend, *beteiligte sich hervorragend* an ihm, er hat mit dem Leben und Blut gezeigt, dass er nicht nur mit dem Wort die grossen Losungen der Freiheit, der bürgerlichen Rechte (wörtlich Freiheiten) und seine nationalen Rechte zu verteidigen weiss.

Aber nicht durch Blutvergiessen und mit Waffengewalt wollen wir das Zusammenleben *beider*, seit Jahrhunderten auf dieser Erde siedelnden Völker regeln. . . *Lassen wir uns nicht zu destruktiver Arbeit oder zur Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung hinreissen.*

Zwar verhielten sich die jüdischen Nationalisten in den schwersten Augenblicken nicht so, wie wir zu hoffen berechtigt waren, allein das wissen wir, dass dieselben nicht der Ausdruck des grösseren Teiles der jüdischen Bevölkerung sind, *wir werden uns zu keinerlei Akt der Gewalt und des Terrors, die des kulturellen polnischen Volkes unwürdig sind, hinreissen lassen.* Wir haben immer die Losungen der Verständigung und der Toleranz verkündet, wir werden auch alle Kräfte anstrengen, um sie im freien volkstümlichen Polen in die Tat umzusetzen.

In diesem grossen Augenblick, in dem das polnische Volk an die Schaffung seiner eigenen Staatsformen herantritt, und mit eigenen Kräften seine Zukunft baut, muss die polnische arbeitende Klasse in allen entstehenden und bestehenden staat-

lichen und autonomen Institutionen die ihrer Kraft und Bedeutung gebührende Stellung erlangen.

Genossen! Arbeiter! Wir rufen Euch zur Sammlung unter der Fahne der Polnischen sozialistischen Partei auf.

Arbeiterrat der Polnischen Sozialistischen Partei."

(„Wiek Nowy“, No. 5248, vom 24. November 1918.)

„Kurjer Lwowski“:

Als die polnischen Truppen mit der Vertreibung des ukrainischen Feindes beschäftigt waren, steckte der Abschaum der Vorstädte das jüdische Viertel in Brand.

Der „Kurjer Lwowski“ („Lemberger Kurier“) schrieb in seiner Nummer vom 25. November:

„Während der schändlichen Plünderung der Läden am Samstag, welche vorwiegend im Judenviertel erfolgte, entstand ein Brand am Krakauer Platz und in den benachbarten Häusern. Dieser Brand war untrüglich vom Abschaum der Vorstädte gelegt worden, welcher aus der Situation Vorteil zog, wie sie in den Tagen der allgemeinen Panik und beim Fehlen jedes öffentlichen Sicherheitsdienstes geschaffen worden war. Straflos hausten die Plünderer durch längere Zeit, bis wohldisziplinierte Abteilungen der polnischen Truppen welche mit der Vertreibung der ukrainischen Truppen beschäftigt gewesen waren, mit entsprechenden Kräften einschritten und den weiteren Überfällen und Räubereien Einhalt taten.

Zur Ausdehnung des Brandes trug noch der Umstand bei, dass die Lemberger Feuerwehr nur Mannschaft besass, welche seit der Nacht auf Freitag ununterbrochen im Dienste war, ausserdem zog sich das Feuer mit Schnelligkeit und grosser Gewalt durch die alten Häuser weiter, so dass an ein Löschen nicht zu denken war. Samstag gegen Abend erreichten die Flammen schon die Häuser, die auf der südlichen Seite des Krakauer Platzes und in den Nachbarstrassen sich befinden und das jüdische „Ghetto“ bilden.“

„Anerkannte Führer der Posener Polen“:

Die Lemberger Juden waren zufällige Opfer der Strassenkämpfe zwischen Polen und Ruthenen.

„Ich war vor einigen Tagen mit anerkannten Führern der Posener Polen zusammen. Die Pogromfrage wurde durchge-

sprochen. Die Herren erklärten, dass ihr Urteil ebenso scharf sein würde wie das von uns Deutschen, wenn es sich um verbürgte Meldungen handelte. Sie hegten jedoch die stärksten Zweifel daran. Dass in Lemberg eine Anzahl von Juden getötet und eine Reihe jüdischer Gebäude, auch eine Synagoge zerstört sei, werde wohl zutreffen. Aber sie wiesen darauf hin, dass drei Wochen lang in Lemberg wilde Strassenkämpfe zwischen Polen und Ruthenen getobt hätten. Bei diesen Kämpfen könnten natürlich leider auch eine Menge unbeteiligter Einwohner zu Schaden gekommen sein, und wie das Hauptpostgebäude dabei in Flammen aufgegangen sei, so vielleicht auch eine Synagoge. Was sie aufs entschiedenste bestreiten müssten, das sei, dass vom polnischen Militär geflissentlich gegen unbeteiligte Juden gewalttätig vorgegangen sei.“

(H. von Gerlach, entnommen den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ No. 24 und 25, 17. Dez. 1918, Berlin.)

Die polnische Gesandtschaft in Berlin:

Die Hooligans müssen Deserteure der früheren k. u. k. und der russischen Armee gewesen sein; das polnische Kommando konnte den grossen Moment nicht durch die Verhängung des Standrechtes entweihen wollen.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitete am 29. November folgende Erklärung der polnischen Gesandtschaft in Berlin:

„Bezüglich der Tatsache ist darauf hinzuweisen, dass Galizien, insbesondere Lemberg seit Jahr und Tag der Tummelplatz einer überaus grossen Zahl von *Deserteuren* der früheren k. u. k. und der *russischen Armee* ist, die in eigenen Uniformen oder solchen der früheren polnischen Legion in manchen Gegenden zu Tausenden die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Seit Anfang des Monats war Lemberg der Schauplatz eines erbitterten Strassenkampfes der Ukrainer und Polen, bei dem der Zivilbevölkerung die schwersten Opfer nicht erspart bleiben konnten. Bei der Eroberung durch die Polen entstand durch den panikartigen Rückzug der Ruthenen ein Tumult, der von allerlei Banditen zu *Plünderungen* und *blutigen Mordtaten* benutzt wurde. Es ist begreiflich, dass das polnische Kommando im *Augenblick des Siegesinzuges nicht mit der Verkündung des Standrechtes die polnische Herrschaft beginnen wollte...*

Es erscheint absolut *undenkbar*, dass polnische Offiziere und Mannschaften unter dem Oberbefehl des früheren österreichi-

schen Feldmarschall Leutnants *Rozwadowski* und unter Führung des Generals *Roja* oder die ihnen unterstellte freiwillige Legion der *Krakauer akademischen Jugend* sich an den blutigen Exzessen *beteiligt* haben sollten.“

Polnische Liquidationskommission in Krakau:

1.

Der Lemberger Judenpogrom war das gemeinsame Werk von den Ukrainern befreiter Zuchthäusler und jüdischer Plünderer; das polnische Kommando unterdrückte ungesäumt den Aufruhr.

Die polnische Liquidierungskommission veröffentlicht folgenden Bericht:

Krakau, 28. November.

Während der letzten Kämpfe in Lemberg haben die Ukrainer über hundert* Verbrecher aus dem Lemberger Zuchthause befreit. Der Rest der Sträflinge entfloh dann selbst. Diesen Verbrechern haben sich Deserteure zugesellt, von denen sich *einige sogar als polnische Soldaten verkleideten*. Nach dem Rückzug der Ukrainer aus Lemberg haben diese Elemente *gemeinschaftlich mit jüdischen Plünderern* im Krakauer Stadtviertel in Lemberg Wohnungen und Geschäfte überfallen und zu plündern begonnen. Es entspann sich auf beiden Seiten ein Kampf, wobei einige Dutzend Zivilpersonen getötet wurden. Während der Feuersbrunst, die von den Banditen gelegt wurde, wurden ungefähr dreissig Häuser eingeäschert und stark beschädigt. Die polnischen Militärbehörden schritten ungesäumt gegen die Banditen ein und konnten alsbald den Aufruhr unterdrücken. Auch wurde das Standrecht verhängt. Bis jetzt wurden auf Grund des Standrechtes fünfzig Plünderer erschossen. Am 24. d. Mts. herrschte in Lemberg schon Ruhe. Alle anders lautenden Meldungen sind unrichtig. Ein ausführlicher Bericht über die Ereignisse wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Der Liquidierungsausschuss hat eine Kommission zur Untersuchung der Unruhen in Galizien eingesetzt. Dieser Kommission, die aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt ist, gehören unter anderen auch Dr. Diamand und Dr. Steinhaus an. Die Aufgabe dieser Kommission ist die Ursache der Unruhen und deren Verlauf auf Grund von Verhören mit den Beschädigten

* In der ausländischen Presse hiess es „fünfhundert“.

und mit Augenzeugen zu untersuchen und dem Liquidierungsausschuss sodann Bericht zu erstatten.

Weiter gibt der Liquidierungsausschuss bekannt, dass die Verhängung des Standrechtes in einigen Bezirken den Ausschreitungen kein Ende gemacht habe, weil die Verbrecher in die benachbarten Bezirke zogen und dort ihre räuberischen Überfälle weiter betrieben. Ausserdem erhielt der Liquidierungsausschuss einen amtlichen Bericht, dass in Ostgalizien aus dortigen Gefängnissen Hunderte von Sträflingen entlassen wurden und sich in alle Richtungen zerstreuten. Infolgedessen ist der Liquidierungsausschuss genötigt, über ganz Galizien das Standrecht zu verhängen.

Wie die Polnische Telegraphenagentur von massgebender Stelle erfährt, wurden bis zum gestrigen Tage 1500 Banditen, die an den Plünderungen und Überfällen beteiligt waren, festgenommen. Von den Vernafteten seien 60 Prozent Ruthenen, 30 Prozent Polen und 10 Proz. Juden“.

(„Neue Freie Presse“ Wien, 29. nov. 1918.
Veröffentlicht auch in der Presse des Auslandes.)

2.

Die Berichte über die Pogrome sind tendenziöse Lügen der im Dienste Preussens stehenden jüdischen Presse; diese Lügen provozieren die polnische Gesellschaft zu Pogromen.

Krakau, 27. November.

Die polnische Liquidierungskommission sandte an die polnische Gesandtschaft in Wien zwecks Weiterleitung an die Entente- und neutralen Mächte folgende Erklärung:

„Die Polnische Liquidierungskommission verweist darauf, dass die *tendenziös seitens der jüdischen Nationalräte sowie der jüdischen Presse* verbreiteten Nachrichten über die angeblich planmässig in Westgalizien veranstalteten Judenpogrome in *höchstem Grade die polnische Nation provozieren*. In Galizien herrscht überall Ordnung. Hier und da auftretende Unruhen sind unabwendbare Folgen desselben Banditentums, welches in grösserem Umfang in ganz Ungarn und Slovenien, in gleichem Masse auch in ganz Österreich, Deutschland, Böhmen und Mähren auftritt. Die jüdische Presse verzeichnet zwar Nachrichten über jüdische Pogrome, welche anderswo stattfinden, führt jedoch eine *internationale Verleumdungsoffensive* ausschliesslich gegen Polen. Das Verhältnis des *überwiegenden Teiles der Juden zu Preussen und der ehemaligen*

österreichischen Regierung ist zu gut bekannt, um es nicht zu verstehen, *in wessen Interesse die jüdische Presse arbeitet.* Die Polnische Liquidierungskommission ersuchte schon die Entente um Entsendung ihrer Delegierten nach Polen, welche sich über die Wahrheit und den wirklichen Tatbestand an Ort und Stelle überzeugen können. Die Polnische Liquidierungskommission sieht sich jedoch genötigt, schon heute zu erklären, dass, falls *die jüdische Presse fortfahren wird, Polen ungerecht weiter vor der Welt zu verleumdern, die polnischen Behörden ausserstande sein werden, die Herrschaft über die aufgeregten Massen zu behalten. Es könnte dann wirklich das geschehen, was in den verbreiteten Verleumdungen enthalten ist.*"

(„Österr. Morgenzeitung“, Mährisch Ostrau, Veröffentlicht auch in der Presse des Auslandes.)

Dr. Tertil, Vorsitzender der Polnischen Liquidationskommission:

Obige Note wurde „ohne Wissen und ohne Zustimmung“ der Polnischen Liquidationskommission abgesendet.

„Wieso konnte die Polnische Liquidationskommission durch ihre Gesandtschaft in Wien an die neutralen und alliierten Mächte eine Note richten, in der die Juden wegen ihres Protestes mit Pogromen bedroht werden,“ fragte eine Delegation der jüdischen Assimilanten in Warschau den Präsidenten der Polnischen Liquidationskommission in Krakau, Dr. Tertil. Dieser erwiderte, dass „die Note durch den Abgeordneten Ptas ohne Wissen und Zustimmung der Polnischen Liquidationskommission abgesendet worden sei.“ (Siehe den Abschnitt „Der Eindruck der Katastrophe auf das jüdische Volk.)

Das Pressbüro des polnischen Ministerpräsidiums:

Die Regierung ist nicht genau informiert, jedoch ist es sicher, dass die Juden in Lemberg die Angreifer waren; die Regierung ist für Toleranz, aber die Juden sollen die Polen nicht provozieren.

Warschau, 30. November.

Das Pressbüro des polnischen Ministerratspräsidiums teilt mit: Die aus Lemberg eingelangten Nachrichten sind ein Beweis für eine starke Trübung des Verhältnisses zwischen der polni-

schen und jüdischen Bevölkerung. Die Regierung ist augenblicklich noch *nicht im Besitze genauer Daten* über den Verlauf der Vorfälle, *es steht jedoch die Tatsache fest*, dass ein Teil der jüdischen Bevölkerung solidarisch mit Ukrainern *mit der Waffe in der Hand gegen die Polen aufgetreten ist*, was selbstverständlich bei der *polnischen Mehrheit* der Einwohner *Erbitterung* hervorgerufen hat. Nichtsdestoweniger ist es *zu bedauern*, dass es provokatorischen und verbrecherischen Elementen gelungen ist, bei der allgemeinen Verwirrung *blutige Exzesse* hervorzurufen.

Die Volksregierung tritt vollständig dem Beschlusse des Gemeinderates in Lemberg bei, der die an der jüdischen Bevölkerung verübten Gewalttaten und Plünderungen *aufs schärfste verurteilt*, denn im freien Polen sollen Recht und Gerechtigkeit und Toleranz herrschen. Die Regierung erinnert die jüdische Bevölkerung an die Worte ihres Programms vom 20 d., dass sie bestrebt ist, die Bedingungen für eine friedliche, für die gesamte Bevölkerung erspriessliche Arbeit für alle Bürger des polnischen Staates ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu sichern. In Angelegenheit der blutigen Ereignisse in Lemberg wird eine genaue Untersuchung eingeleitet und die Schuldigen werden nach der vollen Strenge des Gesetzes bestraft werden. Die jüdische Bevölkerung soll aber dessen eingedenk sein, dass der Anteil an den Rechten der polnischen Bürger ihr *auch Pflichten* gegenüber dem polnischen Staate und dem polnischen Volke auferlegt. *Sie müsse daher alles vermeiden, was geeignet ist, bei der polnischen Bevölkerung Erbitterung hervorzurufen.*

(„Pester Lloyd“, 1. Dezember.)

Jodko (im Namen des Polnischen Ministeriums des Äusseren):

1.

Der jüdische Bolschewismus trägt die Hauptschuld; die rastlose, polenfeindliche Agitation der Juden im Auslande stört das Versöhnungswerk der polnischen Regierung.

Auf seinen Appell an die polnische Regierung erhielt der holländische Senator HENRI POLAK, der Leiter des holländischen Diamantarbeiterbundes, die Antwort:

„Die polnische Regierung trifft energische Massnahmen, um die polnisch-jüdischen Verhältnisse zu lindern. Sie muss noch die Atmosphäre bekämpfen, die die Okkupationsverhältnisse geschaffen haben. In ihren offiziellen Erklärungen, sowie in allen

ihren Massnahmen weist die polnische Regierung nach, dass sie offen Versöhnung beider Bevölkerungszweige fördert. Den Juden ist *bürgerliche Gleichberechtigung* garantiert. Alle Beschränkungen, die in der gegenwärtigen Gesetzgebung nach den russischen und Okkupationsverhältnissen geblieben sind, werden abgeschafft; alle militärischen Massnahmen zwecks Vereitlung etwaiger Exzesse in der Zukunft sind getroffen, weite jüdische Bevölkerungsschichten verhalten sich der Volksregierung gegenüber loyal. Auch zwischen den Juden gibt es aber *manche unverantwortliche bolschewistische Agitatoren*, die eine judenfeindliche Stimmung hervorrufen. Die leidenschaftliche Menge versteht nicht, verschiedene Kategorien der Juden zu unterscheiden. Die jüdische Bevölkerung wendet sich im allgemeinen der Richtung zu, der die Volksregierung reelle Hilfe gibt. Was die Frage der Milderung der Verhältnisse anbelangt, so wird sie auch im Auslande zur Einstellung der polenfeindlichen Agitation sicher führen, die die ausländischen Juden rastlos führen. Wir erwarten, dass Sie im Interesse der Freiheit der Völker und des Weltfortschrittes Ihren Einfluss ausüben werden, dass die Juden die Verhältnisse nicht noch mehr zu verschärfen versuchen und damit neue Schwierigkeiten der Volksregierung ersparen

JODKO, Ministerium des Äusseren.“

Ein Telegramm gleichen Wortlautes erhielt auch der Jüdische Nationalrat in Wien.

Jodko (als sozialistischer Führer):

2.

Die Pogrome werden durch die Agitation der polnischen Reaktion zu dem Zwecke hervorgerufen, um die Volksregierung zu kompromittieren und durch die Intervention der Alliierten die Macht an sich zu reissen.

Auf einer Versammlung des Arbeiterdeputiertenrates der Polnischen Sozialistischen Partei sagte Witold Jodko, ein bekannter Publizist der Polnischen sozialistischen Partei, der als hoher Beamter des Aussenministeriums obige Erklärung unterzeichnet hat:

Die polnische Reaktion ruft durch ihre Agitation die Pogrome zu dem Zwecke hervor, um die Volksregierung vor der Welt blosszustellen und die Intervention der Koalitionsmächte

herbeizuführen, die die Macht den Nationaldemokraten zu übergeben haben. Indem die Juden während der Herrschaft der Volksregierung Klagen über die Pogrome erheben, beabsichtigen sie gleichfalls die Intervention und in dieser Weise tragen sie dazu bei, dass das Reichsruder in die Hände der antisemitischen Nationaldemokraten gegeben wird, während die Volksregierung jeden Hader auf dem Boden des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität verdammt. Daraus folgerte der Redner, dass die Juden schlechte Politiker sind.

(Aus dem Artikel von S. Hirschhorn im „Głos żydowski“ zitiert nach dem „Nowy Dziennik“ vom 4. Dezember.)

Ministerpräsident Moraczewski:

Die gegen die polnischen Juden erhobene Anklage des Bolschewismus ist ein Missbrauch; die Schuldigen werden bestraft werden.

Nach ihren erfolglosen Bemühungen beim polnischen Reichsleiter Pilsudski (siehe unten Seite 84) wandte sich die Krakauer jüdische Delegation am gleichen Tage, den 29. Nov. an den polnischen Ministerpräsidenten Moraczewski. Dieser verhielt sich weniger feindselig als sein sozialdemokratischer Parteigenosse Pilsudski. Die Delegation zog auch seine Aufmerksamkeit auf die offiziellen Kommuniqués, die nach Ton und Inhalt anstatt die Pogrome entschieden zu verurteilen, zu ihnen ermutigen und verwies auf ein von der Polnischen Telegraphenagentur (P. A. T.) verbreitetes Kommuniqué des Pressbüros des polnischen Ministerrates, das den Juden Polens Bolschewismus vorwirft. (Das Kommuniqué liegt uns nicht vor.) Der Ministerpräsident erwiderte, dass dieses Kommuniqué auf einem Missbrauche beruhe, dass man bereits die Untersuchung eingeleitet habe und dass man die Schuldigen zur Verantwortung ziehen werde.

(Nach der Warschauer jüdischen Presse.)

„Dziennik Wilenski“ (Wilnaer Tageblatt)!

Die Pogrome sind die Strafe dafür, dass die Juden sich in polnische Angelegenheiten mengen.

„In einer der letzten Nummern der polnischen Zeitung „Dziennik Wilenski“ ist der Protest des jüdischen Wahlkomitees in

Wilna gegen die Pogrome in Lemberg und Polen erschienen. An diesen Protest knüpfte die Redaktion des Blattes einen langen Kommentar, in dem gesagt wird, dass die Polen auch gegen Judenpogrome seien, die Juden wären aber selbst an den Pogromen schuld (!), da sie sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einmischen. In Lemberg z. B. hätten sich die Juden auf die Seite der Ruthenen gegen die Polen gestellt. Ähnliche Fälle, meint die Redaktion, kommen sehr oft nicht nur in Polen, sondern in vielen anderen Ländern vor. Die Redaktion schliesst mit einer Bitte und einem Rat an den besseren Teil der Juden, sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzumengen.

(„Letzte Naies“, Wilna, vom 22. Dezember.)

Das Oberhaupt des polnischen Staates Pilsudski:

Auf die Bitte einer jüdischen Delegation um eine klare Stellungnahme gegen die Pogrome erwiderte Pilsudski:

„Ich bin kein Autokrat ... Bis zur Einberufung der Konstituante darf die jüdische Frage nicht gelöst werden.“

Am 29. November sprach beim polnischen Reichsleiter und Oberkommandierenden Pilsudski eine Delegation vor, der der Rabbiner Dr. Osias Thon und Dr. M. Leser aus Krakau und der Sekretär der Zionistischen Organisation Polens Advokat Grünbaum angehörten. Die Delegation überreichte Pilsudski ein Memorandum über die Pogrome und verlangte von ihm eine unzweideutige ablehnende Stellungnahme zu den Pogromen. Im Memorandum wurde der grosse Umfang der Pogrombewegung geschildert und mit allem Nachdruck betont, dass die Verlautbarungen der Militär- und Zivilbehörden in Galizien die Pogrombewegung nur fördern. „So enthält“, heisst es im Memorandum, „der vorgestern in der polnischen Presse von der Polnischen Liquidationskommission veröffentlichte Bericht kein Wort des Tadels für die Pogrommacher, hingegen aber eine Reihe versteckter oder offener Drohungen an die Adresse der Juden. Ton und Inhalt solcher Kundgebungen (u. a. auch der Ton des Aufrufes des polnischen Militärkommandos in Lemberg) erregen in

der polnischen Gesellschaft Zorn und Beunruhigung und tragen sicherlich nicht dazu bei, die unruhigen polnischen Elemente von weiteren verbrecherischen Ausschreitungen zurückzuhalten.“

„Die Plünderungen“, konstatiert das Memorandum, „sind so weit unbestraft geblieben, dass mit ganz geringen Ausnahmen gegen die Banditen nicht einmal die Untersuchung eingeleitet wurde, um sie der Strafe zuzuführen, und ihnen das geraubte Gut abzunehmen und es den rechtmässigen Besitzern zurückzugeben.“

Das Memorandum schliesst mit folgender Bitte:

„Der Herr Reichsleiter des polnischen Staates wolle einen Befehl an die seiner Kompetenz unterstellten militärischen und politischen Organe erlassen:

1) dass sie in ihren Erklärungen jedwede Bemerkung und Drohung unterlassen sollen, aus welchen gewisse Kreise die Berechtigung ihrer verbrecherischen Ausschreitungen ableiten und die Ermütigung zur „Lynchjustiz“ gegen die Juden erblicken könnten:

2) dass mit aller Energie und Kraft nach den Verbrechern gesucht und ihnen das geraubte Gut abgenommen werde, um es den Beschädigten zurückzugeben:

3) dass sämtliche Organe alle Anordnungen zu einer Zeit herausgeben, wo es noch möglich ist, dem Ausbrechen der Unruhen vorzubeugen und nicht, wie dies bis jetzt grösstenteils der Fall war, post factum, nachdem das Unrecht bereits geschehen und die Verwüstungen vollbracht waren.

4) Der Herr Reichsleiter wolle in einer offiziellen Erklärung grundsätzlich die Pflicht des polnischen Staates anerkennen, die während der Pogrome beraubten Personen schadlos zu halten, wie auch die Inangriffnahme einer Staatsaktion zum Zwecke der Versorgung der Witwen und Waisen der Pogromopfer und der Hilfeleistung an die Heimatlosen und Beschädigten anzuordnen.“

Die Antwort des sozialdemokratischen Oberhauptes der polnischen Arbeiter- und Bauernregierung lautete:

„Ich bin kein Autokrat und kann Aufrufe politischen Charakters nur über Antrag der Regierung erlassen. Die jüdische Frage ist sehr verwickelt. Die Juden haben die Gleichberechtigung erhalten und werden auf der Konstituante vor einem verantwortlichen, massgebenden und mächtigen Forum ihre Forde-

rungen vortragen können. Bis zur Einberufung der Konstituante darf die jüdische Frage nicht gelöst werden.“

„Die Judenpogrome gehören doch wohl nicht“, warf ein Mitglied der Delegation ein, „zu den Angelegenheiten, deren Erledigung der Konstituante vorbehalten bleiben müsste.“

Auf diesen Einwand blieb der grosse Hüter der Volkssouveränität die Antwort schuldig.

(Nach dem Berichte der jüdischen Presse Warschau.)

Ignaz Daszynski, der Führer der polnischen Sozialdemokratie:

1.

Die Pogrome sind das Werk der Feinde Polens und richten sich gegen den das polnische Volk bedrückenden jüdischen Wucher. Die nationalen Rechte der Juden sind anerkannt.

„Die Pogrome in der Provinz wurden leider durch *Soldaten der aufgelösten österreichischen Armee* und durch *unsere Gegner* verübt. Die polnische Arbeiter- und Bauernregierung proklamierte die volle Glaubensfreiheit und nationale Gleichberechtigung. Die Pogrome richten sich gegen *den Wucher*, leider treffen sie Unschuldige wie überall.“

(Telegramm an den Führer der schwedischen Sozialdemokratie Branting.)

(Ohne die wunderbare Symphonie der polnischen Dementi-Stimmen durch einen fremden Misston stören zu wollen, erlauben wir uns doch die Wahrheitsliebe Daszynskis, des einflussreichsten Führers der polnischen Sozialisten, ins rechte Licht zu rücken. Er behauptet: „Die polnische Arbeiter- und Bauernregierung proklamierte die . . . nationale Gleichberechtigung.“ Es kann sich hier nur um folgenden Passus des polnischen Regierungsmanifestes vom 20. November handeln:

„Die gesetzlichen Beschränkungen gewisser Teile der Bevölkerung, die von unseren Unterdrückern ererbt sind, werden wir rücksichtslos tilgen und Streitigkeiten auf internationalem und konfessionellem Gebiet zu vermeiden suchen.“

Das als Proklamierung der nationalen Gleichberechtigung zu bezeichnen, ist ein plumper Versuch, die uneingeweihte Welt irrezuführen.

Wie Daszynski die „proklamierte nationale Gleichberechtigung“ angewendet sehen will, geht mit aller wünschenswerten Klarheit aus dem auf die Judenfrage bezüglichen Passus seiner am 21. Dez. in Krakau gehaltenen Wahlrede, die der „Naprzod“, das Organ der Polnischen Sozialdemokratie Galiziens, wie folgt wiedergibt:)

2.

Die Juden sind selbst an ihrem Missgeschick schuld. Einem fremden zahlreichen Volkselement, das sich nicht polonisieren will, werden wir immer mit Misstrauen und Hass begegnen.

„In der polnisch-jüdischen Frage beruht der Konflikt zwischen den Polen und den Juden darauf, dass die Juden in fünf Jahrhunderten sich nicht polonisiert haben. Krakau war vor einigen Jahrhunderten eine fast nur von Deutschen bewohnte Stadt, aber sie haben wir schon längst verdaut und ihre Nachkommen sind heute vortreffliche Polen. Mit den Juden war es nicht so. Der Jude, in seinem Ghetto eingeschlossen, hat sich nicht polonisiert und ist in Sprache, Gewohnheit und Kleidung abesondert geblieben. Man muss auch in Anbetracht nehmen, dass die Juden in den polnischen Gebieten 13 Proz. der Bevölkerung ausmachen; sie sind zwei Millionen unter uns. Die Schwierigkeit liegt nicht nur in der Zahl, sondern auch in der Funktion, die die Juden ausüben. Sie bewohnen unsere Städte, die Zentren von Wissenschaft, Kunst, Handel und Gewerbe. Stellen Sie sich nur vor, wie man anderswo in englischen oder amerikanischen Städten solche fremde Schichten behandeln würde. Würde man sie lieben? Würde man ihnen staatliche Ämter anvertrauen, so lange sie sich durch ihre Absonderung auszeichnen, eine fremde Sprache sprechen? Auch wir können das nicht ertragen. So lange sie sagen, dass das Polentum sie nichts angehe, so lange sie in einem so grossen Prozentverhältnis unsere Städte bewohnen, sollen sie sich nicht wundern, dass Volk und Reich ihnen Vertrauen nicht schenken, ihnen ihre organischen Funktionen nicht anvertrauen können. Keineswegs! So lange das nicht ausgeglichen ist, wird immer auf der einen Seite der Jude und auf der anderen der „Goj“ stehen. Damit aber rechtfertige ich nicht für einen Augenblick die Pogrome. Jeder man muss sie verurteilen als etwas Barbarisches, als etwas, was uns vor der ganzen Welt erniedrigt.“

Polnische Kolonie in Berlin:

Verleumdungen deutscher Reaktionäre, gegen welche die Juden protestieren.

„Die polnische Kolonie in Berlin verurteilt in Übereinstimmung mit dem ganzen polnischen Volk jeden Gewaltakt gegen Mitbürger, die der Ausfluss der schlimmsten Barbarei sind. Die Pogrome sind dem polnischen Charakter fremd. Die deutsche Presse, die Alarm schlägt entstellt und übertreibt bewusst die sicherlich traurigen Ereignisse. Die verbreiteten Gerüchte sind ein Teil des aus Gründen der äusseren Politik von den Deutschen unternommenen Feldzuges gegen die Polen, der den Zweck verfolgt, das wiedererstehende Polen vor der Entente und der zivilisierten Welt zu verleumden. Diese Intrige rührt von den reaktionären deutschen Kreisen her. Die polnische Kolonie protestiert mit Empörung gegen diese systematischen Verleumdungen und fordert von den Entente-Regierungen sowie von den Regierungen der neutralen Länder die Entsendung von Kommissionen, die sich an Ort und Stelle von der Nichtigkeit der Beschuldigungen überzeugen können.

Die jüdischen Vereine protestieren gegen die deutschen Verleumdungen. Zahlreiche Versammlungen bekunden ihre Sympathie für Wilson und die Alliierten.“

(„La Tribune de Lausanne“ vom 7. Dezember 1918.)

Graf Sobanski, offizieller polnischer Vertreter in London:

Die Untersuchung ist abgeschlossen. Ergebnis: Deutsche Verleumdung.

Graf Sobanski, der offizielle polnische Repräsentant in London, liess die schwedische Öffentlichkeit durch ein von der Nordischen Presszentrale wiedergegebenes Telegramm vom 13. Dezember wissen:

„Die von den polnischen Behörden *und den Offizieren der Alliierten** eingeleiteten Untersuchungen haben ergeben, dass die Beschuldigungen gegen die polnische Nation bezüglich der sogenannten Pogrome falsch sind und haben vollständig klar erwiesen, dass dieser Feldzug von Berlin ausgeht.“

* Über den Eindruck der „Offiziere des Alliierten“ siehe „Die Ansicht der englischen militärischen Mission“ im Abschnitt „Das Echo der Pogrome in der gesitteten Welt“.

Polnisches Ministerium des Äusseren:

Die Untersuchung ist im vollen Gang; die Schuldigen werden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden.

Warschau, 28. Dezember P. T. A. Das Ministerium des Äusseren meldet:

Die Delegierten des Ministeriums des Äusseren sind aus Lemberg nach Warschau zurückgekehrt und erstatteten der Regierung Bericht über den Pogrom in Lemberg. Nachdem sie mit dem Minister des Äusseren, sowie mit dem Justizminister konferiert hatten, hielten die Delegierten zusammen mit der ausserordentlichen Kommission, die seitens des Justizministeriums gestern nach Lemberg entsandt wurde, eine Sitzung ab.

Trotz gewisser tendenziöser Gerüchte tun die Behörden alles Notwendige, damit die Schuldigen zur gerichtlichen Verantwortung herangezogen werden. Es wird nach den strikten Anforderungen des Rechtes verfahren werden.

(„Nowy Dziennik“, 4. Januar.)

Die polnisch-galizische Untersuchungskommission:

Die antisemitischen Unruhen brachen aus nach Auflösung der aus fremden Elementen bestehenden Miliz; an ihnen beteiligten sich Deserteure und im Krieg demoralisierte Jünglinge.

Krakau, 6. Januar.

Die von der Polnischen Liquidationskommission eingesetzte Kommission zur Erforschung der Ursachen der *antisemitischen* Unruhen berichtet, dass wegen der im November vorigen Jahres in Westgalizien stattgefundenen Kravalle und Plünderungen in den folgenden Ortschaften das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden ist.

In Koty gegen 28 Verdächtige, von denen sieben sich im Untersuchungsgefängnis befinden; in Sanok, Kroscienik, Dynow, Tarnobrzeg, Nisk, Milowka, Jaroslaw, Myslenice, Makow, Dombrowa, Baligrod, Bukowsk, Rymanow (einige Personen in Untersuchungshaft), Brzosow, Glogow, Zabno, Wodrzytze (einige Verdächtige in Untersuchungshaft), Limanow, Roptezica, Zmigrod, Zywice, Biala, Czarny, Dunajec, Zator, Brzesk (über zehn

Personen in Untersuchungshaft), Strzyzow, Skawin, Lichki, Saktitschin, Tytschin, Jaworzno, Radomysl Wielki, Sucha (einige Verhaftete), Rzezchow, Kalwarya und Andrychow. Auch den von den genannten Ortschaften eingelaufenen Berichten waren die Behörden ausserstande, den Unruhen entgegenzutreten, da sie über keine Wehrkraft verfügten und *da die aus fremden Elementen* (Böhmen, Ruthenen und Deutschen) bestehende Miliz nach Übergang der Verwaltung in die Hände der polnischen Regierung sofort *sich aufgelöst hatte. An den Kravallen beteiligten sich Banden von Deserteuren, die auf die Nachricht hin, dass die Polen die Verwaltung überwarten haben, ihre Verstecke verliessen und mit Hilfe von im Kriege demoralisierten Jünglingen einen Raubzug gegen fremdes Eigentum unternahmen.* („Nowy Dziennik“, 7. Januar.)

Der Posener „Postep“:

„Die Pogrome in Lemberg haben die Juden veranstaltet.“

In einer Einleitung zum „Bericht“ der Polnischen Liquidationskommission schreibt der „Postep“ in Posen:

„Die Einzelheiten über die jüdischen Pogrome in Galizien, um derenwillen die jüdisch-nationalistische Presse solchen Alarm geschlagen hat, beginnen sich allmählich aufzuklären. Wir glauben, dass die Aufdeckung der eigentlichen Ursachen und Urheber den Initiatoren der anti-polnischen Hetze weniger angenehm sein dürfte, besonders wenn die Welt erfährt, dass die Pogrome in Lemberg Juden veranstaltet haben.“

Die schüchterne Stimme des polnischen Volksgewissens.

Nur ganz vereinzelte polnische Stimmen des Abscheus gegen die an der jüdischen Bevölkerung begangenen Verbrechen und der Empörung über die Schändung des polnischen Namens haben sich bisher Gehör zu verschaffen versucht, diese Stimmen sind jedoch im Getöse des Lagers der Mitschuldigen völlig un-

tergegangen. Wir verzeichnen auch die zu unserer Kenntnis gelangten polnischen Proteststimmen.

Dr. L. Ritter von Bilinski,

der frühere Finanzminister und Obmann des Polenklubs im österreichischen Reichsrat, einer der angesehensten und klügsten Führer der Polen Galiziens, äusserte sich vor einem Redakteur der „Neuen Freien Presse“:

„Ich kann die in manchen Orten Galiziens und insbesondere in Lemberg in *so ausgedehntem Masse vorgekommenen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung* nur auf das tiefste beklagen. Einerseits müssen derartige *Bedrängungen ganzer Menschengruppen* vom Standpunkt der Menschlichkeit und der christlichen Religion verurteilt werden. Andererseits aber geben sie den politischen und nationalen Gegnern des polnischen Volkes eine mächtige Handhabe, um dasselbe vor den Völkern der gesitteten Welt und gegenwärtig in erster Linie vor den Ententemächten als einen Feind der Zivilisation hinzustellen.

„Ich bin überzeugt, dass, so sehr die gewaltsame Überraschung Lembergs durch die Ukrainer die Chancen dieser letzteren vor der Friedenskonferenz verschlechtert hatte, in *einem noch viel höheren Masse die Ausschreitungen in Lemberg vom 22. und 23. d. J.* die Lage der polnischen Vertreter auf der Konferenz bei der Behandlung der ostgalizischen Frage erschweren werden.“

(„Neue Freie Presse“, 28. Nov.)

Im vollsten Gegensatz zum oben zitierten Aufruf des Lemberger Arbeiterrates der Polnischen Sozialistischen Partei* erklärte ein Vertreter dieser Partei auf der Sitzung des Lemberger Gemeinderates vom 27. November,

Olanski:

„Die Freude über die Befreiung Lembergs verdunkeln die Erscheinungen, die in den letzten Tagen sich ereignet haben. Als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, im Namen der geschändeten Menschheit, im Namen der elementaren Grundsätze menschlicher Kultur und im Interesse der hohen Volksideale *gegen diese Ereignisse, die in der Geschichte unserer alten Stadt noch nicht dagewesen sind,* Stellung zu nehmen.

Als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, den Opfern unser tiefes Mitgefühl auszusprechen und unserer Empörung

* Siehe Seite 75.

Ausdruck zu geben, dass solche Taten möglich waren. *Der Hinweis auf Ausschreitungen der jüdischen Nationalisten kann keinesfalls als Ausrede und Rechtfertigung dienen.* Diese Ausschreitungen, *sofern sie überhaupt stattgefunden haben,* können wir höchstens verdammen wie alle nationalistischen Taten. Man könnte höchstens die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, aber nicht zulassen, dass finstere Elemente und wilde Wesen sich an der wehrlosen und unschuldigen Bevölkerung rächen.

Diese Taten sind ein Hohn und eine Verleugnung aller primitiven menschlichen und internationalen Grundsätze, welche vor allem die persönliche Freiheit und die Unberührbarkeit der persönlichen Rechte garantieren.

In diesem historischen Augenblick sehen wir jedoch, dass reaktionäre Elemente versuchen, die Empörung der Hunger und Elend leidenden Massen für Rassen- und konfessionelle Kämpfe zu missbrauchen, sie trachten die niedrigsten Instinkte aufzustacheln, mit dem Zwecke, damit die Massen, plündernd und mordend, das Gefühl menschlicher Würde verlieren, und sie in dieser Weise von ihren eigentlichen sozialen, politischen und nationalen Aufgaben abzulenken.“

Der Warschauer Arbeiterrat

der Polnischen Sozialistischen Partei (revolutionäre Fraktion) fasste einstimmig folgende Entschliessung:

„Der Arbeiterdelegierten Rat in Warschau protestiert gegen die von der Kontrerevolution organisierten Judenpogrome. Die an der jüdischen Bevölkerung in Lemberg und Kielce begangenen Greuelthaten, die barbarische Peinigung der wehrlosen jüdischen Bevölkerung einschliesslich der Frauen und Kinder verurteilt der Rat aufs entschiedenste. Er konstatiert, dass das klassenbewusste Proletariat in den von der Kontrerevolution organisierten Pogromen eine Erscheinung des Kampfes gegen die Revolution und gegen die Volksregierung erblickt, dass die unter der roten Fahne kämpfende Arbeiterklasse einen energischen Kampf gegen die Pogrome erklärt.“

Andreas Strug:

„...Ich erfuhr zahlreiche Einzelheiten des (Lemberger) Massakers, die man mir flüsternd, voll Empörung, Scham und Entsetzen erzählte.

Erst heute erreichte es mich, der ich in der Landeshauptstadt wohne und unter Menschen verkehre, welche polnische Zeitungen lesen.

Es entsetzt die Zahl der Ermordeten; es entsetzt die Zahl der mit ihren Einwohnern verbrannten Häuser.

Aber am schmachvollsten, am ungläubwürdigsten ist es, dass die polnische öffentliche Meinung nichts davon weiss.

Wie auf Vorabredung schweigen alle diejenigen, welche manches darüber mitzuteilen haben. Leute, die aus Lemberg kommen, erwähnen mit Unwillen des Pogroms. Die galizische Presse verhüllt die Wahrheit: die Warschauer Presse schweigt. Und die polnische öffentliche Meinung kennt bis jetzt noch immer nicht die schreckliche Wahrheit.

Ob das die Scham unseres Gewissens ist? Oder irgend eine fürchterliche Gleichgültigkeit? Vielleicht die Scham vor der Welt, vor Europa? . . .

Banditen? Strolche? Etwas zu viel dieser Strolche! Durch die Ruthenen losgelassene Sträflinge? Zu lange liess man sie grassieren. Die Teilnahme der Juden im Kampfe gegen Polen? Man hätte mit ihnen kämpfen sollen, wie mit Soldaten. Und zum Opfer fiel die jüdische Bevölkerung des ganzen Viertels.

Wir kennen nicht die ganze Wahrheit. Es geschah in Lemberg irgend eine gemeine Grausamkeit. Um die ermordeten Volksgenossen trägt die ganze jüdische Welt Trauer. Es gehört sich, dass wir Polen eine noch schwärzere Farbe anlegen, denn der Massenmord hat stattgefunden in einer Stadt, von der wir uns rühmen, dass sie polnisch sei, weil wir ihr Polnischtum mit unserem Blute verteidigten.

Sie ist uns notwendig und wird uns unentbehrlich sein inmitten des Sturmes der Ereignisse, in den wir erst eintreten.

In der Lemberger Katastrophe steckt irgend ein schreckliches Geheimnis. Man muss es enthüllen.

Es gibt eine unüberwindliche Scham, die man respektieren soll. Es gibt Dinge, die man in Schweigen hüllen, die man vergessen muss.

Aber hier geht es um das höchste Gut der Massen und der Nation, um ihre Wahrheit und die Selbsterkenntnis dieser Wahrheit.

Ohne diese werden wir uns verlieren, werden wir verwildern, werden wir uns gegenseitig morden. Es wird bei uns — schon nicht mehr der Bolschewismus entstehen, welcher — entartet und blutbesudelt — dennoch wenigstens das Merkmal einer grossen Idee trägt — sondern ein ungeordneter, höllenmässiger Streit und Kampf aller gegen alle. Die Willkür der Faust, die Zuchtlosigkeit einer jeden bewaffneten Bande, die Herrschaft der Lüge und Verleumdung, die Gemeinheit im öffentlichen Leben.

Und überdies werden vom Weltende Fremde kommen; sie

werden können, wie in das Land Wilder, werden uns ihren Willen auferlegen und die Gewalt in Polen nach ihrem Gefallen verteilen.

Sie werden Fremde verstreuen, werden — angesichts unserer Ohnmacht — den begonnenen Bau zerstören, unseren Willen schänden, und wiederum werden wir unter dem Joche sein.

Es wird in der Verwirrung unser Traum und unser Glück untergehen, unser Stolz und unsere Hoffnung — das freie Polen des Volkes.

Ich spreche diese Worte im Namen der Wahrheit aus, zur Verteidigung der Ehre des polnischen Gewissens. Zur Ermahnung der Massen, die vom Wahnsinn ergriffen und getragen zu werden beginnen. Zur Erweckung der Wachsamkeit unserer Intelligenz, welche der beunruhigenden Nervosität unterliegt.

Ich stelle die allgemeine, die grösste Aufgabe: die Notwendigkeit der Erfassung der Wahrheit in einem Volke, welches um seine Kultur, um sein Glück kämpft. Und mein Ausgangspunkt ist: die Forderung der Aufklärung der Lemberger Vorfälle, vor deren Ungeheuerlichkeit die Seele sich in schaurigem Entsetzen aufbäumt.

Ich spreche meine Ansicht über die jüdische Frage nicht aus. Gleichgültig, wie sie ist. Sie würde vielen Juden und vielen Polen nicht gefallen.

Mein Problem ist rein polnisch. zu tiefinnerst mein und nur mein.

Ich stelle es allen gutgesinnten Polen, allen ehrlichen Menschen, die eine gewaltige Mehrheit in jeder Partei ausmachen.“

(Im Warschauer sozialistischen „Robotnik“ vom 6. Dezember.)

Unter dem Eindruck einer jüdischen Trauerversammlung in Warschau, der er gemeinsam mit einigen Polen beigewohnt hatte, schrieb

General Alexander Babianski:

„...Man sprach nicht vom Orte des Pogroms, nicht von seinen Begleitumständen, aber Augen und vom Schmerz ergriffene Antlitze kehrten sich uns zu und wir empfanden mit ihnen die ganze Grösse der Verantwortung, welche auf uns lastet.

„Und als der Redner hervorhob, dass dieses Unglück in der Gesellschaft weder einen Protest noch Entrüstung ausgelöst habe, ja dass es gänzlich totgeschwiegen blieb, da errötete unser Antlitz vor Scham. In der Tat, zwei Wochen sind seither vergan-

gen, seitdem das grausame Morden geendet hat, aber unsere Presse verschweigt es und meldet nichts über den Verlauf, dagegen berichtet sie aber sofort jede Kleinigkeit aus den Kämpfen welche sich jüngst in Lemberg abgespielt haben. Unsere Gesellschaft weiss nichts von dem, was jetzt nicht nur der ganzen Judenheit bekannt ist, sondern der ganzen zivilisierten Welt, nämlich, dass in Lemberg nach Beendigung der heldenhaften Kämpfe unserer Jugend mit den eingedrungenen Ukrainern am 22. November um 6 Uhr morgens ein Überfall auf das Judenviertel sich abspielte, bei welcher Gelegenheit 100 Personen getötet wurden. Am Samstag abends sind 50 Häuser angezündet worden, in deren Flammen 260 Personen ihren Tod fanden, später wurde auch das alte Bethaus in Brand gesteckt, in welchem 60 darin betende Judeu verbrannten, sodass sich die Anzahl der Geschädigten auf 3 000 beläuft. Schliesslich hat eine Abteilung von Offizieren ohne besondere Mühe dem Pogrom ein Ende gemacht. Es ist unmöglich, die erschütternden Szenen dieser Massenmorde sich vorzustellen. Kann man auf die besorgte Frage, ob dies die letzten Opfer der Juden sind, bejahend antworten? Schon seit langer Zeit haben gewisse Teile der Presse und der Gesellschaft die Anfeuerung zu antisemitischen Exzessen nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert. Diese Leute haben zugelassen, dass aus dem Hauch ein Sturm geworden ist, dass die den dunklen Massen angenehme Losung den Charakter von Pogromen erhalten hat. Ich bin tief überzeugt, dass sich die breiten Massen des polnischen Volkes und seiner Intelligenz mit Widerwillen von einem solchen Vorgehen abwenden und auf das entschiedenste ihre Entrüstung ausdrücken, damit dieser Fleck vom Namen des polnischen Volkes verschwinde. Wie bitter die Wahrheit in diesem Falle auch sein mag, sie muss aufgeklärt und die Schuldigen müssen streng und vor der Öffentlichkeit bestraft werden. Unsere kleine Gruppe lauschte schmerzerfüllt dem Strome der Rede, die in unserer Muttersprache gehalten wurde, in der seit jeher die erhabensten Losungen der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit gepredigt wurden; wir lauschten der Klage des jüdischen Volkes über die ihm zugefügte Unbill. Und wir wollen diesem Volke herzlich und aufrichtig sagen: Das sind die letzten Früchte der ohne uns durchgeführten Arbeit; das neuerwachende Polen verabscheut sie und reicht seine brüderliche Rechte dem Volke, welches so viel gelitten hat, um mit ihm zusammenzuarbeiten zum Wohle des Vaterlandes und der grossen Ideen seiner Bevölkerung. Wir werden gemeinsam den Weg unserer Losung einschlagen, welche lautet: „Wir

wollen als Gleiche mit Gleichen, als Freie mit Freien einerschreiten!“

(Der „Robotnik“, in dem der Artikel erschienen ist, begleitet ihn mit der Bemerkung, dass Herr Babianski den Artikel der Redaktion des „Kurjer Warszawski“ eingesen-det, die den Abdruck verweigert habe.)

Heuchlerische Protestkundgebungen.

Sollen wir noch zu den Äusserungen des polnischen Volksgewissens die Protestresolutionen des Lemberger und Krakauer Gemeinderates zählen? Was hat der Krakauer Gemeinderat zur Verhinderung von Pogromen in der nächsten Umgebung der Stadt getan? In seiner Resolution „brandmarkt er in schärfster Weise die Unruhen, die zumeist gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren“ und nennt sie „Banditenausschreitungen“, wo durch die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Schuldigen abgelenkt werden soll. Die Herren vom Lemberger Gemeinderat hatten die Ereignisse untätig herankommen sehen, sie waren müssige Zuschauer des 48-stündigen Plünderns und Mordbrennens. Kann ein nachträglicher Protest etwas anderes bezwecken, als die Schuld ihres Gewährenlassens zu verhüllen? Ihr Protest ist nichts als ein Ereignis der Heuchelei und des bösen Gewissens. Am 25. November wurde eine Protestresolution angenommen, die den Eindruck erwecken musste, dass die polnische Gesellschaft mit den „an der jüdischen Bevölkerung verübten Greueln“, nichts zu schaffen habe. Der Assimilantenführer Aschenase und der polnische Sozialist Olanski verlangten darauf eine klare Stellungnahme und eine ehrliche Verdammung der Schuldigen. Die Anträge von Achkenase wurden einer Kommission überwiesen. In der Sitzung vom 6. Dezember brachte die Kommission einen Antrag ein, in dem darauf hingewiesen wird, dass der Gemeinderat bereits seinen Protest ausgedrückt habe, aber „angesichts des von so angesehenen Seite gestellten Antrages“, heisst es dann weiter, wolle der Gemeinderat „es nicht versäumen, zum wiederholten Male seinen tiefsten Schmerz

und seine Entrüstung über die grauenhaften Ereignisse, die in den letzten Tagen in Lemberg sich abgespielt haben, auszudrücken. Der Rat wendet sich mit Abscheu von allen denen ab, die einen *aktiven* Anteil am Morden und Plündern genommen oder anderen zu diesen unerhörten Greuelthaten veranlasst haben.

„Gleichzeitig drückt der Gemeinderat allen von diesen Ereignissen Betroffenen sein wärmstes Mitgefühl aus, sowie sein tiefstes Bedauern angesichts dieser entsetzlichen Gewalttaten, die auch durch feindliche Handlungen einzelner Juden, *wenn solche festgestellt werden sollten*, nicht gerechtfertigt werden können.“

Aus dem Dokument geht hervor:

1) Dass der Lemberger Gemeinderat nur den *aktiven* Anteil an dem Massaker verurteilt. Diese Selbstbeschränkung musste er üben, wollte er nicht über sich selbst den Stab brechen.

2) Dass er an erfolgten feindlichen Handlungen selbst *einzelner Juden zweifelt*.

Das ist ein unschätzbare Eingeständnis, welches die Verratsausstreungen des Lemberger polnischen Militärkommandos, der Warschauer „Arbeiter und Bauernregierung“ und der polnischen Pressagenturen als das zeigt, was sie in Wirklichkeit sind: ein moralisches Attentat auf die galizische Judenheit, welches das physische Attentat rechtfertigen soll.

DER EINDRUCK DER KATASTROPHE AUF DAS JÜDISCHE VOLK.

Die Pogrome brachen in dem Momente aus, wo der Weltkrieg aufhörte. Als die Freude über die Beendigung der Völkermetzelei die ganze Welt durchzitterte, ging ein Entsetzen durch das jüdische Volk in allen Ländern, von Warschau bis San Francisco, von Montreal bis Buenos-Aires. Die jüdische Welt, durch die Erfahrungen namentlich der letzten Jahre belehrt, war allerdings auf Überraschungen polnischerseits gefasst, aber *das* hatte niemand erwartet, und am allerwenigsten konnte man voraussehen, dass das allgemein für klug und schlaughaltene polnische Volk im Momente der grössten historischen Entscheidungen, im Momente, wo es der Sympathie der Welt am meisten bedarf, am Beginn seiner neuen staatlichen Selbständigkeit, seine Bestrebungen durch jüdische Blutbäder compromittieren werde. In der Art, wie es auf die Ereignisse reagierte, zeigte sich wieder die Schwäche, aber auch die Grösse des jüdischen Volkes. Es konnte weder durch militärische noch politische Machtmittel dem Plündern und Morden Einhalt gebieten, aber was geschehen konnte, um das Gewissen der Welt aufzurütteln und einen Druck der öffentlichen Meinung und der Regierung der verschiedenen Länder auf die polnische Gesellschaft zu erwirken, ist grösstenteils geschehen. In mannigfacher Weise reagierte die jüdische Welt. In Galizien, in Polen, in Holland und anderen Ländern wurden Trauer- und Fasttage der jüdischen Bevölkerung veranstaltet; in unzähligen Protestversammlungen wurde die Entrüstung des jüdischen Volkes zum Ausdruck gebracht; an die Regierungsvertreter und die Regierungen

Polens, der neutralen und Ententen-Länder wurden um Intervention herantreten; wie bei allen jüdischen Katastrophen wurde spontan eine mustergiltige Hilfsaktion eingeleitet. Die Judenheit Amerikas, die im Laufe des Krieges in unvergesslicher Weise ihre Solidarität mit der heimgesuchten Judenheit Osteuropas und Palästinas betätigt hat, hat auch hier neben der politischen Aktion eine grosszügige Hilfsaktion zuwege gebracht. Im Laufe weniger Wochen wollte sie fünf Millionen Dollars für die Pogromopfer aufbringen, wovon der grössere Teil bereits Mitte Dezember gesammelt war.

Die Verzweiflung der Polen mosaischer Konfession.

Nichts ist für die Situation so kennzeichnend wie die Seelentragedie der „Polen mosaischer Konfession“, die zur Verwirrung der Begriffe der polnischen Gesellschaft viel beigetragen und folglich für die gegenwärtigen Ereignisse in hohem Maasse mitverantwortlich sind. Diese Kreise pflegten immer auf die Szene zu treten, wo es galt, polnische Judenverfolgungen zu beschönigen und zu vertuschen. Um so überzeugender sind ihre Aussagen und Wehklagen im gegenwärtigen Momente. Wir geben daher den polnischen Assimilanten das Wort.

Ein Appell polnischer Assimilanten.

Die früheren Abgeordneten Dr. Löwenstein und Steinhaus, die Verfechter des extremsten Polonismus, brachten ihre Empörung in folgendem Appell zum Ausdruck:

An den Bürger

Andrzej Moraczewski, Ministerpräsident

in Warschau.

Seit Wochen türmen sich die Nachrichten über Judenverfolgungen im Lande; mit Staunen vernimmt die zivilisierte Welt, was sich auf dem Boden des neuerwachenden, freien, unabhängigen Polen ereignet.

Es ist uns heute nicht möglich, zu überprüfen, inwieweit alle Einzelheiten der Berichte von Zeugen und Opfern dieser grauerregenden Vorgänge der traurigen Wahrheit entsprechen. Aber wenn auch nur der zehnte Teil Wahrheit wäre, er wäre schon Grund genug für schreckliche Anklage.

Dem Walten der geschichtlichen Gerechtigkeit verdankt Polen seine Auferstehung. Ist das die geziemende Feier für das Geburtsfest der Freiheit? Mehr als ein Jahrhundert hangte die Seele Polens dem Augenblick entgegen, in dem sie zu eigenem staatlichen Leben, zu schöpferischer Arbeit aller erwachen würde. Der Tag der Freiheit sollte die Vereinigung aller produktiven Kräfte bringen, um zu schaffen und zu bauen, nicht um zu zerstören und zu vernichten. Wir harrten des Tages, an dem eine Jahrhunderte alte, von Russland geknechtete Kultur zu neuem Leben wiedererstehen wird. Anstatt dessen feiert aus Russland verpflanzte Barbarei ihre furchtbaren Orgien. Als die ersten schmerzlichen Nachrichten über Gewalttaten gegen Juden eintrafen, nahmen wir an, das sei die Frucht der alten zaristischen Saat des Hasses, die Regierung werde das Unkraut ungesäumt ausjäten. Es gibt ja doch schon eine polnische Regierung! Unterdessen kam Chrzanow, es kamen Brzesko, Krosno, Baranow, Kielce, Groziska, Dubiecko, Jaroslaw, Przemysl. Wir riefen nach sofortiger zielbewusster Abwehr. Vergebens! Es kam Lemberg, der Gipfelpunkt in der Reihe jener Orte von heute so blutigem Klange.

Jetzt dürfen wir nicht schweigen. Nicht durch nacktes Ableugnen der Tatsachen, dem niemand in der Welt glauben wird, wird das Schreckliche gutgemacht, und auch nicht durch Versuche, die ungeheuerlichen Geschehnisse durch angebliche Ausschreitungen einzelner Juden zu rechtfertigen. Denn wenn für angebliche Taten eines Einzelnen die unschuldige Masse der Judenschaft zu blutiger Busse herangezogen werden dürfte, dann müsste mit gleichem Recht das ganze polnische Volk die Schandtaten verantworten, welche bewaffnete und unbewaffnete Horden, unwürdig des Namens Polen — und doch Polen, verübt haben.

Nur männlich offenes, strenges Verdammen solcher Verbrechen ziemt der Würde der Nation.

Gegen das furchtbare Blutbad Unschuldiger, gegen diese Orgien der Finsternis, denen viele Hunderte von wehrlosen Glaubensgenossen. Frauen und Kinder, Leben und Habe, zum Opfer fielen, erheben wir unsere Stimme zu flammendem Protest.

Namens des Polentums, denn diese Vorgänge beflecken die Fahne der wiedergeborenen Republik. Zum Schutze unserer Brüder, denn nie erstickte der Patriotismus in uns die glühende Liebe zum Glauben unserer Väter. Und wie unsere Ahnen noch unter Folter und Qualen ihren Gott bekannten, so kann auch uns keine Macht der Welt sowie keine politische Rücksicht von der Gemeinschaft mit dem Judentum losreißen. In Verteidigung der Staatsraison, denn unwiederbringlichen Schaden fügen die grauerweckenden Ereignisse der letzten Tage der polnischen Sache gerade in der Zeit zu, in welcher die Augen der ganzen Welt auf den staatlichen Wiederaufbau Polens gerichtet sind und in welcher von seiner kulturellen und politischen Reife ein Grossteil seiner Erfolge abhängt. Im Namen der Menschlichkeit, denn das, was jetzt auf dem ohnehin durch die Greuel des Krieges hart mitgenommenen Boden Polens vorgeht, spricht den primitivsten Anforderungen der Menschlichkeit Hohn.

Sache der polnischen Regierung war und ist es, die entfesselten Elemente zu zügeln und mit aller Energie weiteren Greuelthaten vorzubeugen und weiterem Schimpf für die Würde des polnischen Namens.

Wir verlangen von der Regierung, dass sie durch ungesäumte Tat beweise, dass sie die Judenverfolgungen auf das schärfste verdammt. Wir verlangen die sofortige Einleitung einer Untersuchung zur Feststellung der Schuld und zur strengsten Bestrafung der Schuldigen. Schuld daran sind nicht nur diejenigen, welche die Tat begangen, sondern auch diejenigen, die sie durch Aufreizung des Volkes bewirkt haben. Und die Regierung, welche doch derzeit ganz Polen repräsentiert, sie muss der Welt die Gewissheit bieten, dass sie jenen Grundsätzen der Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Glaubens, denen

die Regierung der wiedererstehenden Republik so oft öffentlich Ausdruck verliehen hat, auch wirklich Respekt im Staate zu verschaffen gewillt ist und zu schaffen vermag. Dem polnischen Volke aber soll sie als heilige Pflicht auferlegen, diese Grundsätze getreu zu befolgen; und wer sich gegen sie vergeht, soll der öffentlichen Ächtung verfallen als Schädling an der Würde des polnischen Namens. Genug des Unglücks und der Opfer und des unschuldig vergossenen Blutes!

Die Nation, die die Schandtthat verdammt, weist sie von sich. Sollte aber die Regierung schweigen, sollte sie durch ihre Passivität derartige Geschehnisse dulden, dann ladet sie die Schuld auf die ganze Nation.

Herr Ministerpräsident der polnischen Republik, tun Sie Ihre Pflicht!

Dr. *Nathan von Löwenstein*,
ehemaliger Reichrats- und
Landtagsabgeordneter.

Dr. *Ignaz Steinhaus*,
ehemaliger Reichstags-
abgeordneter.

Die Berichte assimilatorischer Augenzeugen des Lemberger Pogroms.

Die „Partei der Gleichberechtigung der Juden in Polen“ (Assimilanten) entsandte eine Delegation nach Galizien, um die Wahrheit über den Lemberger Pogrom in Erfahrung zu bringen. Der Delegation gehörten u. a. die Herren Goldkraut und Eiger an. Nach ihrer Rückkehr aus Galizien berichteten die Delegierten, dass sie nach Lemberg wegen der Kommunikationsschwierigkeiten nicht haben gelangen können, dass aber die Reise dorthin aus dem Grunde überflüssig geworden sei, weil infolge der jüdischen Massenflucht aus Lemberg alle Persönlichkeiten, die sie zu sprechen wünschten, sich in Krakau aufhielten. Herr Goldkraut berichtete, dass seine Lemberger politischen Freunde, unter denen sich in der Assimilationsbewegung ergraute Persönlichkeiten befanden und an deren Glaubwürdigkeit nicht der mindeste Zweifel bestehen könne, nicht nur alle Angaben der

jüdischen Presse bestätigt, sondern ein Bild von der Lemberger Katastrophe entworfen hätten, die sie viel schrecklicher erscheinen liess, als die Schilderungen der jüdischen Presse. Das Bild übertreffe die Vorstellungskraft der menschlichen Phantasie. In dem Berichte von Goldkraut wird die gewissenhafteste Beobachtung der Neutralität seitens der Juden, der organisierte Charakter des Pogroms und die Schuld der Militärbehörden mit allem Nachdruck betont. Unter anderem teilt der Bericht mit, dass eine „Delegation“ beim Stadtkommandanten erschienen sei und von ihm die Auslieferung des Vizepräsidenten der Stadt, des Juden Dr. Schleicher, forderte, der getötet werden sollte. Dr. Schleicher konnte sich nur dadurch retten, dass er sich in einem sicheren Versteck befand. Der Advokat Levin wurde gezwungen, die bei ihm geplünderten Gegenstände selbst auf ein Fuhrwerk zu laden und er wurde dann zusammen mit den Pferden vor den Wagen gespannt. Nachdem er als Lastpferd mehrere Strassen durchzogen hatte, wurde er samt seiner Frau und seiner alten Mutter niedergeknallt. Der Delegation sind Fälle bekannt, wo Frauen ihre Kinder zum Fenster hinauswarfen, um sie vor dem Feuertode zu retten. Die Kinder wurden von den Legionären auf dem Pflaster erschossen.

Die Haltung der polnischen Offiziere illustrierte Herr Goldkraut mit folgendem Fall. Auf ukrainischer Seite kämpfte kein einziger Jude, dagegen fanden sich auf polnischer Seite fünfzehn junge Juden, die sich völlig als Polen betrachteten. Einer dieser jungen Leute, Oberleutnant Jakob Polak, wurde bei der Verteidigung des Lemberger Zitadells von einer ruthenischen Kugel getötet. Das Militärkommando entsandte zum Leichenbegängnis eine aus Offizieren bestehende Deputation. Die erste Tat dieser Offiziere war, die Pferde vom Leichenwagen des gefallenen Kampfgenossen zu requirieren. Die begleitenden Offiziere machten sich über den Leichenzug lustig, rauchten und scherzten und störten das religiöse Zeremoniell. Das Benehmen der Deputation war so schamlos, dass sie wegen Verletzung der Ehre des verstorbenen Kollegen vor ein Kriegsgericht gestellt wurden.*

* Siehe auch oben Seite 50.

Am 8. Dezember fand in Warschau eine Versammlung statt, auf der das Mitglied der erwähnten Delegation, Herr Boleslaw Eiger, den Bericht über die Reise der Delegation erstattete. Herr Eiger zitierte den erhaltenen Bericht des VizePräsidenten der Stadt Lemberg, Dr. Schleicher.

Aus dem genauen Berichte des Dr. Schleicher über den Lemberger Pogrom ersah die Delegation, dass die Beschreibungen des Lemberger Pogroms, wie sie durch die jüdische Presse gegeben worden sind, *nicht einmal ein annähernd vollständiges Bild dieser schrecklichen Metzereien liefern.*

Darauf berichtete Herr Eiger, dass die Delegation an einer Sitzung der polnischen Liquidationskommission teilgenommen habe, der die Delegation die Frage vorlegte, wieso die Liquidationskommission nach ihrer Deklaration vom 4. November, in welcher sie die Gleichberechtigung aller Einwohner ohne Unterschied aussprach, schon am 27. desselben Monates ihre bekannte Note an die neutralen und alliierten Mächte ausschicken konnte, in welcher sie jeden Pogrom dementierte, ja sogar drohte, wenn die Juden weiterhin so „schreien“ würden, könnten die Pogrome vielleicht Wirklichkeit werden. Der Vorsitzende der polnischen Liquidationskommission Dr. Tertil erwiderte, dass die Note durch den Gesandten Ptas ohne Wissen und ohne Zustimmung der polnischen Liquidationskommission abgesendet worden sei.

In Krakau lud Professor Grabski die Delegation zu sich ein. Diese erklärte, dass sie nur in Gegenwart von anderen Personen zu einer Besprechung erscheinen werde. Aus diesem Anlass waren bei der Konferenz auch die Abgeordneten Diemand, Gross und Steinhaus zugegen. Die Delegation erklärte, dass sie nur im Namen ihrer Partei spreche. Auf die Ausführungen des Professors Grabski erwiderte die Delegation, dass an den *Pogromen die Nationaldemokraten schuld seien*, welche durch 25 Jahre zu Boykott und Pogromen gehetzt haben.

Nach dem Referate des Herrn Eiger sprach Herr Goldkraut und hob hervor, dass noch trauriger als die Pogrome selbst das Verhalten der polnischen Presse sei, welche die Wahrheit verheimlichen wolle.

Über Betragen der Versammelten bestätigte die Delegation,

dass die Lemberger jüdische Bevölkerung und Presse während der Zeit der Kämpfe vollständige Neutralität gewahrt und keinen Anlass zur Entrüstung gegeben habe, Der Pogrom sei wohl vorbereitet und organisiert gewesen.

Herr Landau schloss die Versammlung, indem er die Versammelten aufforderte aus Solidarität mit dem jüdischen Volke zum Zeichen der Trauer und des Protestes am nächsten Tage die Läden zu schliessen und die Kinder nicht in die Schule zu schicken. Dieser Antrag wurde per Akklamation angenommen.

(Entnommen der jüdischen Presse Warschau.)

Die letzte Warnung der Assimilanten.

Dr. Tobias Aschkenase, dessen Artikel wir oben wiedergegeben haben (Seite 69), richtete Anfang Januar einen offenen Brief an den General Rozwadowski, worin es unter anderem heisst:

„In Lemberg werden die Juden von der polnischen Bevölkerung wieder drangsaliert und in schlimmster Weise behandelt. In der Stadt kommen nach wie vor Räubereien und Misshandlungen von Juden vor. Das Versprechen der polnischen Behörden, Ordnung zu halten und die Juden gegen Exzesse zu schützen, wurde gebrochen. Ich warne die politischen Behörden zum letzten Male. Falls der grausamen Judenhetze kein Einhalt geboten werden sollte, werden alle Juden, die sich bis jetzt für Polen hielten, der polnischen Gesellschaft demonstrativ den Rücken wenden und sämtliche Ämter niederlegen. Sie werden auch in die Welt einen mächtigen Protest hinausschreien. Das Mass ist bald voll.“

(„Wiener Jüdische Zeitung“, vom 10. Januar.)

Eine Unentbehrliche Aufklärung.

Von H. S. Hirschhorn.

(In einem im Warschauer „Glos Zydowski“ veröffentlichten Artikel unter obiger Überschrift widerlegt der angesehene polnisch-jüdische Politiker Hirschhorn die Behauptungen von Witold Jodko, dass die Pogrome von der Reaktion zu dem Zwecke hervorgerufen werden, um die Arbeiter- und Bauern-

regierung zu kompromittieren und eine Intervention der Entente herbeizuführen und dass die gegen die Pogrome protestierenden Juden der Reaktion in die Hände arbeiten. Der Verfasser betont, dass der jüdische Protest ein Ausdruck spontaner Empörung ist, der mit Politik nichts zu schaffen hat und schreibt dann weiter:)

„Was nun die Juden betrifft, so würden sie mit Vergnügen zugeben, dass an der Pogromagitation einzig und allein die polnische Reaktion schuld sei, wenn die Volksregierung, mild ausgedrückt nicht schwere Fehler begangen hätte. Da die von den Zeitungen sowie mittels Massenversammlungen und Proklamationen betriebene antisemitische Agitation der Regierung bekannt war, war es ihre Pflicht, eine Kundmachung zu erlassen, dass sie diese Bewegung entschieden verurteilt und dass jede Gewalttat gegen die Juden mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden wird. Dies wurde jedoch von der Regierung unterlassen, und inzwischen werden gegen die Juden fortwährend Gewalttaten und gesetzwidrige Handlungen verübt und zwar nicht nur seitens des niedrigen Pöbels, sondern auch seitens solcher Leute, für die die Regierung wenigstens formell die Verantwortung trägt. Gleichzeitig erschien anstatt der erwarteten Kundmachung gegen die Pogrome das berüchtigte, in einem wahren Pogromstil gehaltene Communiqué der Polnischen Telegraphenagentur, das, von der Regierung bis heute nicht berichtet worden ist, trotzdem es vom „Robotnik“ als ein provokatorisches Dokument gekennzeichnet wurde. Die Lesermassen der hervorragendsten polnischen Zeitungen betrachten demgemäss das erwähnte Communiqué noch immer als eine offiziöse Mitteilung und ziehen daraus die bedauerlichsten Schlüsse. Auch von sonstigen Schritten der Volksregierung wider den Pogrom-Antisemitismus ist keine Spur zu merken, während Gewalttaten gegen die Juden in verschiedener Form unaufhörlich verübt werden. Wir wollen uns hier in Einzelheiten nicht einlassen, da wir vermuten, dass der Regierung Bericht über die jüdische Presse erstattet wird, welche täglich empörende Tatsachen notiert, die beweisen, welche unerhörte Rechtswidrigkeiten in bezug auf die Juden toleriert werden. Hiegegen verbreiten die von der Regierung offen angewandten Beschränkungsmassnahmen gegen

die Juden, sowie die von der P. T. A. systematisch betriebene jüdenfeindliche Agitation unter den breiten Volksmassen den Glauben, dass die Juden trotz ihrer formellen Gleichberechtigung ausserhalb des Gesetzes stehen.

So liegt die Sache in Wirklichkeit und gerade deshalb, weil unsere Beziehung zur Volksregierung an und für sich eine wohlwollende ist, betrachten wir es als unsere Pflicht, unsere Meinung offen und klar auszusprechen. Gleichzeitig erklären wir, dass es noch nicht zu spät ist. Wenn die Volksregierung jetzt energische Schritte gegen die antisemitischen Hetzereien und die Pogromagitation unternehmen, die Schuldigen jeder Gewalttat nach Gesetz bestrafen, sowie weiteren Ausschreitungen, die, wie gesagt, in verschiedenen Formen fortwährend sich wiederholen, durch entsprechende Massnahmen vorbeugen sollte, würde die jüdische Allgemeinheit gerne feststellen, dass nur die reaktionären Elemente als die moralischen Urheber der Pogrome zu betrachten sind und dass die Juden die Sicherstellung ihrer bürgerlichen Rechte nur seitens einer demokratischen Regierung, wie sie die Arbeiter- und Bauernregierung vorstellt, zu erwarten hat.

Wer die jüdischen sowohl in jüdischer als auch in polnischer Sprache erscheinenden Zeitungen liest, dem ist der wohlwollende Empfang bekannt, den alle diese Zeitungen der ersten polnischen Volksregierung bereitet haben. Gleiche Gefühle wurden seitens der Delegationen aller jüdischen Parteien gelegentlich ihres Besuches beim Kommandanten Pilsudski zum Ausdruck gebracht. Es wäre den Juden daher nur eine Freude, wenn sie nach Beseitigung der oben erwähnten jedem Fortschritt und jeder wahren Demokratie zuwiderläufige normalen Erscheinungen der Volksregierung wieder ihr Vertrauen schenken könnten.

Die polnischen Dementis.

Von Oberrabbin Dr. *M. Ehrenpreis*.

(Aus einer Rede, gehalten am 13. Dezember in Stockholm.)

Der 22. und 23. November werden zu den schwarzen Tagen in der jüdischen Geschichte gehören, schwärzer als der 20. Siwan (Chmielnickitreuel), schwärzer als Kischinew (1903), als die blutigen Oktobertage (1905), sie waren aber auch schwarze Tage für die europäische Gesittung . . . Vielleicht aber mehr noch als das Mordgeschrei der Räuberbanden muss uns niederdrücken das eisige Schweigen der polnischen Intelligenz, dieses beklemmende, beschämende, beunruhigende Schweigen des polnischen Volksgewissens gegenüber diesen Scheusslichkeiten. Was tut die polnische Intelligenz seit den blutigen Novembertagen? Zuerst *schwieg* sie, dann *leugnete* sie, dann *drohte* sie. Fast kein Pole von Rang hat es bis heute gewagt, offen und ehrlich das Geschehene zu brandmarken und die Räuberbande von den Rockschüssen des anderen, des besseren Polen, abzuschütteln, etwa so wie es seinerzeit die russische Intelligenz mit männlichen, flammenden Worten durch den Mund ihrer besten Wortführer getan hat. Anstatt offen eine Scheidegrenze zwischen dem anständigen Polen und dem barbarischen zu ziehen und uns zu ersparen, heute hier dazustehen und ganz Polen für das Geschehene anklagen zu müssen, konnte kein Pole die echte Stimme der Menschlichkeit in diesen bangen Tagen und Stunden finden, und als sie nicht mehr schweigen konnten, dann dementierten sie. Diese Dementis, eines der traurigsten Kapitel in dieser ganzen traurigen Geschichte, könnte man als eine Fortsetzung des Pogroms in Worten, als eine Art Pogrom der Vertuschung bezeichnen. Es dementieren, um nur wenige Beispiele zu erwähnen, Daszynski, die Regierung in Warschau, die Liquidationskommission in Krakau, und diese Dementis widersprechen sich gegenseitig und heben sich gegenseitig auf. Ihnen gegenüber stehen die übereinstimmenden, von einander unabhängigen Aussagen der Augenzeugen der Lemberger Geschehnisse.

Daszynski sagt: „Der Pogrom richtet sich gegen Kriegswucherer“. (Merkwürdige Rechtsauffassung dieses polnischen sozialistischen Führers!)

Nun steht Daszynski gegenüber die Tatsache fest, dass in Lemberg die Ärmsten der Armen hingemordet wurden, die mit Kriegswucher nichts zu tun haben konnten. Warschau gegenüber steht die amtliche Erklärung von der Neutralität der Lemberger Juden, die die polnischen Amtsstellen schriftlich zur Kenntnis genommen haben. Krakau gegenüber steht die mehrseitige Aussage von der Teilnahme von Legionären, von der nahezu kriegsmässigen Bewaffnung und Ausrüstung der Pogromisten, nicht zu reden von der Selbstanklage, die darin liegt, dass die ganze polnische Armee im Laufe von 48 Stunden nicht imstande sein gewesen sollte, mit den Verbrechern fertig zu werden. Krakau gegenüber steht auch die amtliche Erklärung des Ritters von Wasilkow, des Vertreters der Ukraina in Wien, wonach die Beteiligung der Verbrecher mit Waffen, Munition, ja sogar mit Kampfautomobilen erst nach dem Einzug der Polen durch letztere organisiert wurde. Der Behauptung des Krakauer Dementis, dass die Juden mit den Massnahmen zufrieden seien, stellen wir die Äusserungen Aschkenasis vom 24. gegenüber* und allen Dementis gegenüber stehen die paar vereinzelt Kundgebungen polnischerseits, die von Bilinski** und die von Strug***

Das Empörendste jedoch sind die Drohungen. Die Krakauer Liquidationskommission sagt: „Falls die jüdische Presse fortfahren wird, die Polen zu verleumden, werden die polnischen Behörden ausserstande sein, die Herrschaft über die aufregten Massen zu behalten, es könnte dann wirklich das geschehen, was in den verbreiteten Verleumdungen enthalten ist.“ Das bedeutet in die unamtliche Menschenprache übersetzt: Wir haben das Recht Euch tot zu schlagen, Ihr habt aber nicht einmal das Recht zu schreien. Man wagt unsere Notwehr als eine antipolnische Hetzkampagne zu verleumden. Ein schamloseres Wort ist kaum denkbar. Nicht zu hetzen haben wir uns hier versammelt, sondern um

* Siehe oben Seite 69.

** Siehe oben Seite 91.

*** Siehe oben Seite 92.

unsere gerechte Entrüstung in die Welt hinauszurufen, zu helfen, zu retten . . . Und nun noch ein Wort an die Polen. Wir werden uns durch nichts und niemand abhalten lassen, unseren Brüdern in ihrer Not mit den Mitteln, über die wir verfügen, beizustehen. Wir werden uns durch Drohungen keinen Knebel in den Mund legen lassen. Nicht an uns ist es der Hetzkampagne, wie sie es nennen, Einhalt zu tun, sondern an den Polen, den Verfolgungen Einhalt zu tun. Es wird keine Ruhe in Polen geben, weder jetzt noch später, solange nicht die Judenfrage in einer gerechten Weise gelöst werden wird. Die Polen sind gerade jetzt im Begriffe, so vieles Grundstürzendes in ihrem Lande vorzunehmen, so vieles zu ändern und neu aufzubauen, sie müssen auch in ihrer Judenpolitik lernen und auch sie auf neue Grundlagen aufbauen. Die bisherige polnische Judenpolitik war auf den Moschko zugeschnitten, d. h. auf den gebückten, gedrückten armen Juden, der nicht als Gleicher von Gleichen behandelt worden ist. Für die Polen war der Jude der Moschko in Liebe und in Hass, nun aber ist Moschko tot und begraben und an seiner Stelle steht der neue Jude gerade und aufrecht, der seine Menschenrechte fordert und als Gleicher unter Gleichen vor den Polen hintritt und das Recht zu leben verlangt wie sie. Er will nichts anderes, als was sie selbst für sich erstrebt und erkämpft haben, dass Recht, Mensch zu sein und Jude zu sein, und dieses Recht wird und muss siegen.

Die jüdische Protestbewegung.

Wir müssen es uns aus Raummangel versagen hier die Stimmen der jüdischen Presse über die Pogrome zu verzeichnen. Ebenso wenig kann die von hunderten und hunderten in allen Ländern der Welt abgehaltene Versammlungen gefassten Resolutionen auch nur auszugsweise wiederzugeben. Wir lassen nachstehend ein paar Resolutionen folgen, die für die jüdische Protestbewegung typisch sind.

DER PROTEST UND DIE FORDERUNGEN DER POLNISCHEN JUDENHEIT.

Vom 26. bis zum 30. Dezember tagte in Warschau eine Konferenz der Juden Polens, die einen provisorischen jüdischen Nationalrat ins Leben rief und ihn mit der Aufgabe betraute, einen Kongress der Juden Polens einzuberufen. Die Konferenz, an der sich 500 Delegierte der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Organisationen verschiedener Art beteiligten, erliess eine politische Deklaration, die sich auch mit den Pogromen befasste. In der Deklaration wird darauf hingewiesen, dass die von Polonisationstendenzen beherrschte Judenpolitik der polnischen Gesellschaft letzten Endes in eine Politik der Vernichtung ausarten und zu den Judenpogromen führen musste.

Gegen die öffentliche Meinung Polens wird der Vorwurf erhoben, dass sie sich den Verbrechen gegenüber schweigend verhielt oder die gemarterten Juden mit schamlosen Verleumdungen überhäufte. Sogar die Volksregierung, von der die Juden eine gerechte Stellungnahme erwartet hatten, habe sich der Verleumdungskampagne nicht widersetzt und selbst nach dem Lemberger Gemetzel der Judenhetze nicht Einhalt getan. In der Ezklärung heisst es dann weiter:

„Die erste jüdische Vorkonferenz in Polen erklärt feierlich: Indem sie sich gegen die täglich an den Juden verübten Gewalttaten, gegen die blutigen Pogrome und besonders gegen das Lemberger Massaker, sowie gegen das zum Zwecke der Rechtfertigung des Lemberger Verbrechens eingeführte Geiselsystem vor der ganzen Welt Protest einlegt, stellt die Vorkonferenz fest: Die Judenfrage kann im polnischen Staate nur durch die Anerkennung der Juden als nationale Minorität gelöst werden unter Gewährleistung des entsprechenden Rechtes, ihr Leben in Polen auf autonomer Grundlage aufzubauen. Den Juden Polens als einem Teil des von den Westmächten und der Welt demokratie bereits anerkannten jüdischen Volkes steht das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu. Auf dem Stannpunkte der Unabhängigkeit des polnischen Staates verharrend und entschlossen, an seinem Aufbau mitzuwirken, drückt die

Vorkonferenz ihre feste Überzeugung aus, dass nur den Weg des Rechtes und der Gerechtigkeit einschlagend, der polnische Staat seine Pflichten der jüdischen Nationalität gegenüber erfüllen kann.“

DER PROTEST DER STOCKHOLMER JUDEN.

Eine vom Büro des jüdischen sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion einberufene zahlreich besuchte Versammlung, die am 23. November im grossen Saale der Läkareällskapet stattfand, brachte nach den Ansprachen von L. Chasanowitsch, B. Locker, Dr. Finkelstein, Bürgermeister Carl Lindhagen, Anna Lindhagen, M. Trotzki und E. Klein ihre Empörung über die Judenverfolgungen in Galizien in folgender einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck.

„Angesichts der gesamten zivilisierten Welt erhebt die heutige Versammlung den flammendsten Protest gegen die epidemienartigen Judenpogrome und Judenmetzeleien in Polen, namentlich Westgalizien, die den Charakter eines Vernichtungskrieges gegen die jüdische Bevölkerung angenommen haben. Die Versammlung konstatiert mit tiefster Entrüstung den Anteil grosser Teile der polnischen Gesellschaft an diesen Schandtaten. Die Versammlung konstatiert ferner, dass der gegenwärtige Pogromsturm im ursächlichen Zusammenhange mit der Stellung der führenden polnischen Kreise zur Judenfrage steht. Die führenden Kreise haben dem polnischen Chauvinismus direkt und indirekt systematisch Vorschub geleistet. Sie haben das Gehirn der polnischen Massen damit vergiftet, dass sie den Willen des jüdischen Volkes zur nationalen Existenz systematisch als Verrat gegen das Polentum denunzierten und sie dadurch gewöhnten in den Juden Landesfeinde zu sehen. Die polnische Intelligenz hat im gegenwärtigen Momente den Judenmetzeleien nicht nur keinen gehörigen Widerstand entgegengestellt, sondern auch teilweise sie direkt angestiftet oder durch eine ostentative Passivität, die sie Neutralität nennt, ihre Billigung bekundet. Die Versammlung erklärt somit die führenden Kreise der polnischen Ge-

sellschaft für mitschuldig an den Plünderungen, Brandstiftungen und dem Massenmord, stellt sie an den Pranger der öffentlichen Meinung der Kulturwelt und fordert, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Versammlung erklärt, dass das jüdische Volk durch Raub und Mord sich nicht einschüchtern lassen wird und dass es unerschütterlich auf seinem Rechte auf nationale Eigenexistenz beharrt. Das jüdische Volk wird sich aber auch durch keine Enttäuschungen von seiner Stellung zum polnischen Volk beirren lassen. Es tritt nach wie vor für die Freiheit, Selbständigkeit und Vereinigung Polens ein in der zuversichtlichen Hoffnung, dass in einer Atmosphäre von Freiheit und normaler Entwicklung das polnische Volk zur Besinnung erwachen und mit Empörung alle diejenigen von sich abschütteln wird, die seinen Namen mit Schmach und Schande bedecken. Damit Polen nicht zum Massengrabe des jüdischen Volkes wird, muss der Friedensvertrag die politischen und nationalen Rechte der Juden ebenso wie die der anderen nationalen Minderheiten in Polen sicherstellen und muss der kommende Völkerbund über die strikteste Durchführung seiner Bestimmungen permanent wachen. Angesichts der ungeheuren Gefahr, in der Millionen unseres Volkes in den polnischen Gebieten im gegenwärtigen Momente schweben, fordert die Versammlung von den Völkern und den Regierungen sofortige wirksame Massnahmen, damit dem Plündern und Massenmorden ehestens ein Ende bereitet wird.“

DER PROTEST DER KOPENHAGENER JUDEN.

Eine am 17. November von über Tausend Personen besuchte Versammlung Kopenhagener Juden fasste nach den Ansprachen von Professor D. Simonsen, Professor Ellinger, Wladimir Grossmann, Leo Motzkin und M. Erteschik folgende Resolution:

„Wir am 27. November 1918 im Hotel Phönix in Kopenhagen versammelten Juden haben mit Schmerz, Zorn und Entsetzen die Berichte über die Greueltaten vernommen, welche in Hunderten Ortschaften Westgaliziens und Polens gegen unsere

Brüder verübt worden sind. Wir drücken unsere tiefste Entrüstung darüber aus, dass die gegenwärtige polnische Regierung die Exzesse im Keim nicht erstickt hat. Wir verlangen von ihr, dass sie mit allen Mitteln die Ausschreitungen sofort inhibiere, dass sie sodann die Schuldigen, sowohl die Exzedenten als die kompromittierten Behörden, unverzüglich bestrafe und die materiellen Schäden der heimgesuchten Juden ersetze.

Wir verlangen sodann von der polnischen Demokratie, dass sie dem jüdischen Volke die volle bürgerliche, religiöse und nationale Gleichberechtigung gewährleiste (und selbst den Kampf gegen die verbrecherische Pogrompropaganda aufnehme).

Wir wenden uns an die gesamte gesittete Welt mit der Aufforderung, die schändlichen Ereignisse in aller Schärfe zu brandmarken und richten an die Machtfaktoren, welche über die Ausgestaltung Polens zu entscheiden haben werden, das Ersuchen, durch eine entsprechende Intervention den Metzeleien, dem Raub und den Misshandlungen ein Ende zu bereiten, die Wiederholung solcher Exzesse unmöglich zu machen und die jüdische Bevölkerung Galiziens und Polens von der unheimlichen Panik zu befreien. Möge das polnische Volk dessen eingedenk sein, dass es seine Unabhängigkeit erst vom Tribunal der Demokratien aller Völker erlangen muss und dass das Streben nach Ausrottung der jüdischen Minderheit in schärfstem Gegensatz zu dieser Befreiungsidee steht“

EIN APPELL AMERIKANISCHER JUDEN AN DIE FRIEDENSKONFERENZ.

Von den unzähligen von Protestversammlungen, die in allen Teilen von den Vereinigten Staaten stattfanden, sei besonders das von 8 000 Personen besuchte Protest-Meeting erwähnt, das am 8. Dezember in New-York stattfand und auf dem der Philantrop Jakob Schiff, das frühere sozialistische Kongressmitglied Mejer London und der jüdische Dichter Schalom Asch als Hauptredner auftraten. Schiff erklärte, dass die polnische nationaldemokratische Partei mit Dmowski, den Organisator des Judenboykotts, an der Spitze in erster Linie für die Pogrome ver-

antwortlich sind und forderte, dass die Anerkennung der polnischen Selbständigkeit von der Gewährleistung der jüdischen Rechte abhängig gemacht werden soll.

EINE AKTION DER POALE ZION.

Der jüdische sozialistische Arbeiterverband Poale Zion wandte sich wiederholt an die sozialistischen Parteien und Arbeiter Organisationen der verschiedenen Länder und namentlich an die der Entente Länder und Amerikas mit dem dringenden Appell, ihren ganzen Einfluss aufzubieten, um ihre Regierungen zu einer sofortigen Intervention zwecks Rettung der jüdischen Bevölkerung (und anderer nationaler Minoritäten) aufzubieten. Eine Reihe sozialistischer Parteien haben entsprechende Schritte bei ihren Regierungen und der Internationale unternommen.

Eine in diesem Geiste gehaltene Resolution wurde durch die Vermittlung des Washington Staatsdepartements an die Friedenskonferenz gerichtet.

DAS ECHO DER POLNISCHEN POGROME IN DER GESITTETEN WELT.

Im gegenwärtigen Augenblick ist es noch unmöglich, ein erschöpfendes Bild über die Weise, wie die öffentliche Meinung und die Regierungen der verschiedenen Länder auf die polnischen Greuel reagiert haben, zu gewinnen. Aus den bisher vorliegenden Berichten geht jedenfalls klar hervor, dass die grosse Mehrheit der gesitteten Welt die polnischen Bestialitäten vorbehaltlos verurteilt, und dass andere in ihrem Urteil deshalb zurückhaltender sind, weil sie entweder unter dem Einflusse der polnischen Vertuschungskünste stehen oder weil die Nachrichten über die Pogrome ihnen unglaubwürdig oder tendenziös erscheinen, da sie es nicht zu fassen vermögen, dass ein Volk mit einer so grossen Vergangenheit wie das polnische so tief gesunken sein könnte, den Tag seiner Befreiung mit Blutorgien zu feiern.

Aus der Fülle des schon jetzt vorliegenden Materials registrieren wir die wichtigsten Kundgebungen der zivilisierten Welt.

Das Urteil der deutschen öffentlichen Meinung.

Deutsch-Österreich und Deutschland waren aus geographischen Gründen diejenigen Länder, die der zivilisierten Welt die Nachrichten über die polnischen Judenverfolgungen vermittelten. Polnischerseits suchte man aus diesem Umstand Kapital zu schlagen, indem man in der Hoffnung auf einen billigen Erfolg in den Ländern der Entente die Pogrommeldungen als deutsche

Intrige abzutun sich bemühte. Dem gegenüber verweisen wir auf die Stimmen von Blättern, denen niemand Gehässigkeit gegen Polen nachsagen kann.

Die den Polen äusserst gewogene Wiener „**Neue Freie Presse**“, die ausführliche Berichte über die Pogrome gebracht hat, schrieb am 28. November:

„Das polnische Volk wird die Mörder von Lemberg abstoßen. Es kann nicht sein, dass Männer, die Wehrlose misshandeln, Brandstiftungen verüben, Läden ausrauben und mit der Grausamkeit vergangener Jahrhunderte in einer Stadt und unter friedlichen Bewohnern wüten, als Angehörige betrachtet und nicht sofort gebrandmarkt werden, in einem Augenblicke, da Polen den ersten Beweis seiner Selbständigkeit vor ganz Europa zu erbringen hat und zum erstenmal wieder als Einheit hervortritt. Nicht rasch genug kann diese Erklärung erfolgen, denn der Eindruck ist schon jetzt so durchdringend und das Gefühl des Abscheus so lebhaft, dass nur der sofortige Ausdruck des Unwillems die Empfindungen zu lindern vermag, die durch die Ereignisse in Lemberg hervorgerufen wurden. Wir zweifeln nicht, dass diese Erklärung kommen wird. Das polnische Volk hat sicherlich nicht den Wunsch, dass die Entente, der es sich zugewendet hat, den Eindruck erhalte, als wäre die neue Regierung nicht imstande, Zügellose zu bändigen und Greueltaten abzuwehren. Das polnische Volk ist selbst solange unterdrückt gewesen, dass es sicherlich alles tun wird, damit die neue Freiheit nicht noch einmal mit blutrünstigen Meucheleien befleckt werde. Polen bedarf der Hilfe der Entente. Strittig ist die Abgrenzung bei Posen, strittig die Lage in Ostgalizien, wo statt der nationalen Selbstbestimmung die Gewalt herausgefordert wurde. Viele Milliarden beträgt der Schaden durch die Zerstörungen des Krieges. Dies alles sind Gegenstände der Friedenskonferenz. Jede einzelne dieser Streitfragen ist zu gleicher Zeit eine Gelegenheit, Sympathie oder Gehässigkeit zu bekunden, und nicht umsonst hat Präsident Wilson die Warnung geäussert, er werde nur jene Regierung anerkennen, die imstande ist, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und den Schrecken der Anarchie und die Hässlichkeiten der Revolte zu vermeiden. Die polnische Nation wird in ihrer weitaus grössten Mehrheit die Tage von Lemberg ebenso bedauern wie alle andern Menschen, die lebendig fühlen. Immer wieder ist die polnische Nation geschildert worden als Dulderin, welche für die Sünden der Menschheit leidet und leidend das Menschengeschlecht erlöst. Die Polen schwelgen förmlich in der Vorstellung ihrer Schmerzen, sie wo-

ben eine Glorie um ihr Märtyrertum und um das Vaterland, um die sechsmal durchbohrte unglückliche Mutter, die mit Ketten an den Händen und einer Krone auf der Stirne im Sarge liegt. Diese Vergangenheit kann nicht vergessen werden. Wer selbst gelitten hat, muss es beinahe körperlich fühlen, wenn Menschen, die nichts getan haben, die friedlich und schuldlos ihren Geschäften nachgegangen sind, in die Flammen gestossen und von Bajonetten durchbohrt werden. So tief kann das Menschentum noch nicht gesunken sein, dass solche Ausartungen nicht Züchtigung fänden und nicht eine Stimme sich erhebe, welche die Mordbrenner aus der Gemeinschaft der Zivilisierten weist und sie der Strafe entgegenführt, die sie verdienen. So erschläfft, so abgestumpft, kann die Welt noch nicht sein, dass sie plötzlich gleichgültig wäre gegen Vorgänge, die in Russland und Rumänien, in Armenien und Bulgarien allgemeinen Anteil erweckten.“

Solche Äusserungen können nicht die Eingebung einer gehässigen Gesinnung sein.

Die „Neue Freie Presse“ hat sich als falscher Prophet erwiesen. Wie die Polen die Mordbrenner abgeschüttelt haben, haben wir ja gesehen.

Umso überzeugender ist aber das Zeugnis des grossen Wiener Blattes.

Das „Berliner Tageblatt“ pflegte immer dem polenfeindlichen Kurs der früheren deutschen Regierung entschieden entgegen zu treten. Dass dieses Blatt fähig wäre, sich zu einer reaktionären Intrige gegen das neue Polen herzugeben, wird kein Zurechnungsfähiger glauben

Unter der Überschrift „Der Hilferuf an die Entente“ schreibt das „**Berliner Tageblatt**“ vom 28. November:

„Die ganze gesittete Welt hat den Tag des Waffenstillstandes mit tiefer Freude als das Ende des Völkermordes begrüsst, aber es scheint, dass unser Aufatmen voreilig war. Das Morden hat seine Fortsetzung in einer wilden ruchlosen Niedermetzelung der Juden gefunden, in Pogromen von nie dagewesener Grausamkeit, die an allen Ecken und Enden des neuen grosspolnischen Reiches von den Polen veranstaltet werden. In Lemberg, in Warschau, in Przemysl, in Kielce, in Hunderten von Städten und Dörfern werden Läden und Wohnungen geplündert, Häuser, ja ganze Ghettos angezündet, Tausende von Juden je-

den Alters und Geschlechts sind bereits erschossen, erstochen, erschlagen worden und ein ähnliches Schicksal droht noch vielen ihrer Stammesgenossen, die das Unglück haben, in Polen und Galizien zu leben . . .

Nun zeigen die Meldungen, die über die jüngsten Judenmetzeleien in Lemberg am Mittwoch bekannt wurden, ein derartiges Mass an Grausamkeit, dass es höchste Zeit ist, dass die ganze zivilisierte Welt alarmiert werde und einschreite. Es handelt sich hier nicht mehr um Interessen Deutschlands oder der Entente, sondern um Menschheitsinteressen . . .

Aber wie übrigens alle Ostjudenfragen, ist auch die der Pogrome in Polen und Galizien eine Nationalitätenfrage: es ist der Versuch, eine starke nationale Minderheit, die ihre Rechte als Minderheit geltend machen möchte, gewaltsam zu unterdrücken.

Nach den Statistiken vor dem Weltkrieg zählte Kongress-Polen etwa 8 100 000 Polen gegen 2 000 000 Juden, und Galizien 3 750 000 Polen gegen 900 000 Juden (ferner 3 400 000 Ruthenen). Diese jüdischen Massen wollen freie, gleichberechtigte Bürger in Polen sein und ihre politischen Rechte und kulturellen Eigenarten gegen die Vergewaltigungstendenzen der polnischen Mehrheit wahren. Dass die Masse der Juden, sowohl in Polen wie in Galizien, national empfindet und demgemäss neue Führer wählte, die den Kampf um nationale und kulturelle Rechte aufnehmen sollten, ist, wie man auch darüber denke, eine Tatsache; und diese Tatsache allein genügt, um denjenigen Männern in Europa und Amerika ihre Haltung vorzuschreiben, die für den Schutz nationaler Minderheiten eintreten. Es handelt sich nicht um eine konfessionelle Frage, auch nicht um Zionismus, es handelt sich um jenen Grundsatz, den sowohl die Entente, als auch die Zentralmächte als ihren eigenen verkündeten und der einen Punkt des Wilson'schen Programms darstellt: Schutz den unterdrückten Minderheiten!

Der Gedanke des Nationalstaates ist aber bei allen Gebildeten der polnischen Gesellschaft — von dem feudalen Hochadel bis zu den Bauern und auch bis in gewisse Teile der sozialistischen Parteien hinein — mit der Verstellung der Auflösung der Judenheit Polens verbunden. Und es muss festgestellt werden, dass die deutsche Verwaltung in Polen — wohl um den Polen angenehm zu sein — diese Bestrebungen hat gewähren lassen. Das neue Deutschland kann hierfür nicht verantwortlich gemacht werden. Es hat aber die Pflicht, sich erstens für den Schutz der blutig unterjochten Minoritäten in Polen und Galizien, zweitens für die Erlangung ihrer Rechte einzusetzen.

Die ehemaligen zaristischen Pogrome waren eigentlich nur das reaktionäre Machwerk der „Schwarzen Hundert“, die die Erbitterung der Massen nach dem russisch-japanischen Krieg und nach der Auflösung der zweiten Duma auf die Juden ablenken wollten. Aber alle Berichte stimmen darüber ein, dass die jetzigen polnischen Schandtaten an Bestialität die zaristischen weit übertreffen.“

Holland.

In Holland riefen die polnischen Judenpogrome allgemeine Entrüstung hervor. Die sehr objektiv gehaltene Presse dieses Landes widmete ihnen ausführliche Berichte. Sie veröffentlichte auch die polnischen Dementis, die aber von niemandem ernst genommen und von den grossen Zeitungen zurückgewiesen wurden.

In einer Reihe von Versammlungen verliehen angesehene Persönlichkeiten ihrer Empörung scharfen Ausdruck.

So erklärte der frühere Minister Treub auf einer von 3 000 Personen besuchten Protestversammlung im Haag, die polnischen Handlungen seien niederträchtig und feig. Die polnischen Dementis und Beschwichtigungsversuche seien lügnerisch, Polen sei unreif für die Freiheit. Ein freies Polen dürfe nur entstehen, wenn die jüdische Freiheit verbürgt ist. Ganz Holland schliesse sich dem Proteste an. Die Entente werde die polnischen Gewalttaten nicht dulden und die polnische Regierung stürzen, wenn sie mitschuldig ist. Denn sonst hätte die Entente den Sieg nicht verdient. Ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Weltgeschichte sei sehr gross. Wenn sich die polnischen Greuelthaten wiederholten, dann würde die neue Weltordnung bei ihrem Beginn besudelt werden. Die Pogrome bedrohen das jüdische Volk, aber noch mehr die Gesittung. Wenn die Pogrome ungestraft bleiben, schloss der Redner, dann würde ich vorziehen, ein jüdisches Opfer zu sein, als mich als Christ schämen zu müssen.

Die holländische Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei richtete an das auswärtige Amt ein Schreiben, indem es einen Protest der holländischen Regierung gegen die Pogrome in Polen und Galizien forderte.

Der Protest des holländischen Senats.

Die polnischen Pogrome waren Gegenstand lebhafter Verhandlungen in der holländischen Ersten Kammer.

Am 5. Dezember richtete der sozialistische Senator van Kol folgende Interpellation an den Minister des Äussern :

„Ist der Minister bereit, die nötigen Schritte zu tun für die Einsetzung einer aus Vertretern der neutralen Länder bestehenden Kommission, die eine unparteiische Untersuchung über die jüngst stattgehabten Pogrome in Galizien vornehmen soll? Die mit diesem Ausdruck gemeinten Länder sind Skandinavien, die Niederlande und vielleicht auch die Schweiz. Besteht die Gelegenheit (die Gelegenheit ist natürlich da) und wenn ja, ist die Regierung bereit, mitzuwirken, dass diese Pogrome auf der bevorstehenden Friedenskonferenz zur Sprache gebracht werden?“

Zur Begründung seiner Interpellation führte van Kol unter anderem aus :

„Wir alle hofften, dass ein Ende gekommen sei zu den fürchterlichen Leiden, die wie ein Alp jahrelang auf uns gedrückt haben, als wir unglücklicherweise die ohnmächtigen Zuschauer neuer entsetzlicher Geschehnisse sein mussten. Ich will mich hierbei auf Galizien und auf die antisemitischen Pogrome beschränken, die dort stattgefunden haben. Um ein gerechtes Urteil zu fällen, ist es notwendig, kurz die Ursachen der antisemitischen Politik in Polen klarzulegen. In diesem Augenblick kämpft man in Galizien und in Polen. Auf der einen Seite steht die Regierung der Ukrainer und auf der anderen die der Polen. Der Zustand der Bevölkerung Galiziens ist so, dass

die Polen ohne die Juden eine Minorität der Bevölkerung bilden. Die Polen wollen daher die Juden assimilieren und zu Polen machen, was diese aber (und meines Erachtens mit Recht) ablehnen. Die Polen fordern die Anerkennung ihrer nationalen Rechte in Ostpreussen und in der Ukraina, aber sobald diese selbe Forderung von den Juden gestellt wird, die einen grossen Teil der Bevölkerung in Polen bilden, verweigern sie die Anerkennung dieses Prinzips. Der Nationalrat in der Ukraina nimmt einen Standpunkt ein, der eher in Übereinstimmung mit dem Geist der gegenwärtigen Zeit ist, er erkennt die jüdische Nationalität an, er nimmt jüdische Vertreter in die Regierung auf. Obgleich die Juden von einer Seite, von der Seite der Polen, in diesen Jahren nur Peinigung, Unterdrückung und Erniedrigung erdulden mussten, dagegen aber von Seiten der Ukrainer ihnen die Zukunft besser scheint, haben sie, die Gefahren wohl kennend, die Neutralität sorgfältig beobachtet, indem sie sich weder den Ukrainern noch den Polen angeschlossen haben. Alle jüdischen Parteien haben gezeigt, dass sie Anhänger sind eines freien und unabhängigen Polens, aber mit vollem Rechte fordern sie auch Schutz. Das kann nur dann geschehen, wenn sie ihr Schicksal in eigene Hände nehmen. Als die Polen ihr Ziel nicht erreichen konnten, suchten sie andere Mittel zu ergreifen. Es gibt vielleicht kein Land der Welt, wo der Antisemitismus so ins Fleisch und Blut aller Schichten der Bevölkerung eingedrungen ist, zu unserer Schande muss ich sagen, auch in der sozialistischen Partei, wie dort. Eine regelrechte antisemitische Hetze wurde in Schule und Kirche, in der Presse, auf der Strasse und in den Fabriken geführt und das hat sich jetzt geäussert in den Pogromen, die neulich stattfanden und die sorgfältig vorbereitet worden waren mit der Unterstützung und der Mitwirkung der polnischen Behörden. Die Juden wurden beraubt, "ausgeplündert und getötet. Sobald die Polen die Macht in Galizien an sich gerissen hatten, wurde die zum Schutze der Juden notwendige jüdische Selbstwehr entwaffnet und dann konnten sie ihre Mordlust an den wehrlosen Opfern befriedigen."

Der Redner entwirft ein Bild vom Lemberger Pogrom nach den Schilderungen der Tagespresse und erwähnt, dass er aus

den polnischen Gebieten eine Menge von Telegrammen und Briefen erhalten habe, die die Nachrichten über die Judenpogrome bestätigen. Solche Briefe hätten auch Hunderte von Holländern von Familienangehörigen in Galizien und Polen erhalten. Der Redner widerlegt die polnischen Dementis und setzt fort:

„Die Polen feiern jetzt ihren Sieg nach jahrelangem Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit durch die Vernichtung von Leben und Gut von drei Millionen Juden, die im vereinigten Polen wohnen.“ Die Friedenskonferenz müsse eingreifen. Die Zukunft Polens ist noch keineswegs bestimmt und es ist selbst fraglich, ob die Polen sich als würdig erwiesen haben, frei und unabhängig zu sein. Die Prüfungszeit, welche sie durchmachen mussten, ist noch nicht zu Ende. Sie müssen vorerst zeigen, ob sie für die Freiheit reif sind. Redner verweist auf die Warnung der englischen Regierung und sagt bezüglich der verlangten Untersuchungskommission, dass eine solche Hunderten von Menschen das Leben retten könne. Es müsse klargemacht werden, dass man das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit verliere, wenn man ein neues Zeitalter der Geschichte mit Taten einleitet, die im Widerstreit sind mit den ersten Prinzipien der Menschlichkeit. Es sei die heilige Pflicht jedes Einzelnen und jedes Staates, wie klein er auch sein möge, sich zu bemühen, Greueltaten, die nicht zu schwarz geschildert werden können und die ein Schandfleck für die ganze Menschheit sind, ein Ende zu machen.

Der Aussenminister van Karnebeek führte in seiner Antwort aus, als Mensch stehe er ganz auf der Seite von van Kol, aber er glaube nicht, dass er in seiner offiziellen Eigenschaft die verlangten Schritte unternehmen dürfe. Holland unterhalte mit der polnischen Regierung weder offizielle noch faktische Beziehungen. Die Vorsicht gebiete Holland, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates nicht einzugreifen, doch sei es selbstverständlich, dass er auch als Minister den Pogromen in Galizien nicht gleichgültig gegenüberstehe. Ob die Pogrome auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz kommen werden,

wisse er nicht, er wisse nicht einmal, ob Holland zur Konferenz eingeladen werden wird.

Van Kol erklärte, dass ihn die Antwort des Ministers nicht zufriedenstelle. Der Umstand, dass keine offiziellen Beziehungen zwischen Holland und Polen bestehen, dürfe Holland von einem Eingreifen nicht zurückhalten. Dürfe es zweierlei Moral geben? Dürfen andere Gesetze von Ehre und Sittlichkeit für den Staatsmann gelten? Der Minister spreche von Vorsicht. In einem anderen Fall, wo es weniger angebracht war, hat er mehr Mut gezeigt. Er duldet in unserem Lande eine gewisse Person, die von vielen Tausenden als einer der grössten Verbrecher der Welt betrachtet wird, was viele als eine für Holland sehr gefährliche Handlung betrachten, und da handelt es sich bloss um eine Person, während wir hier ohne befürchten zu müssen, uns mit irgend einer Macht in Gegensatz zu bringen, davor zurückscheuen, durch unser Eingreifen vielen Menschen das Leben zu retten. Ich bedauere, dass unser Minister nicht mehr moralischen Mut besitzt und untätig den Greueln zusehen will. Es bleibt ein trauriges Zeugnis der Zeit, dass wir heute von einem Minister eines unabhängigen Staates hören müssen, dass er selbst in diesem Augenblick, im 20. Jahrhundert, nicht einmal den Mut hat, ein kräftiges Wort zu sprechen, eine edle Tat im Dienste des Rechtes und der Menschlichkeit zu verrichten.

Senator van Embden ergriff nach van Kol das Wort und führte aus: „Es ist mir peinlich, dass man hier gegen so unmenschliche Greuelthaten eine so kühle, reservierte und gleichgültige Haltung einnimmt, dass man offenbar hier nicht begreift, dass im Augenblicke die Menschheit danach strebt, eine neue glücklichere Periode mit mehr moralischem Zusammenhang der Staaten zu beginnen. Begreift man das Wesen unserer Zeit so wenig, dass man nicht begreift, dass auch unser Land sich zur glücklicheren Zeit den Weg ebnen kann, wenn es seine Pflichten gegenüber anderen Völkern fühlt und erfüllt. Ist denn die Forderung des Herrn van Kol wirklich so unbescheiden und so unvorsichtig, dass sie hier nicht geäussert werden darf? Greuel welche die Menschheit und ihre Moral beleidigen, sind niemals, und heute sicherlich nicht, die inneren Angelegenheiten der be-

treffenden Staaten. Wenn die polnische Regierung dekretieren würde, dass diese Greueltaten eine innere Angelegenheit Polens sind, dann würde ich verlangen, dass in diesem Falle Holland ein „eigenes Interesse“ betonen und erklärt werden sollte: Wir hatten bisher keine Beziehungen mit den polnischen Behörden, wohlan, wenn Pogrome jene Sachen sind, die nur Polen allein angehen, dann ist es eine interne Angelegenheit Hollands und eine Sache unserer Würde, wenn unser Ersuchen um Untersuchung und Bestrafung abgewiesen werden, mit einem derartigen Staate, der demnach nicht zu den zivilisierten Staaten gerechnet werden darf, keine Beziehungen zu suchen und herzustellen.“

Sénator Henri Polak führte aus: Es gibt im Osten unseres Welttheiles noch ein Volk, ein Christenvolk, das ebensoviel, wenn nicht mehr, von Verfolgungssucht wie die Juden in Osteuropa zu leiden hatten. Ich meine das armenische Volk, das man verfolgen und ausrotten liess auf eine Weise, für die man keine Worte hat. Niemand hat diesen Schandtaten durch kräftiges Eingreifen ein Ende bereitet. Man liess sich immer durch die verwünschte Erwägung der sogenannten hohen Politik zurückhalten und nun sehen wir dasselbe bezüglich der Juden in Galizien. Wenn man nicht stark und mächtig genug ist, die Faust für das Recht zu erheben, so geziemt es sich, dass man zumindest seine Stimme gegen das Unrecht erhebt. Ich wäre schon völlig zufrieden gewesen, wenn der Minister gesagt hätte, ich bin ohnmächtig, etwas zu tun, nicht bloss als Mensch, sondern so wie ich als Minister hier im Saale stehe, schliesse mich aber dem Proteste des Herrn van Kol gegen die Schandtaten die gegen die Menschen meiner Rasse in Polen begangen worden, an.

Nach Herrn van Kol erklärten die Senatoren van Wichen und Colijn, dass sie wohl für eine Protestresolution gegen die Pogrome in Polen stimmen, aber eine Untersuchungskommission nicht für opportun halten.

Der Minister ergriff zum zweiten Male das Wort und verwahrte sich gegen die Behauptung, dass er den Pogromen gleichgültig und feige gegenüber stehe. Er habe sich in dieser Hin-

sicht vielleicht nicht deutlicher ausdrücken können. Wenn er gesagt habe, dass er gute Gründe habe anzunehmen, dass andere Mächte sich für die Sache interessieren, so steht das in Verbindung mit einer Korrespondenz, die er geführt habe und werden die Herren van Kol, Polak und die anderen Gelegenheit finden, sich zu überzeugen, dass er nicht ganz untätig geblieben sei. Hätte es sich bloss um einen Protest gehandelt, dann wäre er nicht so vorsichtig. In normaleren Zeiten hätte er als Minister des Äussern eher die Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen, aber der gegenwärtige Moment gebiete grosse Vorsicht.

Zum Schlusse brachten van Kol, Pollak und van Embden folgenden Antrag ein:

„Die Erste Kamer der Staaten Generaal spricht ihren Abscheu gegen die Unmenschlichkeiten, die an den jüdischen Einwohnern in Galizien begangen worden sind, aus und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass unsere Regierung sich vergewissern wird, ob die Untersuchung durch eine neutrale Kommission von den betreffenden Regierungen gewünscht und angenommen wird und wenn ja, dass die Regierung dann Schritte unternehmen wird, um diese Untersuchung zustande zu bringen.“

Über diesen Antrag wurde am 19. Dezember verhandelt. Nach einer neuen Debatte wurde der erste Teil des Antrages mit 24 gegen 9 Stimmen angenommen und der zweite Teil mit 29 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung des zweiten Teiles wurde mit der schwierigen politischen Lage, in der sich Holland befindet, begründet. Die Gegner des ersten Teiles des Antrages erklärten ihre Haltung damit, dass es nicht die Aufgabe der holländischen Kammer sei, sich in die Angelegenheiten anderer Länder zu mischen.

Es ist höchst bemerkenswert, dass sich im Senat keine einzige Stimme zur Verteidigung der Polen erhoben und dass sich niemand zur Widerlegung van Kols und seiner Freunde auf die polnischen Dementis berufen hat

(Abgefasst auf Grund des offiziellen stenographischen Verhandlungsprotokolls.)

Ein Antrag auf Ausschuss der polnischen Sozialisten aus der Internationale.

In einer Protestversammlung in Haag verteilte der Senator van Kol, das Mitglied des Internationalen sozialistischen Büros, aufs schärfste die Haltung der polnischen Sozialisten, die durch ihren unverhüllten Antisemitismus die Pogrome gefördert hätten, und erklärte, dass er auf der bevorstehenden internationalen sozialistischen Konferenz den Ausschluss der polnischen Sozialdemokratie aus der Internationale fordern werde.

Schweden.

Die Aktion der schwedischen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei Schwedens, die seinerzeit eine Protesterklärung gegen die jüdenfeindlichen Exzesse nach dem Brest-Litowsker Frieden erlassen hatte, unternahm wiederholt Schritte gegen die Pogrome in der letzten Zeit.

An den polnischen Sozialistenführer Ignatz Daszynski richtete die Parteileitung folgenden Appell:

„Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, dass in den letzten Wochen eine grosse Anzahl von Judenpogromen in Westgalizien stattgefunden hat. Wir sind überzeugt, dass Sie Ihren grossen Einfluss aufbieten werden, um weitere Exzesse zu verhindern, umsomehr als solche unmenschliche Handlungen das Ansehen des polnischen Volkes als Kulturvolk ernst bedrohen. Es muss in Ihrem sowie im Interesse der von uns mit Jubel begrüssteten Freiheit Polens liegen, die Rechte der nationalen Minderheiten in dem polnischen Gebiete zu schützen.

Mit sozialistischem Gruss
in Vertretung der Parteileitung
(gez.) *Branting. Möller.*“

Die Antwort Daszynskis, dass die Pogrome das Werk der Feinde Polens sei und sich gegen den das polnische Volk be-

drückenden Wucher richte, konnte die schwedische Sozialdemokratie, die für die Wahrheit und die Logik des Antisemitismus kein Verständnis hat, natürlich nicht befriedigen. Nachdem sich der Appell an das Gewissen der von der Daszynski-Richtung repräsentierten Mehrheit der polnischen Sozialisten als vergeblich erwiesen hatte, wandte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an den Ministern des Äussern mit der Aufforderung diplomatische Schritte zur Einstellung der Pogrome zu unternehmen.

Nach Bekanntwerden des Lemberger Pogroms richtete der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Schwedens an die sozialistische Partei in Frankreich folgenden telegraphischen Appell:

„Sie kennen ohne Zweifel die infamen Pogrome, die in Galizien den Namen des freien Polens entehrt haben. Im Namen des internationalen Sozialismus appellieren wir an die französischen Genossen, ihren ganzen Einfluss auf die öffentliche französische Meinung, die seit jeher auf der Wacht der unterdrückten Völker steht, und Ihre Regierung aufzubieten, um eine Wiederholung der empörenden Massaker zu verhindern. In der gegenwärtigen Weltlage sind die Alliierten die Einzigen, die die Möglichkeit und daher auch die Pflicht haben, die nationalen Minoritäten gegen Verfolgungen, die eine Schmach der Menschheit sind, aktiv zu beschützen.

Branting. Möller.“

Im gleichen Sinne telegraphierte die schwedische Sozialdemokratie auch an die Arbeiterpartei in England.

Der Protest des Stockholmer Friedenskomitees 1916.

Im Namen des Stockholmer Friedenskomitees 1916, dem hervorragende schwedische Persönlichkeiten angehören, richtete Bürgermeister Carl Lindhagen folgenden telegraphischen Protest an den polnischen Ministerrat in Warschau (durch Vermittlung

des Reichskanzlers Ebert) und an die polnische Liquidationskommission in Krakau:

„Mit Schmerz lesen wir die Nachrichten über die traurigen Vorgänge in Lemberg und in anderen Teilen von Polen und Galizien. Für die Freiheit Polens traten die Schweden stets mit Enthusiasmus ein; das Friedenskomitee 1916 hielt vor einiger Zeit in Stockholm eine grosse schwedische Versammlung ab, die sich für ein freies und ungeteiltes Polen aussprach. Das Komitee, das ein aufrichtiger Freund Polens ist, bittet Sie im Interesse der Menschheit und ihrer eigenen Freiheit mit allen Kräften den Mord, die Plünderungen und andere Handlungen der Gewalt gegen die Minoritäten zu bekämpfen. Der junge polnische Staat darf durch solche Handlungen nicht befleckt werden.

Bürgermeister *Carl Lindhagen*.“

Der Protest des schwedischen Erzbischofs.

Das Oberhaupt der schwedischen Staatskirche, Erzbischof Nathan Söderblom in Uppsala, der als Religionshistoriker und früherer Professor der Leipziger Universität Weltruf genießt, schrieb an den Poale Zion Verband folgendes:

„Geehrte Herren!

Leider verhindert, Ihrer Versammlung beizuwohnen, will ich hiermit meine wärmste Sympathie für den Zweck der Versammlung aussprechen. Die Judenverfolgungen waren schon lange genug eine furchtbare Schande für die Menschheit und Christenheit. Dass sie jetzt mit neuer Kraft wieder aufgenommen werden, zeugt von verbrecherischer Verstocktheit, die nichts gelernt hat.“

Ein Protest religiöser Kreise.

Am 5. Dezember wurde unter dem Vorsitz von Prinz Bernadotte, dem Bruder des schwedischen Königs, eine stark besuchte Protestversammlung religiöser und konservativer Kreise Stockholms abgehalten. Es sprachen die Geistlichen Melander, Gordon und Steinberg.

Prinz Bernadotte schloss die Versammlung mit einer kurzen

Zusammenfassung der Vorträge der drei Redner und sagte: „Wir erklären, dass wir das Geschehene verabscheuen und für dieses Volk Mitgefühl empfinden.“ (Stockholmer Tagespresse vom 7. Dezember.)

Eine Note der schwedischen Regierung.

Der schwedische Aussenminister Hellner richtete eine Note an die Gesandten der Entente-Mächte und Amerikas in Stockholm, in der er im Namen der schwedischen Regierung unmittelbare wirksame Massnahmen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung in Galizien und Polen verlangte. Der Note wurde ein Memorandum der jüdischen Gemeinde in Stockholm über die Judenpogrome in Polen beigefügt. Die Gesandten übermittelten die Note an ihre Regierungen. Der amerikanische Vertreter sandte auf telegraphischem Wege eine Abschrift der Note und des Memorandums an den Oberst House in Paris.

Norwegen.

Der Protest der führenden norwegischen Persönlichkeiten aller Parteirichtungen. — Eine Anfrage in Storting. — Die Antwort des Aussenministers. — Ein Appell der sozialdemokratischen Partei an die Internationale.

Die Herren Axel Grün und Gittelsen richteten durch die Vermittlung des norwegischen Aussenministeriums einen telegraphischen Appell an die englische und französische Regierung und baten im Namen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, den entsetzlichen Judenmetzeleien in Polen und Galizien so schnell als möglich ein Ende zu machen.

Der Appell war mitunterzeichnet von massgebenden Persönlichkeiten aller norwegischen politischen Parteien, u. a. trug er folgende Unterschriften: Mowinckel, Stortingspräsident, Casberg, Vorsitzender des Odeltings (Gesetzausschuss des Parlamentes), Carl Jeppesen, Vorsitzender der Stadtverwaltung von Christiania, Buen, Vorsitzender der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, Bürgermeister Arcatandor, Haakon Löken, Vize-

vorsitzender der norwegischen Friedensvereinigung, und Bischof Tandberg.

*

In der Thronrededebatte des norwegischen Stortings wurden am 15. Dezember auch die Judenpogrome berührt.

Herr Casberg, der Vorsitzende des Odeltings, sagte in seiner Rede:

„Ich will noch eine Sache erwähnen. In gegenwärtiger Zeit werden abscheuliche Verbrechen an der Menschheit und dem allgemeinen Rechtsgefühl durch die furchtbaren Judenverfolgungen verübt, die in den verschiedenen Gebieten Europas vorkommen. Unter anderem vernehmen wir die grauenerregendsten Schilderungen der Pogrome in Galizien und Polen. Es ist bekannt, dass man sich an die Regierungen in Skandinavien — jedenfalls an die Regierung Dänemarks und Schwedens, ich glaube auch an die Norwegens — mit der Bitte gewandt hat, einen Appell namentlich an die Regierung Frankreichs und Englands zu richten, dass sie ihre Macht und ihren Einfluss für die Einstellung oder Verhinderung dieser Ausschreitungen aufbieten sollen. Mir ist auch bekannt, dass in den letzten Tagen ein Protest der Organisation der Juden hier im Lande mit der Zustimmung hervorragender Männer dieses Hauses, und ausserhalb dieses Hauses an die erwähnten Regierungen gerichtet wurde, damit sie einschreiten, und diese gegen die elementarsten Prinzipien der Humanität verstossende Grausamkeiten und Verbrechen verhindern. Ich weiss gleichfalls, dass das Aussenministerium sich wohlwollend zu diesem Appell gestellt hat, aber ich möchte den Aussenminister fragen, ob er es nicht für möglich hält, dass unsere Regierung als die Regierung eines kleinen neutralen Staates, einen bescheidenen, aber dringenden Appell an die tonangebenden und massgebenden Mächte, namentlich an England, Amerika und Frankreich, zu richten, dass sie dafür sorgen sollen, dass diese Grausamkeiten und Abscheulichkeiten nicht fortgesetzt oder wiederholt werden. Ich glaube, es wäre die Aufgabe eines kleinen Landes wie das unsrige das zu tun.“

Der Aussenminister Ihlen erwiderte:

„... So erwähnte Herr Casberg auch die Judenverfolgungen in Galizien. Ja, es ist so, wir haben tatsächlich einen Appell vom jüdischen Komitee, das in dieser Angelegenheit arbeitet, mit der Bitte erhalten, ihm bei Zustandebringen des Appells an die englische und französische Regierung beizustehen. Ich kann mitteilen, dass das bereits geschehen ist. Inwiefern seitens der drei nordischen Regierungen in der Sache noch mehr geschehen kann, ist etwas, was noch nicht abgeschlossen ist.“

(Übersetzt aus dem offiziellen stenographischen Protokoll.)

*

Die sozialdemokratische Partei Norwegens

richtete ein Schreiben an Camille Huysmans, den Sekretär des internationalen sozialistischen Büros, in dem sie die Internationale zu einer Aktion gegen die Judenpogrome auffordert.

Dänemark.

Der Protest der sozialdemokratischen Parlaments-Fraktion.

Die dänische sozialdemokratische Parlamentsfraktion richtete im telegraphischen Wege folgenden Protest an den polnischen Arbeiterführer Diamand in Lemberg:

„Die dänische sozialdemokratische Reichstagsfraktion bringt ihr tiefempfundenes Bedauern und ihre stärkste Entrüstung zum Ausdruck wegen der Judenpogrome, die in Polen und Galizien stattgefunden haben, und richtet eine dringende Aufforderung an die polnische Sozialdemokratie, ihre ganze Autorität einzusetzen, unter anderem der polnischen Regierung gegenüber, um diesen Handlungen ein Ende zu machen, die nicht nur allem menschlichen Gefühl sondern auch den Prinzipien widerstreiten, worauf die menschliche Gesellschaft der Zukunft aufgebaut werden soll.“

Obiger Protest wurde einige Tage später, nach Bekanntwerden der Verhaftung der zionistischen Führer in Lemberg, an Ignatz Daszynski in Krakau mit folgendem Zusatz gesendet:

„Ferner bedauern wir, dass vier Vertreter des jüdischen Nationalrats in Lemberg als Geiseln verhaftet und nach Przemysl überführt sind, Wir fordern dringend zur Intervention auf.“

Schweiz.

Eine Reihe angesehener Persönlichkeiten der Schweiz ersuchten den Unterstaatssekretär im deutschen Justizministerium nachstehendes Telegramm Daszynski zu übermitteln:

„*Ignatz Daszynski*, Ministerpräsident,
Warschau.

Nach hier eingegangenen Mitteilungen fanden in Galizien Judenpogrome statt. Wir hoffen, dass Sie alles aufbieten werden, damit im freien Polen sich keine Greuel des Zarismus wiederholen.

Zürich den 18. November 1918.

Greulich, Nationalrat, Dr. *Farbstein*, Kantonsrat, Dr. *Balziger*, Oberrichter, Dr. *Studer*, Nationalrat, Pfarrer *Reichen*, Kantonsrat, Dr. *Kloetter*, Stadtrat, *Traber*, Präsident der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, Redakteur *Nobl*, Präsident der Arbeiterunion Zürich, *Paul Pflüger*, Stadtrat.“

Der Appell wurde an den Oberführer Korfanty, Posen, mit der Bitte um Weiterbeförderung geschickt. Hierauf erhielt Dr. Cohn zur Antwort, dass die Pogromnachrichten unwahr seien. In einer Protestversammlung in Berlin, nannte Dr. Cohn diese Antwort „das freche Bestreiten des Lügners“.

In einer am 11. Dezember stattgehabten Protestversammlung in Zürich sagte Pfarrer Ryser, Präsident der schweizerischen Kirchensynode:

„Diese Greuel sind etwas, was die ganze Menschheit angeht, das gesamte Christentum und ich glaube mich berechtigt, namens aller Schweizer und namens der reformierten Kirche unser tiefstes Entsetzen darüber auszusprechen, dass Christen so tief

gesunken sind, friedliche und wehrlose Mitbürger hinzuschlachten, unschuldige Frauen und Kinder zu opfern. Es gibt Christen, die meinen, sie müssten den Juden grollen, weil vor Jahrtausenden einige ihrer Führer dem Kreuzestode unseres Heilands zustimmten. Sie vergessen aber, dass wir alle Ursache haben, diesem Volke dankbar zu sein, das uns den Erlöser geschenkt hat."

Professor Dr. Hadorn, Pfarrer am Münster, erklärte, dass durch die polnischen Missetaten das ganze Christentum getroffen und blossgestellt sei.

Ein Protest des internationalen sozialistischen Büros.

Der Sekretär des internationalen sozialistischen Büros Camille Huysmans wandte sich auf telegraphischem Wege an die polnische sozialistische Partei mit dem dringenden Rufe, sich den Exzessen des Antisemitismus mit aller Kraft zu widersetzen.

England.

Die Warnung des Aussenministeriums. — Das Urteil der „Times“. — Proteste der Arbeiterführer.

Welchen Eindruck die polnischen Pogrome auf die öffentliche Meinung und die Regierungskreise Englands gemacht hat, zeigt folgende am 15. November veröffentlichte Warnung des britischen Aussenministeriums:

„Berichte über antisemitische Pogrome erreichten die Regierung Seiner Majestät. Sollten sich diese Berichte als zutreffend erweisen, so könnte die britische Regierung nur die ernsthafteste Stellung zu solchen Zwischenfällen nehmen. Solche Zwischenfälle sind eine Ermutigung für die Elemente der Unordnung und der Gewalt, die bereits das Leben jeder Bevölkerung zwischen dem Rhein und der Wolga bedrohen. Der eben erreichte Freiheitssieg würde von geringer Bedeutung sein, falls die Welt die Herrschaft der eben vernichteten Gewalt in anderer Form wiedereingesetzt sehen müsste, die nicht weniger im Widerspruch

zu den Freiheitsprinzipen stehen. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten sind bereit, ihre gesamten Hilfsquellen dem Wiederaufbau der ökonomischen Grundlagen der Ordnung und des zivilisierten Lebens jener Länder zu leihen, aber nur jener Länder, die durch ihre Handlungen zeigen, dass sie Ordnung und Zivilisation wünschen. Wenn irgend ein Volk die Begierde zur Unordnung herrschen lässt, so werden die Demokratien des Westens unfähig sein, etwas für die Förderung seines Wiederaufbaus zu tun. Sie werden nur imstande sein in Geduld und in gezwungener Untätigkeit bezüglich der Wiederherstellung von Bedingungen, welche den Fortschritten des Friedens die Tür öffnen werden, zu warten.“

Diese unzweideutige Kundgebung verfehlte ihre Wirkung auf die polnischen Pogromarrangeure. Eine Woche nach der Veröffentlichung der britischen Warnung kam das Blutbad von Lemberg, das in der ganzen Welt einen Schrei des Entsetzens hervorrief. Lemberg war der Höhepunkt, aber bei weitem nicht der Abschluss der polnischen Greuel.

Für die Stimmung in England ist das Urteil der Londoner „Times“ sehr bezeichnend, die zu den antisemitischen Blättern Englands gehört. Nach dem Lemberger Pogrom schrieb das Blatt:

„ . . . Welche Übertreibungen, diese von deutschen und deutsch-jüdischen Agenturen verbreiteten Berichte über Judenmassakers in verschiedenen Teilen Polens enthalten mögen, so ist es ausser jedem Zweifel festgestellt worden, dass wilde Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung begangen worden sind. Insbesondere sind auf die Wiedereinnahme von Lemberg die Niederbrennung vieler Häuser, systematische Plünderungen und die Abschachtung von Hunderten von Juden in äusserst barbarischer Form gefolgt. In anderen polnischen Zentren gab es ähnliche Schauspiele. Von manchen polnischen Städten wird behauptet, dass diese Missetaten hauptsächlich das Werk undisziplinierter Soldaten sei und dass sobald die Disziplin hatte erzwungen werden können, die Exzesse aufgehört hätten. Eine unparteiische Untersuchung wird ohne Zweifel die Wahrheit feststellen und

die Schuldfrage entscheiden, aber es kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, dass nichts so geeignet ist, die polnische Sache in den Augen der zivilisierten Welt zu beeinträchtigen, als jeder Versuch systematischer Gewaltanwendung gegen die Juden. Auf jede Einwendung, dass diese Pogrome in Umfang und Dauer nicht zu vergleichen seien mit den türkischen Massakern in Armenien, mit den bulgarischen in Serbien und mit den deutschen in Belgien, muss erwidert werden, dass Massaker eine Abscheulichkeit sind, ganz gleich, ob sie begangen werden von einer Rasse gegen die andere oder selbst von jüdischen Bolschewisten gegen nichtbolschewistische Juden in Russland. Diejenigen, die das Wohlwollen der Alliierten zu behalten wünschen, müssen es verdienen.“

Weit schärfer noch fiel das Urteil der liberalen Presse aus. Der „Manchester Guardian“ machte die national-demokratische (allpolnische) Partei für die Pogrome verantwortlich und erklärte es für eine Ungeheuerlichkeit, dass die Entente das Polnische Nationalkomitee in Paris, an dessen Spitze der Pogromorganisator Dmowski stehe, als die polnische Regierung anerkannt habe.

Eine Reihe hervorragender Arbeiterführer verdamnte in öffentlichen Versammlungen die polnischen Ausschreitungen.

In einer von 10 000 Menschen besuchten Arbeiterdemonstrationsversammlung für den Völkerbund drückte der Vorsitzende George Lansbury unter einmütiger Zustimmung der Versammlung den schärfsten Protest gegen die Judenpogrome in Galizien und Polen aus und erklärte, dass das polnische Volk die Unabhängigkeit erst dann erhalten könne, wenn es dem jüdischen Volke alle Rechte gewähre.

Frankreich.

Eine sozialistische Anfrage in der Deputiertenkammer. — Pichons Antwort. — Die Einwendungen der „Humanite“. Eine Frage der „Victoire“.

Das sozialistische Kammermitglied Marius Moutet richtete an den Aussenminister die Anfrage, ob die Regierung eine Er-

klärung über die antisemitischen Pogrome in Polen zu geben beabsichtige. Der Aussenminister Pichon erwiderte am 11. Dezember:

„Sobald sie von den Pogromen in Polen erfahren hatte, beauftragte die französische Regierung den Hauptkommandierenden der Ostarmee, *schleunigst eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle* zu entsenden. Sie hat *das von den alliierten Regierungen anerkannte Polnische Nationalkomitee* gebeten, seinen ganzen Einfluss aufzubieten, um diesen Unruhen ein Ende zu bereiten. In enger Verbindung mit der britischen Regierung erwägt sie die eventuelle Ergreifung anderer Massnahmen.

Die Nachrichten, die über diese bedauerlichen Vorkommnisse eingelaufen, sind übrigens widersprechend, sowohl hinsichtlich des Umfangs der Ausschreitungen und ihrer Ursachen als auch in bezug auf ihre Urheber. Im allgemeinen scheint es, dass die Verantwortlichkeit für die Ausschreitungen hauptsächlich folgenden Ursachen zuzuschreiben ist:

1) Den *deutschen und russischen Kriegsgefangenen*, welche ohne unter dem Befehl und der Aufsicht ihrer Vorgesetzten zu stehen, das Land durchströmen, um sich nach ihrer Heimat zu begeben, welche alles auf ihrem Durchmarsch zerstören und sich an der eingesessenen Bevölkerung ohne Unterschied der Rasse und der Religion vergreifen;

2) Dem zwischen den Polen und Ruthenen in Galizien herrschenden Bürgerkrieg;

3) Den Aufreizungen der aus Russland gesandten *bolschewistischen Agenten*.

Die Regierung der Republik, deren Gefühle bezüglich dieser traurigen Angelegenheiten nicht zweifelhaft sein können und die sich in ihren Schritten immer durch ihre traditionelle Gerechtigkeit und Humanität der jüdischen Bevölkerung gegenüber leiten lassen wird, wird alles, was in ihrer Macht liegt, tun, um derartigen Anschlägen vorzubeugen und sie erforderlichenfalls zu unterdrücken“.

Dazu bemerkt die sozialistische „Humanité“ vom 12. Dezember:

„Da wir nicht über die Informationsmittel des Aussenmi-

nisteriums verfügen, widersprechen wir, -- wenigstens für den Augenblick -- den von Herrn Pichon gegebenen Erklärungen über die beklagenswerten Lemberger Ereignisse nicht, wie verdächtig sie auch scheinen mögen. Wir fragen nur, ob *die polnischen Ratgeber des Aussenministeriums*, die das traurige Andenken *antisemitischer Agitatoren* in Polen zurückgelassen haben, wirklich geeignet sind, unsere Regierung in der von ihr angekündigten Enquete zu leiten und ihr die zweckmässige Lösung zu suggerieren“.

Über den Lemberger Pogrom schrieb „La Victoire“, Paris :

„Im voraus hat man uns erlaubt, erklärten die polnischen Legionäre offen, 48 Stunden (das Ghetto) zu plündern.“ Sie machten sich ans Werk, diese tapferen Krieger, Freitag morgens; man liess sie gewähren bis Sonntag mittags. Jüdischen Delegierten, die gekommen waren, um ihren Schutz anzuflehen, erklärten Dr. Adam, der Vorsitzende des Polnischen Komitees, und Dr. Steslowicz, der Stadtpräsident, dass sie nichts zu befürchten haben, absolut nichts. Dann, um die Herren Brandstifter nicht zu stören, veranlassten sie die Sperrung der Wasserleitung -- oder liessen das zu. („Arbeiterzeitung“, 27. November.)

Junge Mädchen im Alter von 16 bis 18 Jahren wurden vergewaltigt, dann durchs Fenster auf die Strasse geworfen („Berliner Tageblatt“). Waren sie des Verbrechens des Wuchers schuldig, wie man dort unten sagt? Oder desjenigen des Zionismus, wie man in Paris sagt?“ (In der No. vom 21. Dezember.)

Amerika.

Aus Amerika liegen zur Zeit (Ende Januar) noch sehr mangelhafte Nachrichten vor. Wie allgemein die Empörung der öffentlichen Meinung sein muss, geht schon aus der Tatsache hervor, dass die Führer der Polen der Vereinigten Staaten sich bemüsstigt gefühlt haben, zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit den jüdischen Organisationen die Entsendung einer gemeinsamen

Untersuchungskommission vorzuschlagen, ein Vorschlag, der auch von diesen akzeptiert worden ist.

Champ Clark, der Speaker des Kongresses, erklärte in einem Zustimmungstelegramm an ein jüdisches Protestmeeting in New York, dass die polnischen Pogrome „idiotisch und verbrecherisch“ seien und drückte die Hoffnung aus, dass der Friedenskongress den Greueln ein Ende machen werde.

Nach Meldung der Warschauer „*Nowa Gazeta*“ habe Präsident Wilson die Annahme der ihm im Wege des Polnischen National-Komitees in Paris übermittelten Begrüssungstelegramme der Stadtverwaltung von Warschau und Krakau verweigert.

Es ist für die Geistesverfassung der Polen sehr bezeichnend, dass das genannte Blatt die Haltung Wilsons darauf zurückführt, dass er unter den jüdischen Einfluss geraten sei.

Die Ansicht der englischen militärischen Mission.

England und Frankreich haben Untersuchungskommissionen nach Galizien und Polen entsendet. Offizielle Berichte über die Ergebnisse der angestellten Untersuchungen liegen noch nicht vor. Die „*Neue Freie Presse*“ vom 2. Januar brachte folgendes Telegramm aus Lemberg:

Die Untersuchungskommission der Warschauer Regierung und die englische militärische Mission haben hier umfangreiches Material über den Pogrom gesammelt. Laut offizieller Liste sind ca. 150 Opfer beerdigt worden. 54 Häuser wurden im jüdischen Stadtviertel verbrannt. Die Zahl der obdachlosen Juden beläuft sich auf 3000. *Es ist festgestellt worden, dass jüdische Häuser mit Petroleum und Benzin angezündet wurden. Englische Offiziere, die das niedergebrannte jüdische Stadtviertel besucht und Aussagen über die Ereignisse vom 22., 23. und 24. November vernommen haben, gaben ihrer Empörung und Entrüstung unverhüllt Ausdruck, besonders, da sie den Eindruck erhielten, dass diese von gewissen Seiten her und unterstützte Aktion plan-*

mässig organisiert worden war. Auch die Warschauer Untersuchungskommission erhielt unparteiische Auskünfte, aus denen hervorgeht, dass die Massenmorde und Brandstiftungen in Lemberg auf keinen Fall mit den Pogromen in Ungarn und Böhmen verglichen werden können, wo dieselben von den Behörden unverzüglich eingestellt worden waren.

Die Intervention der Westmächte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass England, Amerika und Frankreich auf die Regierung und die führenden Kreise Polens einen starken diplomatischen Druck ausüben, damit sie weiteren Pogromen vorbeugen. Darauf ist es in erster Linie zurückzuführen, dass es in den letzten Wochen ruhiger geworden ist, obgleich das Pogromieren im kleinen fast überall fort-dauert.

Das offizielle Material betreffs der Schritte der Westmächte wird wohl erst in einem späteren Zeitpunkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
Vorwort.....	4
Einleitung.....	5
Die Verbote der Pogrome	17
Der polnische Pogromorkan	27
Lemberg	42
Die Stellung der polnischen Gesellschaft.....	72
Der Eindruck der Katastrophe auf das jüdische Volk.....	98
Das Echo der polnischen Pogrome in der gesitteten Welt .	116



INSTYTUT
BADAŃ LITERACKICH PAŃ
BIBLIOTEKA
00-330 Warszawa, ul. Nowy Świat 77
Tel. 26-68-63

Preis schw. Kr. 2.

F

1.800